

Horst Ehmke Karlheinz Koppe
Herbert Wehner (Hrsg.)

Zwanzig Jahre Ostpolitik Bilanz und Perspektiven

Mit Beiträgen von

Hans Apel, Georgi Arbatow, Egon Bahr,
David Binder, Willy Brandt, Wilhelm Bruns,
Dieter Dettke, Marian Dobrosielski, Horst Ehmke,
Hans-Dietrich Genscher, Peter Glotz,
Helga Haftendorn, Gyula Horn, Hans-Adolf Jacobsen,
Karlheinz Koppe, Jürgen Nötzold, Daniel Proektor,
Jesco von Puttkamer, Christoph Royen,
Helmut Schmidt, Max Schmidt, Jürgen Schmude,
Theo Sommer, Berndt von Staden, Josef Stingl,
Mátyás Szűrös, Hans-Jochen Vogel, Heinrich Vogel,
Ryszard Wojna

Verlag Neue Gesellschaft

Die Manuskripte dieses Buches
wurden im Frühjahr 1986 abgeschlossen.



ISBN 3-87831-441-8

Copyright © 1986 by Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2

Umschlag: Karl Debus, Bonn

Satz: satz+druck gmbh, Düsseldorf

Druck und Verarbeitung: Ebner Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 1986

A86-3000
A86-3000

Inhalt

<i>Einführung</i>	11
-------------------------	----

1. *Die Anfänge*

Helga Haftendorn: Wurzeln der Ost- und Entspannungspolitik der Sozial-Liberalen Koalition	17
---	----

2. *Sicherheit und Abschreckung*

Hans Apel: Sicherheit ohne Abschreckung?	31
---	----

Georgi A. Arbatow: Internationale und europäische Sicherheit im Atomzeitalter, Ent- spannung und Abrüstung	37
--	----

Peter Glotz: SDI und der Ost-West-Konflikt: Science Fiction oder Außenpoli- tik?	69
--	----

Theo Sommer: Machtbalance und Kräfteverhältnisse in den siebziger Jahren ...	87
---	----

3. *Gemeinsame Sicherheit*

Egon Bahr: Von der Strategie der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit	95
Marian Dobrosielski: Der Rapacki-Plan – noch immer aktuell	103
Daniel Proektor: Zur Sicherheitspolitik der Sowjetunion	109

4. *Sicherheit und Entspannung*

Hans-Dietrich Genscher: Von der KSZE zur KVAE	123
Gyula Horn: Entspannung und Konfrontation in den Ost-West-Beziehungen .	131
Max Schmidt: Die politische Entspannung: Konsequenzen für ein neues Denken und Handeln	145
Berndt von Staden: Zwischen Skepsis und Hoffnung: die Vereinigten Staaten von Amerika und die Ostpolitik	167

5. *Dreimal Entspannung: Deutsche – Polen – Ungarn*

Jürgen Schmude: Deutsche in zwei Staaten – was treibt sie zusammen und was treiben sie miteinander?	185
--	-----

Wilhelm Bruns: Der Beitrag der beiden deutschen Staaten zu Sicherheit und Entspannung	195
--	-----

Eberhard Schulz: Verständigung mit Polen: Eine noch unbewältigte Aufgabe der deutschen Politik	215
---	-----

Ryszard Wojna: Die Polenpolitik der SPD in den Augen eines Polen	229
---	-----

Mátyás Szűrös: Ungarn und die europäische Entspannung	235
--	-----

6. *Entwicklung und Wirtschaft als Probleme der Sicherheit und des Friedens*

Willy Brandt: Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik	249
--	-----

Heinrich Vogel: Sicherheit als Problem außenwirtschaftlicher Entscheidungen der Sowjetunion	259
--	-----

Jürgen Nötzold: Der Beitrag der Wirtschaftsbeziehungen zur Stabilisierung der Entspannungspolitik	267
--	-----

7. Die humane Dimension

Horst Ehmke: Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik	279
Hans-Adolf Jacobsen: Begegnungen in Osteuropa 1965–1985: Erfahrungen – Einsichten – Perspektiven	293

8. Spielräume und Peripherien

Dieter Dettke: Spielräume der Bundesrepublik im Spannungsverhältnis zur So- wjetunion und im Bündnis mit den Vereinigten Staaten	311
Jesco von Puttkamer: Entspannungspolitik von der europäischen Peripherie aus be- trachtet	317
Josef Stingl: Europa ist mehr als die „Europäische Gemeinschaft“	327

9. Alternativen und Perspektiven

Christoph Royen: Gegenwärtige Alternativen der westlichen Politik gegenüber Ost- europa	337
Hans-Jochen Vogel: Für eine neue Entspannung: die Position der Sozialdemokraten ..	357
Karlheinz Koppe: Voraussetzungen für eine neue Entspannungspolitik	371

Anhang

Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Georgi Arbatow, David Binder Zur Person Eugen Selbmann	385
<i>Die Autoren</i>	391

Einführung

Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, der entscheidende deutsche Beitrag zur Entspannung des Ost-West-Verhältnisses, ist nicht an einem Tage konzipiert und in Gang gesetzt worden. Sie reicht bis Ende der fünfziger Jahre zurück, als Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag Initiativen zur Entkrampfung der Ost-West-Beziehungen ergriffen. Es folgten wichtige Denkanstöße wie Egon Bahrs Überlegungen zum Wandel durch Annäherung (1963) und Fritz Erlers Vorschläge zu Gesprächen mit Polen über eine Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße (1965). Aber erst das Jahr 1966 brachte den entscheidenden Umbruch, den Beginn der Ostpolitik im engeren Sinne des Wortes, als mit dem zwischen SPD und SED vereinbarten (dann aber doch nicht zustande gekommenen) Redneraustausch und Helmut Schmidts Rede auf dem Dortmunder Parteitag der Rubikon überschritten wurde (Haftendorn). Mit der Bildung der Großen Koalition in voller Kenntnis der sozialdemokratischen Positionen wurden erste Schritte in Richtung einer neuen Ostpolitik möglich und sichtbar.

Die weitere Entwicklung verlief freilich nicht geradlinig. Retardierende Momente beim christlich-demokratischen Koalitionspartner, Vorgänge in Osteuropa (Einmarsch sowjetischer Truppen in der CSSR), vorwärtsdrängende Entwicklungen in der freidemokratischen Opposition (Rubin, Schollwer) und vor allem im Nordatlantischen Bündnis (Harmel-Bericht) bahnten der sozial-liberalen Koalition den Weg, die am 1. Dezember 1969 die Regierungsverantwortung übernahm. Nunmehr konnten die Ostverträge und der Grundlagenvertrag verhandelt, unterschrieben und ratifiziert werden (übrigens durchaus mit Duldung einiger der dann in Opposition stehenden Christlichen Demokraten). Das Berlin-Abkommen und der Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen waren weitere Schritte. Damit war eine der wesentlichen Voraussetzungen für den eigentlichen Entspannungsprozeß geschaffen, der mit der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 1. August

1975 in Helsinki seinen Höhepunkt, aber auch seinen vorläufigen Abschluß fand.

Schon wenig später geriet der weitere Verlauf dieses Prozesses ins Stocken, nicht zuletzt weil die fast zeitgleich angelaufenen bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion (und die multilateralen Gespräche über einen ausgewogenen Truppenabbau in Mitteleuropa in Wien), die Anfang der siebziger Jahre zu großen Hoffnungen Anlaß gegeben und zu ersten Abkommen geführt hatten, dann doch an Grenzen stießen. Der politischen Entspannung folgte die militärische Entspannung nicht. Die Sowjetunion begann schon 1976 mit der Modernisierung ihrer Mittelstreckenraketen, die NATO faßte 1979 im Gegenzug den „Doppelbeschluß“. Im gleichen Jahr lehnte der amerikanische Kongreß die Ratifizierung von SALT II ab, die Sowjetunion ließ Truppen in Afghanistan einmarschieren, in Polen wurde 1981 zur Disziplinierung der Solidarność-Bewegung das Kriegsrecht ausgerufen. Nur die wirtschaftliche Kooperation ging trotz (oder vielleicht gerade wegen) zunehmender weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten – wenn auch gedämpft – weiter.

Heute – zwanzig Jahre nach Beginn dieser Politik – hat die sicherheitspolitische Konfrontation einen neuen Höhepunkt erreicht, für den die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der Reagan-Administration der sichtbarste Ausdruck ist. Ob das Treffen Gorbatschow/Reagan vom November 1985 diesen Trend umkehrt, bleibt abzuwarten, wenn auch zu wünschen. Mit dem vermeintlichen Ende der Entspannungspolitik fiel auch das Ende der sozial-liberalen Koalition zusammen – vermeintlich deshalb, weil es scheint, daß – zumindest in Europa – auf beiden Seiten in West und Ost die bisherigen Entspannungserfolge mit Klauen und Zähnen verteidigt werden.

Das jedenfalls ist der übereinstimmende Tenor aller Beiträge dieses Sammelbandes, der in der Überlegung konzipiert wurde, daß ein Rückblick auf die vergangenen zwanzig Jahre notwendig sei, um die Entspannungspolitik besser begreifen und für die Zukunft nutzbar machen zu können. Die Autoren sind ausnahmslos Personen, die entweder in politisch verantwortlichen Positionen oder im Verfolg wissenschaftlicher Arbeit an diesem Prozeß beteiligt waren, darunter auch Zeitzeugen aus der Sowjetunion, der DDR und Ungarn. Sie alle treten heute mit gleichem Engagement und gleicher Sorge für die Weiterführung des Ent-

spannungsprozesses ein. Daß keine amerikanischen und andere westliche Autoren an diesem Band beteiligt sind, mag nachdenklich stimmen. Darin kommt ohne jeden Zweifel der unterschiedliche Stellenwert zum Ausdruck, der innerhalb des westlichen Bündnisses, vor allem in den Vereinigten Staaten, der Entspannungspolitik beigemessen wird. In mehreren Beiträgen wird dieser Umstand gewürdigt, vor allem in dem Sinne, daß diese Politik im Bündnis immer wieder zu rechtfertigen und ihr Erfolg nachzuweisen bleibt.

Ost- und Entspannungspolitik ist ein komplexer und dialektischer Prozeß von Annäherung und Abgrenzung. Ihr künftiger Erfolg ist unverzichtbar, um jenen Zustand internationaler Sicherheit und politischer Stabilität zu schaffen, der notwendig ist, um die großen Aufgaben zu bewältigen, denen sich die ganze Menschheit gegenüber sieht: wirtschaftlich-soziale Entwicklung und Sicherung der natürlichen Grundlagen der menschlichen Existenz. Der Band enthält in dieser Hinsicht keine sensationellen Vorschläge, er ist viel bescheidener angelegt: er plädiert für nicht mehr, aber auch für nicht weniger als die konsequente Fortsetzung der vor zwanzig Jahren eingeleiteten Politik.

Die Herausgeber

Helga Haftendorn

Wurzeln der Ost- und Entspannungspolitik der Sozial-Liberalen Koalition

Der Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961 ließ deutlich werden, daß „die bisherige Wiedervereinigungspolitik . . . gescheitert“ war.¹ Dieses Urteil Willy Brandts in der Debatte über die Regierungserklärung der 4. Regierung Adenauer drei Monate nach diesem einschneidenden Ereignis bezog sich zunächst auf die Deutschland-Politik der Unionsgeführten Bundesregierung; sie galt jedoch auch in gleicher Weise für die Sozialdemokratische Partei. Diese hatte ihren Deutschland-Plan von 1959 bereits wenige Monate nach seiner Veröffentlichung als unpraktikabel beiseite gelegt; mit der Rede Herbert Wehners am 30. Juni 1960 hatte sie dann ihre Gegnerschaft zur Westintegrationspolitik der Regierung Adenauer zurücknehmen und damit eingestehen müssen, daß eine isolierte Lösung der deutschen Frage nicht mehr möglich war. Mit dem Bau der Mauer hatte nunmehr Ulbricht im Auftrag Moskaus die Tür zu Verhandlungen völlig zugeschlagen, die bisher wenigstens noch spaltbreit offenzustehen schien.

Die politische Entwicklung des Jahres 1961 zeigte, daß sich Russen wie Amerikaner mit dem Status quo in Europa einzurichten begannen. Die Kuba-Krise ein Jahr später, die die Welt an den Rand eines nuklearen Konfliktes brachte, verstärkte diese Tendenz noch weiter. Unter den Bedingungen gegenseitiger nuklearer Vernichtungsfähigkeit schien nur eine auf politische und militärische Stabilität gegründete Politik Sicherheit und damit Überleben zu versprechen.

Doch könnten die politischen Kräfte in der Bundesrepublik, könnten insbesondere die Sozialdemokraten, die sich seit dem Neuanfang 1945 stets als Anwalt aller Deutschen fühlten, taten- und initiativenlos zusehen, wie die deutsche Frage von der internationalen Tagesordnung genommen wurde? Immer lustloser unterstützten die Verbündeten den Wiedervereinigungswunsch der Deutschen, während gleichzeitig diese

tagtäglich an Mauer, Todesstreifen und Schießbefehl mit den grausamen Folgen der Teilung konfrontiert wurden.

In dieser Situation versuchte die Bundesregierung, mit einer „Politik der kleinen Schritte“, über die Einrichtung von Handelsmissionen und die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten zu entspannen. Diese insbesondere von Außenminister Schröder betriebene Politik hatte die Aufgabe, die Bundesrepublik vorsichtig an die in Ost und West zunehmend beobachtbare Auflockerung der starren Konfrontation des Kalten Krieges anzupassen. Dabei wurde jedoch jeder Schritt vermieden, der in irgendeiner Weise als Anerkennung oder Aufwertung der DDR interpretiert werden konnte.

Die Bemühungen um Auflockerung der Beziehungen zu Osteuropa wurden auch von der SPD mitgetragen und von ihr durch eigene Vorschläge ergänzt. In einem von dem SPD-Abgeordneten und Vertriebenen-Funktionär Wenzel Jaksch verantworteten Bericht des Auswärtigen Ausschusses, dem alle Fraktionen des Deutschen Bundestages zustimmten, wurde eine aktivere Ostpolitik gefordert, die über eine Intensivierung insbesondere der wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zu einer Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten führen sollte.² Die deutschlandpolitische Gemeinsamkeit von Regierung und Opposition entsprach einer Forderung Fritz Erlers, damals stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, daß „in dieser bedrohlichen Lage ... ein engeres Zusammenrücken der demokratischen Kräfte im freien Teil Deutschlands ... nötig (sei), ohne Rücksicht darauf, welche Partei regiert und welche nicht.“³

Die Forderung nach verstärkten ostpolitischen Aktivitäten und der Appell an die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ markierten eine Haltung, aber noch keine Politik. Im nachhinein überrascht es, daß die SPD fünf lange Jahre brauchte, bis zum Herbst 1966, bis sie ein von der Partei mehrheitlich getragenes deutschland- und ostpolitisches Konzept gefunden hatte.

Der Bau der Mauer und die Erfahrung der Kuba-Krise lösten in der Partei unterschiedliche Reaktionen aus. Zunächst reagierten viele Sozialdemokraten auf Mauer und Stacheldraht mit einer verstärkten Abgrenzungspolitik gegenüber der DDR, die zu einer Drosselung aller Ostkontakte führte. Auf die menschlichen Tragödien, die sich an der bluten-

den Grenze abspielten, antworteten sie mit einer weltweiten Anprangerung der „Zone“ als Unrechtsregime, das sich der flagranten Verletzung der Menschenrechte schuldig machte. Nur allmählich wich dieser auf die DDR projizierte emotionale Antikommunismus, der in der Bevölkerung West-Berlins und der Bundesrepublik breite Zustimmung gefunden hatte, der Suche nach konstruktiveren Formen des Umgangs mit den Kommunisten in der DDR und in Osteuropa.

In der SPD-Fraktion, insbesondere unter dem Einfluß Erlers, der über enge Kontakte zu westlichen Politikern verfügte, dominierte die Sorge vor einer internationalen Isolierung der Bundesrepublik, wenn sich diese nicht den von ihren westlichen Partnern nach der Kuba-Krise immer stärker in den Vordergrund tretenden Bemühungen um eine Ost-West-Entspannung anschloß und versuchte, diese für die deutschen Belange zu nutzen. Gleichzeitig blieben ihre deutschlandpolitischen Grundpositionen jedoch unverändert am Ziel einer staatlichen Wiedervereinigung, der Isolierung der DDR (letzteres übrigens in Übereinstimmung nicht nur mit der Bundesregierung, sondern auch mit den Empfehlungen der Amerikaner) und dem Friedensvertragsvorbehalt in der Grenzfrage orientiert.⁴

Neue Akzente wurden dagegen in Berlin gesetzt. Auf Einladung des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Abusch, hatte dort der Berliner Senat Verhandlungen mit der DDR aufgenommen, die ab 1963 zum Abschluß einer Reihe von Passierscheinvereinbarungen führten, die an Feiertagen und in dringenden Familienangelegenheiten West-Berlinern die Möglichkeit zum Besuch ihrer Verwandten in Ost-Berlin und in der DDR gaben.

Zur gleichen Zeit entwickelte Egon Bahr, Pressesprecher und Berater des Regierenden Bürgermeisters, Willy Brandt, Überlegungen für eine neue Deutschland-Politik. Seine Strategie eines „Wandels durch Annäherung“ beruhte auf der Einsicht, „daß die Wiedervereinigung nicht ein ehemaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt werden wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, daß man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjetunion unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muß mit

Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan.“⁵ Folglich sei es realistischer, die DDR wirtschaftlich zu stärken, als sie wegdiskutieren zu wollen.

Wurde schon die Passierscheinpolitik des Berliner Senates in Bonn mit großem Mißtrauen verfolgt, so stießen die Äußerungen Bahrs selbst bei der SPD-Fraktion auf Unverständnis. Es war wohl kein Zufall, daß sich Ende 1963/64 in der Partei die Stimmen mehrten, die Brandt empfahlen, den Einfluß seines Berliner Stabes zurückzudrängen, sich von der „Berliner Clique“ zu trennen und sich, wie Erler es Brandt nahelegte, um eine engere Koordinierung mit der „Baracke“ zu bemühen.

Bezeichnenderweise erging es Erler nicht viel besser, als dieser in einer Diskussion im Januar 1965 in Berlin dafür eintrat, mit Polen das Gespräch über die Oder-Neiße-Grenze zu suchen. Dem lag die Erkenntnis zugrunde, daß die östlichen Nachbarn einer Wiedervereinigung nur zustimmen würden, wenn zuvor in der Grenzfrage Klarheit erzielt worden war. Obwohl Erler damit Gedanken aufgriff, die in der westdeutschen Publizistik durchaus kein Tabu mehr waren, mußte er unter dem Druck der Partei seine Aussagen als „Fehlinterpretationen“ zurücknehmen. Auf Initiative von Herbert Wehner erklärte ein Sprecher des SPD-Vorstandes, daß über die Grenzfrage allein die Regierung eines wiedervereinigten Deutschland zu entscheiden haben würde.⁶

Im Laufe des Jahres 1965 bahnte sich jedoch ein Wandel in den deutschlandpolitischen Positionen der Sozialdemokraten an. Drei Erfahrungen trugen dazu entscheidend bei: für die Partei der „Atlantiker“, zu der sich die SPD seit 1966 – unter dem Einfluß der Politik J. F. Kennedys – entwickelt hatte, stellte das Auflaufen neuer deutschlandpolitischer Initiativen am hinhaltenden Widerstand der Amerikaner ein ernstes Warnzeichen dar, daß die bisherige Ostpolitik nicht mehr vom wichtigsten Verbündeten aktiv unterstützt wurde. Stattdessen drängte Washington seine deutschen Freunde auf vielfältige Weise, auf dem Felde der Ostpolitik initiativ zu werden, insbesondere die legalistisch-defensive Position in der Frage der Grenzen und der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von 1938 zu überwinden.

Die zweite Erfahrung bildete die Krise der deutschen Nahost-Politik, als sich die Drohung mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen als unwirksam erwies, um einen offiziellen Besuch von SED-Chef Ulbricht

in Ägypten und die damit verbundene internationale Aufwertung der DDR zu verhindern. Die gleichzeitige Aufdeckung der Waffenlieferungen an Israel und dann die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zum jüdischen Staat konnten nur mühsam verdecken, daß das Instrument der Hallstein-Doktrin stumpf geworden war. Darin, und in der Unfähigkeit Bonns, flexibel zu reagieren, bestand die eigentliche Krise.

Die dritte Erfahrung war innenpolitischer Natur. Trotz des Vertrauensgewinnes, den die SPD in weiten Teilen der Öffentlichkeit verbuchen konnte, während sich gleichzeitig die Regierung Erhard in immer stärkere innere Widersprüche verstrickte – sei es in dem Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten in der CDU/CSU oder in den Meinungsverschiedenheiten mit der FDP über die Finanzpolitik –, ging die SPD aus den Bundestagswahlen im Herbst 1965 als Verlierer hervor. Trotz Stimmengewinnen blieb sie knapp unterhalb der von ihr mindestens angepeilten 40 Prozent-Marke, während die CDU/CSU mit 47,6 Prozent ihr zweitbestes Wahlergebnis seit 1949 verzeichnete. Die SPD erfuhr, daß es nicht ausreichte, nur eine personelle, aber keine inhaltliche Alternative zur Regierung anzubieten, solange diese nicht ganz offensichtlich versagt hatte.

Dies traf insbesondere auf die Deutschland-Politik zu. Hier hatten sich im Laufe des Jahres 1965 die Stimmen gemehrt, die für einen Ausgleich mit den osteuropäischen Nachbarn einschließlich der erforderlichen Konsequenzen in der Grenzfrage eintraten. Besonderes Gewicht kam in diesem Zusammenhang der Vertriebenen-Denkschrift der EKD und dem Briefwechsel des polnischen Episkopats an die deutschen Bischöfe zu, mit der sich beide großen Kirchen zu einer Politik der Aussöhnung bekannten. Ebenso war die Einsicht gewachsen, daß an Ulbricht kein Weg mehr vorbeiführte – so der Titel einer (allerdings etwas später erschienenen) Schrift von Eberhard Schulz. Freilich gingen nicht alle so weit wie der Publizist Peter Bender, der nicht nur für eine wirtschaftliche Stabilisierung, sondern auch für die politische Anerkennung der DDR plädierte.⁷

Als im Februar 1966 das ZK der SED die SPD in einem offenen Brief zu direkten Gesprächen über gesamtdeutsche Fragen aufforderte, griff die SPD-Führung das Gesprächsangebot auf und schlug eine offene Aussprache zwischen Vertretern aller im Deutschen Bundestag und in der Volkskammer der DDR vertretenen Parteien über die Deutschland-

Frage vor. Es war das erste Mal nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Zone, daß die SPD ein Gesprächsangebot der SED aufgriff. Der Briefwechsel resultierte schließlich in der Vereinbarung eines Redneraustausches zwischen SPD und SED, der jedoch nicht zustande kam, da die Parteiführung in Ost-Berlin offensichtlich vor dem in der eigenen Bevölkerung ausgelösten Erwartungsdruck zurückscheute. Aber die SPD hatte nunmehr direkte Kontakte mit der DDR-Führung akzeptiert. Dabei war ein Rubikon überschritten, hinter den sie nicht mehr zurückkonnte.

Auch innerhalb der eigenen Partei und von seiten der Bevölkerung in der Bundesrepublik sahen sich die Sozialdemokraten mit der Erwartung konfrontiert, konstruktive Perspektiven in der Ostpolitik aufzuzeigen. Nicht Willy Brandt oder Fritz Erler, seit dem Tod Erich Ollenhauers im Dezember 1963 an der Spitze von Partei und Fraktion, sondern Helmut Schmidt fiel auf dem Dortmunder Parteitag Anfang Juni 1966 die Aufgabe zu, das deutschlandpolitische Programm der Partei zu formulieren. Dabei galt es vor allem, öffentlich und vernehmlich die Illusion zu zerstreuen, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands mit Unterstützung der Vier Mächte – schon gar nicht gegen sie – noch realistisch war und sich in einem überschaubaren Zeitraum verwirklichen ließ – weder in einem Akt mit anschließender Aushandlung eines Friedensvertrages, noch in einer Sequenz von Schritten und Stufen. Die Deutschen müßten vielmehr bereit sein, selbst Schritte zu tun, das Ziel fixierend, obgleich die weiteren Stationen des Weges nicht im einzelnen absehbar waren.

Helmut Schmidt forderte daher dazu auf, die Möglichkeiten zu nutzen, die der damals sich abzeichnende Entspannungsprozeß bot, um Vertrauen und Verständnis nicht nur bei den westlichen Nachbarn und Freunden zu festigen, sondern vor allem bei den östlichen Nachbarn zu schaffen. Dazu wären Opfer und Zugeständnisse erforderlich. Die Ablehnung des kommunistischen Regimes in der sogenannten DDR dürfe die Bundesregierung nicht daran hindern, alle unterhalb der Schwelle einer völkerrechtlichen Anerkennung liegenden Möglichkeiten zur Verbesserung der innerdeutschen Situation zu prüfen. Schmidt argumentierte, daß der außenpolitische Handlungsspielraum der Bundesrepublik, vornehmlich auf dem Feld der Ost- und Sicherheitspolitik (einschließlich von Abrüstung und Rüstungsbeschränkung) sehr viel weiterreiche, als er bisher genutzt worden wäre.⁸ Die Hauptpunkte seiner The-

sen fanden dann Eingang in die Entschließung des Dortmunder Parteitag zur „Deutschlandpolitik unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen“.⁹

Der Erfolg bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wenige Tage nach Dortmund zeigte, daß die Wähler im volkreichsten Bundesland der SPD zutrauten, den aufgezeigten Weg mit Aussicht auf politischen Erfolg gehen zu können. Als im November 1966 die CDU/CSU-FDP-Koalition an der Haushaltsfrage zerbrach, bot sich der SPD die Möglichkeit, auf Bundesebene ihr deutschlandpolitisches Konzept in praktische Politik umzusetzen.

Für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU formulierte die SPD-Fraktion auf der Grundlage der Dortmunder Beschlüsse ein Acht-Punkte-Programm. Darin hieß es, die Bundesregierung müsse aktiv für die Normalisierung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn und für die Versöhnung mit ihnen eintreten. Diesem Zweck sollten Maßnahmen zur internationalen Rüstungsbegrenzung – vor allem der Verzicht auf Kernwaffen – sowie der Austausch von rechtlich bindenden Gewaltverzichtserklärungen dienen, in die auch der andere Teil Deutschlands einbezogen werden müsse.¹⁰

Am 1. Dezember 1966 trat die SPD in die Regierungsverantwortung ein; ihr Vorsitzender Willy Brandt wurde Vizekanzler und Außenminister in der von Kurt-Georg Kiesinger geführten Großen Koalition. Bereits die Regierungserklärung machte aber deutlich, daß die Große Koalition primär ein taktisches Bündnis zweier politischer Parteien zur Machterhaltung bzw. zum Machtgewinn war. Dies spiegelte sich auch in den Aussagen zur Ost- und Entspannungspolitik wider, die sich im wesentlichen darauf beschränkten, einerseits den Willen zum Frieden und zur Verständigung mit den Völkern der Welt zu betonen, zum anderen aber an den bisherigen deutschlandpolitischen Rechtspositionen festzuhalten. Unterhalb dieser Ebene, auf dem Felde konkreter politischer Schritte, war jedoch die Flexibilität größer geworden. Außenminister Brandt und die SPD waren jedenfalls entschlossen, sie zu nutzen.

Der erste ostpolitische Erfolg der Großen Koalition war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, noch von der Regierung Erhard vorbereitet. Die Normalisierung der Beziehungen zu den anderen osteuropäischen Staaten scheiterte jedoch daran, daß nunmehr die DDR in Umkehrung der Hallstein-Doktrin die vorherige Anerken-

nung der DDR zur Bedingung machte. Allerdings wäre es schwer genug gewesen, innerhalb der Großen Koalition eine Formel für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu finden, die einerseits dem Sicherheitsbedürfnis Polens Rechnung trug und andererseits den deutschen Rechtsstandpunkt berücksichtigte, daß eine endgültige Grenzregelung erst in einem Friedensvertrag erfolgen könnte.

Tragfähiger war der mit der Sowjetunion aufgenommene Dialog über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Angestoßen durch die Friedensnote der Bundesrepublik vom März 1966, sollte in diesen Gewaltverzicht nunmehr auch die DDR einbezogen werden, zumindest indirekt. Vordergründig scheiterten die Gespräche mit der Sowjetunion zwar zum einen an der Weigerung der Bundesregierung, den Gewaltverzicht auf die in Mitteleuropa seit Ende des Zweiten Weltkrieges ungelösten Streitfragen zu beziehen, zum anderen an taktischen Überlegungen der Sowjetunion im Vorfeld des Einmarsches von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR im Sommer 1968. Aber es war ein Instrumentarium gefunden worden, das 1969 wieder aufgegriffen werden konnte und das in konkretisierter Form zur Bezeichnung eines *Modus vivendi* für die offenen europäischen Probleme benutzt werden konnte.

Schließlich gelang es der Großen Koalition, das gestörte Vertrauen in den Beziehungen zu den Verbündeten wiederherzustellen, indem sich die Bundesrepublik voll verantwortlich in die Entspannungspolitik des Westens einordnete. Sichtbaren Ausdruck fand dies einmal im Harmel-Bericht, den die NATO im Dezember 1967 verabschiedete und in dem die Fähigkeit zur Verteidigung sowie die Bereitschaft zu Verhandlungen und zur Entspannung als die beiden Säulen bezeichnet wurden, auf denen die Atlantische Allianz ruhte. Zum anderen trug die Bundesrepublik die Initiativen des Bündnisses voll mit, in denen dieses – wie beispielsweise im Appell von Reykjavik – der anderen Seite Verhandlungen über eine beiderseitige Truppenreduzierung vorschlug. Außerdem bemühte sich Außenminister Brandt um ein Zustandekommen der vom Osten vorgeschlagenen Europäischen Sicherheitskonferenz, als dieser seine Vorbedingungen fallen ließ. Allerdings scheiterte zunächst der bei der Bildung der Großen Koalition in Aussicht genommene Beitritt zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen an den innenpolitischen Widerständen.

Bei allen Bemühungen um Vertrauensbildung – im Innern, nach We-

sten wie nach Osten – gelang es den sozialdemokratischen Politikern jedoch nicht immer, ihre Politik vor Mißverständnissen zu schützen. Der Hauptvorwurf in der innenpolitischen Diskussion wie bei westlichen Politikern lautete, Brandt und einige seiner Berater seien bereit, den Rahmen gemeinsamer Bündnispolitik zu verlassen, wie er durch die Atlantische Allianz markiert und seine *raison d'être* in der Schutzgarantie seitens der Vereinigten Staaten gefunden hatte. Anlaß dazu bot das von Brandt in die Diskussion eingeführte Konzept einer Europäischen Friedensordnung. Im Unterschied zu einem europäischen Sicherheitssystem, bei dem die beiden Bündnisse in ein geregeltes Verhältnis zueinander gebracht würden, sollte ihr langfristiges Ziel eine Ordnung der europäischen Verhältnisse sein, mit denen der Kalte Krieg und die politischen Spannungen wirklich überwunden werden könnten. Die Kritiker übersahen dabei häufig, daß es Brandt vor allem darum ging, eine langfristige Orientierung anzubieten, in der auch die deutschen Fragen in einen europäischen Zusammenhang gestellt werden konnten.¹¹

Auch Egon Bahr arbeitete nicht an der Demontage des westlichen Bündnisses, als unter seiner Leitung im Planungsstab des Auswärtigen Amtes eine Studie entstand, die sich mit der Zukunft Europas *nach* den Bündnissen befaßte. Unter dem Eindruck des Vietnam-Krieges und der Kritik Senator Mansfields am überseeischen Engagement der USA schien es in den sechziger Jahren durchaus angebracht, über die Folgen eines vorstellbaren Abzugs der Amerikaner aus Europa nachzudenken.¹² Vielleicht vertrauten Brandt und Bahr aber zu sehr auf ihre eigene Redlichkeit und unterschätzten daher die Furcht im Westen vor einem neuen deutschen „Rapallo“.

Als Hauptproblem der Ost- und Entspannungspolitik der Großen Koalition erwies sich jedoch die Behandlung der DDR. Bei den Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten wurde deutlich, daß ohne eine explizite Einbeziehung der DDR in die Gewaltverzichtspolitik keine Fortschritte möglich waren. Starke Kräfte innerhalb der CDU/CSU waren jedoch nicht bereit, in dem anderen deutschen Staat mehr als ein „Phänomen“ (Bundeskanzler Kiesinger) zu sehen, das keine politische Aufwertung erfahren dürfte. Diejenigen, die darauf drängten, der Existenz der DDR in der Ostpolitik Rechnung zu tragen, belegte der Bundeskanzler mit dem Pejorativ „Anerkennungspartei“. Diese starre Haltung ver-

stärkte sich noch nach der Intervention des Warschauer Paktes in der CSSR im Sommer 1968; neben Rechtspositionen wurde nun noch ein zusätzliches Quentchen Moral in die Ablehnung gemischt.

Die Folge war ein verstärkter Immobilismus innerhalb der Großen Koalition, der im Widerspruch stand zu den Debatten in der Öffentlichkeit und den Diskussionen im Expertenkreis. In sachlicher Hinsicht kam einer Studie des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik besondere Bedeutung zu, mit der von Experten unterschiedlicher Couleur die politische und rechtliche Problematik einer Anerkennung der DDR untersucht wurde und die zu dem Schluß kam, das Hauptproblem, das vor einer politischen Anerkennung gelöst werden müßte, sei die Sicherung West-Berlins, seiner Lebensfähigkeit und seiner Bindungen an den Bund.¹³

Rückhalt fanden die Sozialdemokraten in ihrem Drängen auf „Anerkennung der Realitäten“ bei der liberalen Presse, vor allem bei Blättern wie der *Frankfurter Rundschau*, der *Süddeutschen Zeitung*, dem *Kölnner Stadtanzeiger* und vor allem der Wochenschrift *Die Zeit*, die ihre Spalten der Diskussion einer neuen Ost- und Deutschland-Politik geöffnet hatten.

Dennoch wäre der Durchbruch von 1969 nicht möglich gewesen ohne die aktive Unterstützung der FDP, die erst einer SPD-geführten Regierung die parlamentarische Mehrheit beschaffte. Zugleich hatten die Liberalen in den Jahren der Opposition von 1966–69 noch radikaler die „deutschlandpolitischen Zöpfe“ abgeschnitten, als dies bei der durch Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner gebremsten SPD der Fall gewesen war. Ein Markstein auf dem Weg der FDP war das „Schollwer-Papier“ vom Dezember 1966, in dem eine Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs sowie die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gefordert worden waren. Ähnlich hatte der Schatzmeister der Partei, Hans-Wolfgang Rubin, in einem Artikel von *Liberal* argumentiert, daß es keine Wiedervereinigung ohne Anerkennung der seit 1945 geschaffenen Fakten – einschließlich des anderen deutschen Staates – geben werde.

Diese Thesen wurden von Henri Nannen unter dem reißerischen Titel „Die Stunde der Wahrheit“ im März 1967 im *Stern* veröffentlicht. Im wesentlichen lief die deutschlandpolitische Position der FDP, wie sie im Aktionsprogramm der Partei vom April 1967 und im Entwurf eines Vertrages zwischen Bundesrepublik und DDR vom Januar 1969 zum Aus-

druck kamen, auf ein geregeltcs Nebeneinander beider deutscher Staaten hinaus.¹⁴ Begleitet wurde die ost- und deutschlandpolitische Umorientierung, bei der sich die Positionen von FDP und SPD einander annäherten, durch einen Führungswechsel an der Spitze: Erich Mende, ehemals Minister für Gesamtdeutsche Fragen, wurde als Parteivorsitzender durch den pragmatisch-progressiven Walter Scheel abgelöst; an die Spitze der Fraktion traten Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher.

Bei der Bildung der Sozial-Liberalen Koalition im Herbst 1969 war das Fundament gelegt, auf das eine Ost- und Entspannungspolitik gebaut werden konnte, die das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes respektierte, aber sich dadurch in der praktischen Politik nicht fesseln ließ; die die offenen Probleme und politischen Gegensätze in Europa nicht leugnete, sie aber durch einen Modus vivendi entschärfte; und die die Teilung und deren Folgen für die Menschen in Deutschland durch eine Vielzahl von Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten erträglicher zu machen suchte.

Anmerkungen

- 1 Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 41.
- 2 Vgl. Bericht des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 14. 6. 1961 (Berichterstatter: Wenzel Jaksch), Deutscher Bundestag, Drucksache 3/2740 und 3/2807, sowie Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. 6. 1961 zur deutschen Ostpolitik, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, III. Sitzungsperiode, 162. Sitzung, 14. 6. 1961, S. 9364–9365.
- 3 Fritz Erler in: *Vorwärts*, 9. 8. 1961, zit. nach Hartmut Soell, *Fritz Erler – Eine politische Biographie*, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 426.
- 4 Vgl. *Politik für Deutschland. Sozialdemokratische Beiträge 1962–1964*, zusammengestellt von Fritz Sänger und Eugen Selbmann, Bonn o. J. (1964).
- 5 Vgl. Referat des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Egon Bahr, vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 15. Juli 1963, in: *Die deutsche Ostpolitik 1961–1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation* hrsg. von Boris Meissner, Köln 1970, S. 45–48.
- 6 Vgl. Soell, a. a. O., S. 498 f.

- 7 Vgl. Peter Bender, *Offensive Entspannung. Möglichkeit für Deutschland*, Köln u. Berlin 1963; Peter Bender, *Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR*, Frankfurt 1968.
- 8 Helmut Schmidt, *Deutschlandpolitik im Wandel der weltpolitischen Bedingungen*, in: Ders., *Beiträge*, Stuttgart 1967, S. 545–578 (insbes. 561–563).
- 9 *Deutschlandpolitik unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen*, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, hrsg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, IV. Reihe, Band 12, Frankfurt 1981, S. 848–852.
- 10 *Aufgaben einer neuen Bundesregierung. Acht-Punkte-Programm der SPD-Bundestagsfraktion vom November 1966*, in: Y 1. *Grundsätze sozialdemokratischer Wehrpolitik*, Bonn 1970, S. 95–97.
- 11 Vgl. Interview von Außenminister Brandt mit dem Deutschlandfunk am 2. 7. 1967, in: Willy Brandt, *Außenpolitik – Deutschlandpolitik – Europapolitik. Grundsätzliche Erklärungen während des ersten Jahres im Auswärtigen Amt*, Berlin 1968, S. 85 f.
- 12 Vgl. Wie Egon Bahr Deutschland neutralisieren will, in: *Quick*, Nr. 40, 27. 9. 1973, S. 10a-d u. 114a-114d; siehe auch Walter F. Hahn, *Between Westpolitik and Ostpolitik: Changing West German Security Views*, Beverly Hills u. London 1975.
- 13 *Anerkennung der DDR. Die politische und rechtliche Problematik. Studie einer Arbeitsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik*, Bonn 1968.
- 14 Vgl. *Deutschlandpolitik der F.D.P. Daten und Dokumente von 1945 bis heute*, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei, Bonn 1972, insbes. S. 26–35.

Sicherheit ohne Abschreckung?

Wenn über Abschreckung nachgedacht wird, wird normalerweise übersehen, daß es sich dabei um ein grundsätzliches politisches Prinzip handelt. Es hat vielerorts in die Regelung unserer gesellschaftlichen Ordnung Eingang gefunden, in die Rechtsordnung ebenso wie in tradierte Formen der Kindererziehung. Es sei nur am Rande darauf hingewiesen, daß wir in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit zunehmend einsehen müssen, daß das Prinzip der Abschreckung auch an Wirkung verliert. Die Sozialisation unserer Kinder und die Vorbildfunktion der Eltern und Erzieher sind wichtiger als das Drohen mit dem Rohrstock.

Vollen Eingang in die militärstrategische Debatte findet das Prinzip der Abschreckung erst im nuklearen Zeitalter, und zwar zu der Zeit, in der sich zwei Supermächte in einer immer noch bipolaren Welt atomar hochgerüstet gegenüberstehen und sich wechselseitig mehrfach und gesichert vernichten können. Da spätestens kommt es zu einer revolutionären Veränderung aller militärstrategischen Überlegungen. Der Krieg kann nun nicht mehr länger „eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ sein, wie von Clausewitz vor 150 Jahren feststellt. Aus Strategien zur Kriegsführung werden zwingend Strategien der Kriegsverhinderung.

Wir wollen nicht, daß uns von außen durch Drohung und Druck fremder Wille aufgezwungen wird. Wir haben uns für die Westbindung als Wertebindung entschieden. Die Fortentwicklung unseres Gemeinwesens soll dem Mehrheitswillen unseres Volkes entsprechen. Am „deutschen Wesen“ soll niemals wieder „die Welt genesen“. Wir haben unsere Lektion hoffentlich für immer gelernt. Auch daraus und für die Sicherheit unserer europäischen Nachbarn ergibt sich die Einbindung, eine Bindung also, unseres Landes und seiner Streitkräfte in die westliche Welt und ihr Bündnisystem.

Und dieses Bündnis ist ein reines Verteidigungsbündnis. Alle seine Mitglieder haben das Recht und die Verpflichtung sicherzustellen, daß

die Struktur des Bündnisses und seiner Streitkräfte, wie die Strategie des Bündnisses davon nicht abrücken. Uns legt dabei unser Grundgesetz eine besondere Verpflichtung auf. Der immer wieder im innerdeutschen Dialog beschworene Satz: Von deutschem Boden darf niemals wieder ein Krieg ausgehen, macht klar, daß sich die beiden deutschen Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen dem Ziel der Kriegsverhütung verschworen haben.

Abschreckung in unserer gültigen Militärstrategie ist vor allem ein politisches Prinzip. Die endgültige Wirkung der nuklearen Massenvernichtungswaffen soll eben nicht nur den Gegner abschrecken, mit Waffengewalt zu drohen oder sie gar einzusetzen. Das politische Prinzip „Abschreckung“ führt vor allem zu einer Begrenzung auch des eigenen politischen Handelns dem anderen Bündnis gegenüber. Das hatten die Politiker verschwiegen, die Anfang der fünfziger Jahre die Einbindung Westdeutschlands in die westliche Allianz betrieben und dennoch so taten, als könne der Westen über ein „rolling back“ die deutsche Wiedervereinigung zu seinen Bedingungen erreichen. Die Teilung Europas in zwei antagonistische Bündnisssysteme sicherte eben nicht nur den Frieden durch militärische Abschreckung, sondern schrieb auch politisch den Status Quo in Europa fest. Politische Betrüger sind die, die auf Dauer an der Strategie der Abschreckung uneingeschränkt festhalten wollen und gleichzeitig von Wiedervereinigung schwafeln.

Das Prinzip der militärischen und damit der politischen Abschreckung ist nicht notwendigerweise mit Feindbildern, militärischem und politischem „Gehetze“ verbunden. Georg Leber hat während seiner Amtszeit klargestellt, daß die Bundeswehr kein Feindbild hat. Und dennoch kann das „ex cathedra“ leicht festgestellt werden und muß der Wirklichkeit keineswegs entsprechen. Wir erleben es immer wieder, daß im Osten Feindbilder pfleglich behandelt werden und je nach Bedarf neu geschaffen werden. Und auch bei uns ist es augenscheinlich schwer, die vielen Milliarden für die Landesverteidigung und die persönlichen Opfer der jungen Männer durch ihre Wehrdienst- oder Ersatzdienstzeit nur mit dem „nüchternen“ Prinzip der Abschreckung zu begründen. Die „Alten“ hatten es da leichter. Sie hatten ihr kommunistisches „Feindbild“ so verinnerlicht, daß es nicht zuletzt in West-Berlin und in der damals regierenden SPD der Stadt schwer war, die neue Ost- und Deutschlandpolitik in den Herzen der Mehrheit zu verankern. Die „Jungen“ fra-

gen uns heute, was denn eigentlich die Strategie der Abschreckung und der damit zwangsläufig verbundenen militärischen Potentiale solle, wenn wir bis hin zu Franz-Josef Strauß der UdSSR keine Kriegsabsichten unterstellen, eine intensive Besuchsdiplomatie betreiben und die Vertragspolitik konsequent weiterentwickeln wollen. Wesentliche Elemente der US-Verteidigungspolitik, insbesondere SDI, aber auch verbale Fehlleistungen amerikanischer Politiker erschweren eine ruhige Diskussion der Bedeutung der Abschreckung in unserer Sicherheitspolitik zusätzlich.

Die entscheidenden und nicht auflösbaren Widersprüche in der Strategie der Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen liegen aber in der Natur der Waffen selbst, mit denen Abschreckung praktiziert wird. Die Problematik läßt sich in der Frage zusammenfassen, ob es moralisch und politisch gerechtfertigt werden kann, den Frieden mit Waffen zu sichern, die beim Versagen der Abschreckung durch ihren Einsatz das Ende der Menschheit bedeuten können. Diese Frage wird auch nicht dadurch erledigt, daß wir vom „early first use“ zum „first use“ oder gar zum kaum glaubwürdigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen kommen. Denn natürlich verlangen die Militärs zu Recht, daß die Strategie der Abschreckung glaubwürdig bleiben muß. Auch der Weg von der „massive retaliation“ zur „flexible response“ hat das Grundproblem der nuklearen Abschreckung nicht gelöst. Nur in der strategisch theoretischen Debatte am grünen Tisch ist das anders. Die Annahme von stringenter Handlungs-Rationalität, wie sie diese Art der Abschreckungsstrategie unterstellt, kann nämlich keineswegs garantiert werden. Und damit ist keineswegs sichergestellt, daß die Stufenleiter der vorbedachten Eskalation, das Ziel der rechtzeitigen und schnellen Kriegsbeendigung bei Schadensminimierung, nicht sehr bald nach dem Ausbruch von Kriegshandlungen als Spielereien in Friedenszeiten entlarvt werden und ein allgemeines atomares Chaos des Schlagabtausches der nuklearen Kräfte der Supermächte unsere Welt zerstört.

Diese apokalyptische Furcht mag mit dazu beigetragen haben, daß vielfältige Anlässe in Europa nach 1945 nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen, zu dem von vielen Deutschen vor Jahrzehnten erwarteten 3. Weltkrieg geführt haben. Insofern war die wechselseitige nukleare Abschreckung der beiden Bündnisssysteme sicherlich ein Element des Friedenserhalts in Europa. Dabei ist „Abschreckung“ vor allem etwas,

was sich in den Hirnen der Militärs und der Politiker des anderen Bündnisystems vollziehen muß. Sie sollen abgeschreckt werden, militärische Erfolge zu suchen. Und so erklären sich dann auch Rüstungswettläufe nach dem Motto: Wir müssen nachrüsten, damit die anderen auch weiterhin wissen, daß sie keinerlei militärische Chance haben. Es geht also für den Betrachter auch um subjektive Wahrnehmungen eines teuren und zunehmend gefährlichen Wechselspiels und Hochschaukelns von Rüstungsspiralen, die immer weniger als friedenssichernd akzeptiert werden. Hunger und Not in der dritten Welt als wachsendes Explosionspotential und als moralische und politische Herausforderung an uns, die Reichen, Massenarbeitslosigkeit und neue Armut bei uns, entziehen der Strategie der Abschreckung zusätzlich Zustimmung und selbst Bereitschaft zum Zuhören. Ein Bündnis von Demokratien kann aber auf Dauer nicht mit strategischen Positionen überleben, die von der Mehrheit ihrer Bürger nicht mehr akzeptiert werden.

Deshalb hatten die US-Pläne zu SDI im Jahre 1983 zuerst auch positive Reaktionen bei uns ausgelöst. Da sollte die Strategie der Abschreckung schrittweise durch ein umfassendes Abwehrsystem gegen atomare Schläge ersetzt werden. Verfügen beide Supermächte und ihre Militärbündnisse über solche Schutzschirme, dann wird die wechselseitige nukleare Abschreckung obsolet. Die Pferdefüße wurden aber bald sichtbar. Die USA denken immer weniger daran, ihr SDI-Wissen mit der Sowjetunion zu teilen. Dann aber wird die UdSSR mit einer massiven Erhöhung ihrer Nuklearpotentiale antworten nach dem Motto: Alle unsere Raketen können von den USA mittels SDI nicht abgefangen werden. Ein neuer Rüstungswettlauf beginnt. Und die Europäer fragen, wo denn ihre Sicherheit und ihre strategische Anbindung an das Militärpotential der USA bleibt. Mit diesen wenigen Worten ist die SDI-Problematik keineswegs ausgeleuchtet. Aber eins wird erneut deutlich: Es ist naiv und gefährlich, eine immanent politische Frage – was wird aus der Strategie der nuklearen Abschreckung – technisch beantworten zu wollen. Wenn allerdings SDI eine politische Antwort auf die politischen Fragen nach der Sicherung des Weltfriedens und der Weiterentwicklung der NATO-Strategie sein sollte, dann heißt es, noch mehr auf der Hut zu sein.

Einfache Antworten auf die Frage, ob es heute Sicherheit ohne Abschreckung geben könne, sind lebensgefährlich für den Frieden in Europa, aber auch für die Zukunft unseres Gesellschaftssystems. Was soll

man von denen halten, die die Entspannungspolitik für tot erklären und damit der politischen und der militärischen Konfrontation das Wort reden? Sie werden nicht nur zu Totengräbern des NATO-Bündnisses. Denn wir werden nicht bereit sein, das „Signal von Reykjavik“ – Verteidigungsbereitschaft und Entspannungspolitik – aufzugeben. Sie verkennen auch den Bewußtseinswandel der Mehrheit aller Menschen in Westeuropa, aber auch in Osteuropa. Wir sind nicht bereit, die Erfolge und die Errungenschaften der Ost- und der Deutschlandpolitik aufzugeben. Die Spielräume osteuropäischer Politik sind geringer als manche meinen. Die fundamentalen Unterschiede der Gesellschaftssysteme in Ost und West bleiben bestehen. Und dennoch zeigt bereits ein einfacher Vergleich zwischen der Lage in den fünfziger Jahren und heute, was bei kluger Entspannungspolitik möglich ist. Aber auch, wo ihre Grenzen liegen.

Zu warnen ist aber auch vor denen, die in eindrucksvoller Naivität meinen, mehr Sicherheit, größere Fortschritte in der Ost- und Deutschlandpolitik könnten erreicht werden, wenn wir uns nur einseitig weit genug von der vereinbarten NATO-Politik und damit der Bündnisstrategie entfernten. Sie übersehen nicht nur die politischen, die wirtschaftlichen, die militärischen Abhängigkeiten unseres Landes vom Westen. Sie werden nicht nur in West-Berlin sichtbar. Sie verkennen auch, daß unsere Rolle im westlichen Bündnis zu bedeutsam ist und uns damit auch die Verpflichtung gibt, nicht nur uns, sondern unsere Partner für eine rationale Politik gegenüber dem Osten zu motivieren und aktiv an einer Weiterentwicklung und Veränderung der gültigen NATO-Strategie zu arbeiten. Daß Helmut Kohl diesen Anforderungen an unsere Politik nicht entspricht, ist kein Gegenbeweis. Andererseits dürfen wir die Grundelemente der aktuellen sowjetischen Politik nicht falsch bewerten. Für die UdSSR ist es heute und in absehbarer Zukunft nicht denkbar, ihren Teil Europas aus ihrem Einfluß auch nur teilweise zu entlassen.

Würden wir in einer Welt ohne nukleare Abschreckung sicherer leben? In der Vergangenheit hat sie sicherlich mit dazu beigetragen, den Status Quo in Europa und damit den Frieden zu sichern. Das auch für die Zukunft zu erwarten, ist mehr als gewagt. Wird es dadurch besser, daß wir das Nukleare aus der Abschreckung verbannen, ganz oder überwiegend? Auch in diesem Falle gibt es keine einfachen Antworten.

Macht nicht die nur konventionelle Abschreckung Kriege wieder führbar, weil die Risiken kalkulierbarer und begrenzbarer werden? Ist sie für die NATO überhaupt machbar und finanzierbar? Das Wissen um die Macht der Atomwaffen verschwindet nicht aus unseren Hirnen, und damit werden sicherlich die A-Waffen-Arsenale nicht völlig geleert werden.

Das sind mehr Fragen als Antworten. Aber nur so können wir den Herausforderungen der Strategiedebatte begegnen. Denkverbote, selbst auferlegt wie von Dritten verordnet, führen uns ebensowenig weiter wie das Verwecheln von heiteren Illusionen und harten Realitäten. Unser Ziel ist die Partnerschaft zur Sicherheit zwischen Ost und West. Wir sind auf diesem Wege vorangekommen. Sicherheitspartnerschaft verlangt von uns viel mehr als nur das Denken in militärischen und strategischen Kategorien. Mehr Sicherheit verlangt auch mehr gemeinsame Anstrengungen für die dritte Welt, mehr Besinnung auf das gemeinsame kulturelle Erbe, mehr menschliche Freizügigkeit, mehr Liberalität, mehr Handel und Wandel. So relativiert sich zwar die Frage, ob es Sicherheit ohne Abschreckung geben könne. Sie läßt sich aber dennoch nicht schlank und einfach mit „ja“ beantworten. Dazu liegt noch viel zu viel Arbeit, Verträge zum „sich vertragen“, vor uns. Und Deutschlands Sicherheit läßt sich auch künftig nicht von der Europas, ja der ganzen Welt trennen. Es gibt keinen nationalen Weg zu einer anderen Sicherheitspolitik. Die Überwindung der Spaltung Europas in zwei Militärbündnisse mag für viele ein Ziel sein, das heute unerreichbar erscheint. Und dennoch gibt uns nur ein Brückenbau zwischen den Bündnissen die Chance, auch militärische Sicherheit grundsätzlich neu zu definieren.

Egon Bahr

Von der Strategie der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit

Wenn es richtig ist, daß die Menschheit nur eine Chance ihrer künftigen Geschichte hat, wenn es gelingt, einen allgemeinen nuklearen Krieg auszuschließen, weil ein Fehler bei der Lösung dieser Aufgabe irreparabel ist, wird die Erhaltung des atomaren Friedens zu der obersten Aufgabe, den atomaren Krieg garantiert auszuschließen.

Daraus folgt:

- a) Alle anderen Probleme, Interessen, Werte, Forderungen sind der obersten Priorität, der Erhaltung des Friedens, nachgeordnet. Anders gesagt, ideologische Unterschiede, die Durchsetzung eigener Wertvorstellungen, auch über Menschenrechte, der Anspruch auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auch des deutschen, haben zurückzutreten; denn sie haben nur eine Chance vertreten zu werden, falls der atomare Frieden erhalten bleibt. Die Ära geschichtlicher Evolution ist ins Auge zu fassen, wenn die Alternative, der weltweite atomare Konflikt, ausgeschlossen werden soll.
- b) Den atomaren Krieg auszuschließen ist eine ebenso rigorose wie gebieterische Notwendigkeit, die nicht so für garantiert konventionelle, regionale, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit begrenzbar Kriege gilt, für die noch die „konventionelle“ Hoffnung gilt, siegen zu können. Natürlich ist unter moralischen Gesichtspunkten Krieg überhaupt zu verwerfen; aber die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß die Moral nur selten die Kraft gehabt hat, Kriege zu verhindern.

Es muß wohl gefürchtet werden, daß überall dort, wo die Furcht vor dem gesicherten gegenseitigen atomaren Untergang nicht vorhanden ist, der fatale Luxus eines Verhaltens anzunehmen bleibt, der glaubt, sich Krieg noch leisten zu können. Unter der Drohung der Selbstauslöschung und des Endes ihrer Existenz sind Staaten eher bereit, sich Regeln aufzuerlegen, als wenn sie diese Drohung nicht empfinden

oder sie wie in Irland oder zwischen dem Irak und dem Iran nicht besteht.

Die Verpflichtungen, die im Interesse der gemeinsamen Sicherheit notwendig sind, müssen zuerst von den atomaren Staaten übernommen werden. Man kann erwarten, daß solche Vereinbarungen auch auf nichtatomare Staaten eine positive Wirkung haben.

- c) Den atomaren Krieg garantiert auszuschließen wäre am leichtesten durch die Abschaffung der Atomwaffen möglich. Dies ist unreal. Es ist damit zu rechnen, daß die Atomwaffenstaaten für eine nicht überschaubare Zeit ihre Waffen behalten. Die Menschheit muß mit der Atomwaffe leben, zumal das Wissen, sie zu produzieren, nicht mehr in die Truhe des Vergessens gesperrt werden kann.

Die bisherige Unfähigkeit der atomaren Staaten, Rüstungsbegrenzungsabkommen zu erreichen und ihren Verpflichtungen aus Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) nachzukommen, erhöht die Neigung bei einer Reihe von Schwellenstaaten, eigene Atomwaffen zu produzieren. Verträge der atomaren Selbstdisziplin der heutigen Atomstaaten wären das wirksamste Mittel, die Gefahren zu begrenzen, daß neue Atomwaffenstaaten auf den Plan treten.

Es ist also nur ein schrittweises Vorgehen in der Realität vorstellbar, das über den vereinbarten kontrollierbaren Verzicht der weiteren Entwicklung von Atomwaffen, der Entwicklung neuer Qualitäten, neuer Systeme mit neuen Eigenschaften über die Begrenzung von Quantitäten zu Reduktionen führt, immer unter Beachtung der gemeinsamen Sicherheit für die Beteiligten.

Zur Zeit gilt die Doktrin der Abschreckung: Nur wer bereit ist, seine eigene Existenz zu wagen, mit dem Druck auf den atomaren Knopf, wird nicht nötig haben, das zu tun. Das Gleichgewicht des Schreckens, die gegenseitig gesicherte Zerstörung, immer labil, funktioniert.

Abschreckung enthält ein politisches und ein militärisches Element.

Das politische Element ist zunächst das der gegenseitigen Abhängigkeit. Man ist auf den Gegner fixiert, mit ihm in dem gemeinsamen Ziel der Kriegsverhinderung verbunden. Man verläßt sich darauf, daß auch er die Gesetze der Abschreckung versteht und rational anwendet, ungeachtet der weiterbestehenden Unterschiedlichkeit der politischen Systeme und ihrer Wertvorstellungen. Insoweit hat Abschreckung eine

Seite, die der Gemeinsamkeit der Sicherheit durch Kriegsverhinderung Rechnung trägt.

Das militärische Element der Abschreckung ist das klassische: Man muß alle Optionen des Gegners haben, wenn möglich bessere, mit Vorteilen, um für den Fall, daß Abschreckung versagt, Krieg wirklich führen zu können. Ohne die Kriegsführungsfähigkeit kann militärisch Abschreckung nicht funktionieren.

Die Doktrin der Abschreckung stellt sich also als eine Theorie des Übergangs dar. Sie will Kriegsverhinderung mit der Führbarkeit von Kriegen verbinden. In diesem inneren Widerspruch liegt auch die Gefahr. Man könnte sagen: Nicht die Doktrin der Abschreckung, sondern der Schrecken der Waffen selbst hat den nuklearen Krieg verhindert.

Vor allem: Wenn Waffen entwickelt werden, die durch die Begrenzbarkeit ihrer Zerstörungskraft den Schrecken vor ihrer Anwendung mindern, wird auch die Wirksamkeit der Abschreckung gemindert. Die Doktrin der Abschreckung ist dabei, sich partiell selbst aufzuheben und verhindert nicht die Destabilisierung durch die Entwicklung neuer Waffensysteme.

Außerdem verhindert sie nicht, daß der potentielle Gegner, dem gleichen Denken folgend, ebenfalls neue Waffensysteme entwickelt, in einem zeitlichen Intervall. Es werden nicht gleichzeitig die gleichen Systeme auf beiden Seiten entwickelt. Die Modernisierung erfolgt zu unterschiedlichen Zeiten, und der Wunsch, Vorteile zu gewinnen, ohne daß die Absicht oder die Möglichkeit besteht, sie im Ernst ohne eigenes Risiko auch anwenden zu können, führt zu einer Rüstungseskalation, deren Ende nicht absehbar ist.

Abschreckung und Aufrüstung sind Zwillinge. Solange die Doktrin der Abschreckung gilt, wird die Aufrüstung fortgesetzt werden.

Schließlich ist Abschreckung eine Idee, die letztlich mit dem fragwürdigen Wert der Rache droht. Da es eine Rache wäre, die die Selbstvernichtung einschließt, kann nicht nur die Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen werden, sondern auch zunehmend die Annehmbarkeit durch die Bevölkerung, ohne deren überzeugte Zustimmung in Demokratien Verteidigungsbereitschaft auf die Dauer nicht zu gewährleisten ist. Die Drohung mit der Vernichtung dessen, was verteidigt werden soll, ist keine überzeugende Perspektive. Die Doktrin der Abschreckung muß also abgelöst werden.

Die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit hat ebenfalls ein politisches und ein militärisches Element.

Das politische Element folgt dem Bewußtsein, daß der potentielle Gegner der unentbehrliche Partner geworden ist. Die Sicherheit des potentiellen Gegners ist meine eigene und umgekehrt. Beide Seiten werden nur gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen.

Ohne daß also im übrigen bestehende Unterschiede, ideologische Vorstellungen, gegeneinander gerichtete politische und gesellschaftliche Systeme aufgehoben werden, beugt sich die gemeinsame Sicherheit der Erkenntnis des kategorischen Imperativs, Sicherheit mit dem Gegner zusammen zu organisieren. Insoweit ist die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit die militärische Komponente der Entspannungspolitik, die ebenfalls bestehende Interessenunterschiede nicht aufgelöst, aber Vereinbarungen auf Gebieten geschaffen hat, für die gemeinsame Interessen zu definieren waren. Das gilt erst recht für das Interesse des Überlebens.

Wenn man dies tut, verliert die bisherige Kategorie von Druck, Drohung oder Erpressung an Wirksamkeit. Sie hat genaugenommen ihre Wirksamkeit faktisch schon verloren, denn wie kann eine Erpressung wirken, die, falls sie nicht funktioniert, nur die Wahl zwischen Selbstvernichtung und dem Zurückziehen der Erpressung läßt. Nötigung zwischen Parteien, die gleiches atomares Risiko teilen, funktioniert nicht mehr.

Militärisch bedeutet die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit, daß keine Seite mehr sich militärische Vorteile schaffen kann, die ohne unerträgliches Risiko anwendbar wären. Es gehört zu den meisten Rüstungskontrollvereinbarungen, daß sie versucht haben, sich Vorteile vor dem Partner zu verschaffen, oder Lücken offen zu lassen, von denen man annimmt, daß sie mit eigener Rüstung ausgefüllt werden können, die mindestens zeitweilig einen Vorteil bringt.

Gemeinsame Sicherheit gestattet militärisch, dem Gegner den Blick für die eigenen Optionen zu öffnen und überprüfbare Verpflichtungen einzugehen, die militärische Stabilität garantieren und damit Vertrauen schaffen.

Praktisch haben beide Supermächte bereits Vereinbarungen getroffen, die den eben genannten Kriterien entsprechen. SALT ist das Ergebnis der Einsicht, daß der Schrecken der betreffenden Waffen mit dem Gegner zusammen beherrscht werden muß. Mit diesen Vereinbarungen

war keinerlei „ideologische Aufweichung“ verbunden. Es waren bündnisüberwölbende Absprachen, den Bündnissen übergeordnet, den Interessen der beiden Führungsmächte entsprechend, ohne ihre jeweiligen Bündnispartner intensiv zu konsultieren. Natürlich waren die SALT-Absprachen auch im Interesse der Bündnisse: Denn es war zu hoffen, daß die Bündnisse nicht zu funktionieren brauchen, falls SALT funktioniert.

Die Bündnisse wurden gewissermaßen die Rückversicherung der beiden Führungsmächte. Das ist ein Aspekt. Der andere geht die Bündnispartner stärker an: Unterhalb der strategischen interkontinentalen Waffen, die durch SALT „neutralisiert“ sind, gibt es Mittelstrecken-, Kurzstrecken-, taktische und Gefechtsfeldwaffen, außerdem die konventionellen Streitkräfte, für die es keinerlei Vereinbarungen gibt, über die zum Teil noch nicht einmal verhandelt wird.

In der Theorie zeigt sich geographisch und waffentechnologisch ein Raum, Vorfeld der beiden Supermächte, gedeckt von ihren Garantien und ihrer physischen Anwesenheit, aber doch als Kriegsführungs-Option offen, solange eine Phase der Auseinandersetzung denkbar ist, die die Sanktuarien der beiden Großen nicht berührt oder technisch die Möglichkeit eines begrenzten Krieges schafft.

Es ist klar, daß die Staaten des jeweiligen Vorfelds, machtmäßig am Rande, potentiell im Mittelpunkt einer Auseinandersetzung, den Wunsch und das Recht haben, daß mit ihnen und für ihr Gebiet die gleiche Art von bündnisüberwölbenden „neutralisierenden“ Vereinbarungen getroffen werden, die schon heute den beiden Supermächten ihre relativ hohe Sicherheit bieten.

SALT hat sich aus der Definition des Interesses ergeben, Waffen zu beherrschen, nicht aus der Doktrin der gemeinsamen Sicherheit. Es ist eine Frage des Bewußtseins und des Denkens, den Schritt zu gemeinsamer Sicherheit zu gehen und damit auch die Möglichkeit von Abkommen zu finden, die dem Vorfeld die gleiche Sicherheit geben und der Wahrscheinlichkeit gerecht werden, daß ein Krieg in Europa die Atomschwelle wahrscheinlich überschreiten und ebenso wahrscheinlich nicht zu begrenzen ist.

Die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit an die Stelle der Abschreckung zu setzen, wird kein einmaliger Akt sein können. Anders: Die Ab-

schreckung bleibt, bis und soweit sie durch gemeinsame Sicherheit ersetzt wird.

Es ist an ein schrittweises Vorgehen zu denken.

Erster Schritt könnte sein, Informationen über die Einführung möglicher neuer Waffensysteme auszutauschen, mit dem Ziel, die Einführung neuer qualitativer Systeme zu verhindern.

Zweiter Schritt könnte eine entsprechende Vereinbarung sein, um die Modernisierung bestehender Waffensysteme, mindestens der destabilisierenden Massenvernichtungsmittel, zu verhindern.

Dritter Schritt wäre nach der qualitativen die quantitative Rüstungsbegrenzung.

Der vierte Schritt wären Reduktionen, die dann im gemeinsamen Interesse liegen. Dabei wird sich zeigen, daß die großen Atommächte durch die Interessen, die sie gegenüber den kleinen Atommächten haben, begrenzt werden.

Fünfter Schritt könnte sein die Denuklearisierung des Vorfelds, auch im Interesse der beiden Führungsmächte, da im Falle eines Konflikts die nukleare Eskalation unberechenbar ist, verbunden und gleichzeitig mit dem konventionellen Gleichgewicht zwischen den beiden Paktsystemen.

In der gemeinsamen Erklärung von Genf haben Reagan und Gorbatschow Grundpositionen der gemeinsamen Sicherheit formuliert: daß ein Atomkrieg nicht gewinnbar sei, daß Überlegenheit nicht angestrebt werden dürfe, muß schließlich zu kooperativem Verhalten führen, wenn den Worten Taten folgen. Gemeinsame Sicherheit ist das Gegenteil einseitiger Maßnahmen. Jede Vereinbarung zwischen Ost und West ist ein Stück Sicherheitspartnerschaft, geeignet, für den jeweils vereinbarten Sektor das Element der Drohung, das in der Abschreckung steckt, abzubauen.

Die Frage, welchen Beitrag die Europäer zu dieser Entwicklung selbstständig leisten können, natürlich in Abstimmung mit ihren Verbündeten, werden die Europäer zu beantworten haben. Das gilt auch für die beiden deutschen Staaten. So wie eine chemiewaffenfreie Zone in Europa das Element der Abschreckung verringern und das der gemeinsamen Sicherheit erhöhen würde, so wäre natürlich auch ein atomwaffenfreier Korridor eine vertrauensbildende Maßnahme besonderer Qualität. Er würde das Element der Drohung, im Falle eines Konflikts kurzfri-

stig die nukleare Schwelle überschreiten zu müssen, reduzieren und insofern den heutigen Zustand mit den darauf bezogenen Abschreckungselementen durch beiderseitige Sicherheitselemente ersetzen.

Gemeinsame Sicherheit ist die politische Idee, die der historischen Entwicklung des Nuklearzeitalters und der Globalität unserer Probleme entspricht; die Sicherheitspartnerschaft ist die militärische Ausformung, die schrittweise das heutige System der Abschreckung ersetzen kann.

Jürgen Schmude

Deutsche in zwei Staaten – was treibt sie zusammen,
was treiben sie miteinander?

Der *querelles allemandes* war man überdrüssig geworden. Wo immer internationale Beratungen und Konferenzen schon schwierig genug waren, kamen die Deutschen mit ihren Sonderproblemen, forderten Rücksicht und klagten Rechte ein die außer ihnen niemand richtig ernst nehmen wollte. Die Rechtspositionen waren jeweils gegen den anderen deutschen Staat gerichtet. Sein Vorteil sollte verhindert, seine Zurücksetzung möglichst erreicht werden.

Die anderen beschränkten sich nach Möglichkeit auf formale Gesten und waren im übrigen den Streit leid. Sollten die Deutschen es doch alleine miteinander ausmachen und so dafür sorgen, daß andere sich nicht mit den oft schwer verständlichen und gar wunderlichen Besonderheiten der deutschen Lage befassen mußten.

Die Deutschen haben die vielen verschiedenen Lektionen dieses Inhalts begriffen, zumal die Deutschen in der Bundesrepublik. Statt weiterhin vergeblich nach dem Amtsgericht der Weltgeschichte zu suchen, bei dem sie ihre Rechte einklagen konnten, und dabei allen möglichen Gremien und Institutionen lästig zu fallen, wandten sie sich der nüchternen Bestandsaufnahme der deutsch-deutschen Verhältnisse zu. Die Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung wurden anerkannt oder doch tatsächlich hingenommen. Rechtsvorbehalte mußten sein, aber ihr politisches Gewicht war von vornherein allen Beteiligten zweifelhaft. Damit wurde der Weg frei für Verträge und andere Vereinbarungen, für den Abbau des Mißtrauens und für Verständigung und schließlich auch für eine auf Normalität hinzielende Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen.

Diese Ost- und Entspannungspolitik hat vieles, was lang entbehrt worden war, möglich gemacht. Das Nachdenken über weitere Möglichkeiten hat sie nicht beendet, sondern eher noch angeregt. Und während die einen Deutschen von den anderen Deutschen früher nicht einmal die

Briefe entgegennahmen, die diese ihnen aufdrängen wollten, kam man jetzt ins Gespräch. Das war nicht leicht: erste Versuche schlugen fehl, Kontakte auf hoher Ebene ließen sich nicht fortsetzen, Vorbehalte und Statussorgen verhinderten die zügige Entwicklung. Sie ging trotzdem weiter. Die Gesprächsebenen wurden wichtiger, die Gespräche häufiger, die miteinander getroffenen Abreden inhaltsreicher und die positiven Erträge solcher Bemühungen augenfällig. Inzwischen drücken sich bundesdeutsche Politiker in der DDR die Türklinken gegenseitig in die Hand, DDR-Vertreter tun es ihnen in der Bundesrepublik etwas unauffälliger gleich, und die Bundesregierung läßt den Staatschef der DDR immer wieder wissen, wie willkommen er ihr als Besucher wäre. Begleitet sind diese Aktivitäten von einer unübersehbaren Vielzahl von Begegnungen in anderen Bereichen, in Wirtschaft, bei Kunst und Kultur, in der Kirche und natürlich privat.

Die Nachbarn, die Verbündeten beobachten das alles mit wachsamer Aufmerksamkeit. Wohin soll führen, was diese Deutschen da miteinander treiben? Welche Auswirkungen hat das am Ende auf die Bündnisse, auf die Interessen und überhaupt auf den Status quo in Europa?

Gelegentliche Schlaglichter erhellen die Szene der Besorgnisse. Anfang 1978 berichtete der „Spiegel“ über einen angeblich von Herbert Wehner inspirierten Geheimplan, der auch im Kreml schon auf Wohlwollen gestoßen sei und der über verschiedene Verfahrensstadien in etwa zwanzig Jahren die deutsche Wiedervereinigung bringen sollte. Eine abenteuerliche Konstruktion, die jedem Kundigen auf Anhieb als komplettes Luftschloß erkennbar war. Aber gleichwohl ein Anlaß zu Aufregung und Besorgnis in den Hauptstädten sowohl der östlichen wie der westlichen Länder. Bundeskanzler Helmut Schmidt und seine Minister hatten monatelang zu tun, um ihre Gesprächspartner in aller Welt zu beruhigen und ihnen die volle Haltlosigkeit der Spekulation begreiflich zu machen. Ein solches deutsch-deutsches Treiben mit diesem Ergebnis wollte offenbar niemand dulden.

Auch wenn man das nicht öffentlich aussprach. Als der italienische Außenminister Andreotti 1985 die Wiedervereinigung Deutschlands rundweg und auch für die Zukunft ablehnte, blieb er unter den regierenden westlichen Politikern weitgehend allein. Man beeilte sich, den Freunden in der Bundesrepublik Loyalität, Unterstützung und Vertragstreue auch in bezug auf die deutsche Einheit zu versichern, allerdings nur

in sehr grundsätzlichen und allgemeinen Formeln. Die Presse des westlichen Auslandes war da in ihren Kommentaren wesentlich deutlicher, allerdings im Sinne der Andreotti-Äußerung.

Auch die Staaten des Warschauer Paktes nutzten eine Gelegenheit, um „ihren“ Deutschen Mißtrauen und sogar offene Mißbilligung für die deutsch-deutschen Machenschaften zu bekunden. Mit Attacken in der Presse, vor allem in der sowjetischen Prawda, die man in dieser deutlichen Gereiztheit bis dahin nicht erlebt hatte, wurde der politischen Führung in Ost-Berlin im Herbst 1984 klar gemacht, daß es so mit den deutschen Sondergeschäften nicht weitergehen durfte. Begünstigt durch Bonner Ungeschicklichkeiten vereitelte diese Kampagne den bereits festgeplanten Honecker-Besuch in der Bundesrepublik. Inzwischen weiß man, daß hinter den Kulissen der Teufel los war; nur mit Schmerzen erinnert sich die DDR-Führung der Flut von Vorwürfen und Verdächtigungen, die sie sich damals von den „Freunden“ anhören mußte.

Soll es sich jetzt vielleicht herausstellen, daß die anderen Staaten mit den *querelles allemandes* besser gefahren waren? Daß ihnen die Deutschen mit ihrem Streit zwar gelegentlich lästig gefallen waren, daß man sich auf ihre Zerstrittenheit aber doch wenigstens verlassen konnte und keine unberechenbaren Veränderungen fürchten mußte? Denn diese Veränderungen, von uns Deutschen immer wieder erwogen, gewünscht und in wolkigen Redensarten beschrieben, sind den anderen unheimlich. Ihnen erscheint ein engeres Zusammengehen der beiden deutschen Staaten als in den Folgen unüberschaubares Risiko. Aus der Vergangenheit ist die militärische Leistungsfähigkeit der Deutschen in angstvoller Erinnerung. Gegenwärtig tritt stärker als das militärische Potential die beeindruckende Wirtschaftskraft beider deutscher Staaten in den Vordergrund. Da ist es ja wohl verständlich, wenn ausländische Betrachter in Ost und West bei dem Gedanken unruhig werden, daß sich die deutschen Kräfte und Möglichkeiten in einem gemeinsamen Staat addieren könnten. Im Westen wie im Osten will man keinen deutschen Sonderweg zulassen und schon gar nicht ein Ergebnis dieses Weges, das die bestehenden politischen Gewichtsverhältnisse völlig aus den Fugen bringt.

Aber ist eine solche Entwicklung eigentlich das Ziel der deutsch-deutschen Betriebsamkeit? Erklärtermaßen nein. Beide deutsche Staaten betonen ihre Bündnistreue und den Wert der in Europa erreichten politischen Stabilität. Keiner von ihnen will auf Sonderwegen andere

Staaten im Stich lassen, übervorteilen oder auch nur verunsichern. Die DDR versichert zusätzlich, daß für sie eine Vereinigung Deutschlands überhaupt nicht mehr in Betracht kommt.

Aber kann man diesen Deutschen trauen? Sind ihre verbalen Beteuerungen zuverlässig, da doch das deutsch-deutsche Gekungel unüberschaubar – und unübersichtlich – weitergeht? Was, wenn nicht eine weitgesteckte, gefährliche Zielvorstellung, treibt diese Leute zusammen und worauf wollen sie hinaus? Vielleicht sollte man an die eigenen nationalen Empfindungen unserer Kritiker appellieren und zurückfragen, ob sie es nicht geradezu unnatürlich finden würden, wenn die Deutschen ihre staatliche Teilung als Teilung aller Lebens- und Gefühlsbereiche akzeptieren und auf sich beruhen lassen würden.

Die Wurzeln der geschichtlichen, kulturellen, sprachlichen und gefühlsmäßigen Gemeinschaft der Deutschen reichen weit hinter die Gründung des deutschen Reiches im vorigen Jahrhundert zurück. Und diese Gemeinschaft war ja mit der befreienden Niederlage 1945 nicht beendet. Unterstützt von den Siegermächten empfanden sich die politischen Handelnden und alle anderen Deutschen in den vier Besatzungszonen und anschließend noch während langer Jahre der Zweiteilung als zusammengehörig in einem Deutschland, dessen Herstellung nur aufgeschoben war. Die relativ offenen Grenzen erlaubten das Hin- und Herwechseln, millionenfache Ausreisen schufen zusätzliche – familiäre und andere – Verbindungen, zur Olympiade trat man zunächst noch gemeinsam an, der kulturelle Austausch war weitgehend intakt, die kirchlichen Gemeinschaften bestanden fort. So waren die evangelischen Christen noch bis zum Ende der sechziger Jahre in dem gemeinsamen Kirchenbund EKD organisiert, der als Gemeinschaft jedenfalls bis zum Ende der fünfziger Jahre voll funktionierte. 1954 fand ein gemeinsamer evangelischer Kirchentag in Leipzig statt, bei dem man in der ersten Reihe einträchtig Kirchenführer mit Spitzenpolitikern aus beiden Teilen Deutschlands sitzen sehen konnte.

Nach den Verbrechen und Verirrungen des Nationalsozialismus gab es in Deutschland viel aufzuarbeiten und zu korrigieren. Das wollte man gemeinsam tun. Die Gemeinschaft der Deutschen stand zunächst trotz der Teilung nicht zur Diskussion und bedurfte keiner Veränderung.

In kleinen Schritten und großen, schmerzhaften Einschnitten wurde die politische und administrative Teilung zur harten Trennung. Ge-

meinsamkeiten und Verbindungen, die die bedingungslose Kapitulation und den Neuanfang in der Teilung jahrelang überstanden hatten, wurden rechtlich und tatsächlich mehr und mehr abgebaut. Markanter Höhepunkt der Abtrennungspolitik der DDR war die Errichtung der Sperrgrenze im August 1961. Mit Ausreisen war es danach praktisch vorbei, Einreisen für Bundesbürger wurden erschwert und waren nur in engen Schranken möglich, Bürger aus Berlin (West) konnten weder in die DDR reisen noch dorthin telefonieren. Die Trennungslinie wurde zum tiefen Graben, über den hinweg die erschwerten Kontakte erlahmten. Die erzwungene Distanz, die vielfach bestehende Unmöglichkeit jeglicher Begegnungen, die Hilflosigkeit getrennter Familien lasteten auf den Menschen und schmerzten sie. Da halfen keine Berufung auf die von den Siegermächten festgelegten Rechtspositionen, keine klagenden Forderungen („Die Mauer muß weg!“), keine Hinweise auf die Ausprägung deutscher Gemeinsamkeiten im Recht der DDR. Dieses wurde nach und nach geändert. Hatte die DDR-Verfassung fast zwanzig Jahre lang die eine deutsche Nation und eine einheitliche Staatsangehörigkeit vorausgesetzt, so fehlte dazu im seit 1968 neugefaßten Verfassungstext jeglicher Hinweis, während die Selbständigkeit der DDR betont wurde. Den in der EKD zusammengefaßten evangelischen Kirchen war die Zusammenarbeit seit dem Ende der fünfziger Jahre erschwert und schließlich unmöglich gemacht worden. 1969 zogen die Kirchen in der DDR die Schlußfolgerung, angesichts der Unabänderlichkeit der trennenden Umstände um der Wahrnehmung ihres geistlichen Auftrags willen eine selbständige Organisation, den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, zu bilden. Statt der früheren organisatorischen Einheit verblieb nur die satzungsmäßige Bekräftigung der „besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“.

Absehbar war, daß bei Fortgang dieser Entwicklung zur äußeren Trennung auch die Entfremdung kommen würde. Während eine kleiner werdende Minderheit unter den Folgen der Teilung für ihren persönlichen Lebensbereich litt, wandte sich die Mehrheit allmählich vom anderen deutschen Staat und seinen Bewohnern ab. Man sprach in der Bundesrepublik nicht nur unfreundlich, sondern auch geringschätzig von der DDR, und so sehr damit die Interessen der Deutschen drüben wahrgenommen werden sollten, so wenig blieb ihnen die Einbeziehung in diese unfreundlichen Gefühle erspart. Während im Westen und Sü-

den Deutschlands der rechtliche Fortbestand des Reiches bekräftigt und die Unteilbarkeit der Nation in immer wieder denselben Redewendungen beschworen wurden, wurde die reale Grundlage dieser Formeln immer brüchiger.

Aber auch die Einsicht wuchs, daß die Politik der Forderungen und Beschwörungen zur Erfolglosigkeit verurteilt war und in ihrer Hilflosigkeit gegenüber der tatsächlichen Entwicklung eben das gefährdete, was sie zu erhalten vorgab. Daraus entstand die politische Kraft, die die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition gefordert und gestützt hat. Die Ostgrenzen Deutschlands wurden im Rahmen des rechtlich Zulässigen für unverletzlich erklärt, der zweite deutsche Staat wurde als solcher, wenn auch nicht als Ausland, anerkannt. Nachdem Bundesrepublik und DDR so füreinander handlungsfähig geworden waren, begannen von ihnen getroffene Vereinbarungen und Abreden die Zugänge der Deutschen zueinander wieder zu öffnen.

Noch war es dafür nicht zu spät. Die Bundesregierung Willy Brandts erhielt für ihre neue Deutschlandpolitik breite, auch emotionale Unterstützung der Bürger, vor allem bei der für die SPD sehr erfolgreichen vorgezogenen Bundestagswahl 1972. Nicht länger wollten die Menschen die zuvor herrschende Politik hinnehmen, die die Staatlichkeit der DDR leugnete, alles unterließ, was diesen Staat aufwerten konnte, und in der Distanz auf die Lösung der deutschen Frage durch Wiederherstellung der staatlichen Einheit wartete. Die Verbindung zu den Deutschen im anderen Staat, Besuche und Erlebnisse des anderen Deutschlands, die Erhaltung und Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls in einer Nation trotz der Teilung waren den Bürgern der Bundesrepublik wichtiger als Prinzipienstreit und ungewisse, ja sogar spekulative Hoffnungen.

Die Deutschen in der DDR bejahten diese politische Entwicklung nachdrücklich. Sie, auf deren angebliche Interessen sich die frühere Politik stets berufen hatte, gaben nun bei Gesprächen und in staatlich nicht beeinflussten Erklärungen zu erkennen, wie sehr sie den Wandel begrüßten. In einem eigenen Staat zu leben, der Leistungen – ihre Leistungen – aufzuweisen hat, gehört seit langem zum Selbstbewußtsein der DDR-Bürger. Daß dieser Staat von den Opponenten der neuen Deutschlandpolitik immer noch als Sowjetische Besatzungszone oder als sogenannte DDR bezeichnet wurde, empfanden die Bürger dort als anmaßend und kränkend.

An Begegnungen, an Reisen, an verstärkten brieflichen und telefonischen Kontakten waren die Deutschen in beiden Staaten gleichermaßen stark interessiert. Die neueröffneten Möglichkeiten wurden eifrig und millionenfach genutzt. Und dabei handelte es sich nicht nur um einen Nachholbedarf, der sich darin ausgedrückt hätte, daß zum Beispiel die Besuchsreisen aus der Bundesrepublik und Berlin (West) in die DDR alsbald die Zahl von sechs Millionen im Jahr überschritten. Denn bei diesem Umfang des Besuchsverkehrs, der sich auf die verschiedenen Wege und Möglichkeiten verteilt, ist es geblieben. Gewiß handelt es sich dabei zum großen Teil um Besuche bei Verwandten und Freunden. Viele Reisende aber fahren ohne ein solches Ziel. Sie wollen Landschaften und Städte in der DDR erleben, sie interessieren sich für Kulturdenkmäler und für das gegenwärtige künstlerische Schaffen. Tourneen von Theatern und Orchestern kommen hinzu, ebenso die Begegnungen von Sportmannschaften.

Das Ausmaß solcher Begegnungen wird von der DDR in engeren Grenzen gehalten, als es westlichen Wünschen entspricht. Auch die Besuchsreisen aus der DDR in die Bundesrepublik, die bei Personen außerhalb des Rentenalters zwar zahlenmäßig angestiegen sind, im ganzen aber nur etwa 60.000 im Jahr ausmachen, erfüllen in dieser bescheidenen Zahl bei weitem nicht die Ansprüche der DDR-Bürger und die Wünsche der Menschen in der Bundesrepublik. Ähnlich sieht es bei den etwa 30.000 Ausreisen aus der DDR zur Familienzusammenführung und zu anderen Zwecken aus, denen ein Mehrfaches an unerledigten Ausreiseanträgen gegenübersteht.

Die Reisenden fahren nicht, um damit Politik zu machen. Sie wollen den anderen Teil Deutschlands erkennen und erleben, dem sie sich ebenso verbunden fühlen wie den dort lebenden Deutschen. An der grundsätzlichen politischen Einstellung, etwa zum jeweiligen eigenen deutschen Staat, ändert sich dadurch nichts. Es ist die gemeinsame deutsche Geschichte, deren Zeugnisse im anderen Staat auch zur Vergewisserung und Bereicherung des eigenen Selbstverständnisses zur Kenntnis genommen werden. Es ist die Sprach- und Gefühlsgemeinschaft, die immer wieder neu zu erleben die Menschen nicht müde werden. Es ist die kulturelle Gemeinschaft, die sie auch im Gegenwartsschaffen ausgedrückt und bekräftigt sehen. Dabei treffen sie nicht auf Fremdes, sondern auf Lebensstatsachen, die ihnen auch dann vertraut erscheinen,

wenn sie sie zum ersten Mal sehen. „Es gibt eine starke Überlieferung, die mich als Deutschen durchdringt, ob ich mir dessen bewußt bin oder nicht: Die Überlieferung des Glaubens und der Kultur in Deutschland, der sozialen Entwicklung und der politischen Vergangenheit haben auch meine Existenz mitbestimmt“, sagt unter großer Zustimmung seiner Hörer und Leser aus der Bundesrepublik Deutschland wie aus der Deutschen Demokratischen Republik Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Es ist das Erlebnis der deutschen Nation, das in solchen Reisen und Begegnungen gesucht und gefunden wird.

Dieses Erlebnis ist so stark, daß die Tatsache der einheitlichen deutschen Nation weder mit politischen noch rechtlichen Mitteln aufgehoben werden kann. Versuche der DDR-Führung, den Begriff einer eigenständigen „sozialistischen Nation“ zu entwickeln und zur Geltung zu bringen, haben keinen Widerhall bei den Menschen gefunden. Sie sind erfolglos geblieben und schließlich aufgegeben worden.

Eine einzigartige und besonders wichtige Rolle in den Begegnungen der Deutschen aus beiden Staaten miteinander spielen die Beziehungen der Christen und der Kirchen, zumal der evangelischen Kirchen. Die in den Grundordnungen des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR wie der Evangelischen Kirche in Deutschland der Bundesrepublik bekräftigte „besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“ bringt nicht politische, sondern religiöse Verbundenheit, aber eben doch „besonders“ mit den Deutschen auch im anderen Staat zum Ausdruck. Diese Gemeinschaft ist für die politische Bewertung der einheitlichen deutschen Nation ein Umstand von erheblichem Gewicht. Aber sie bezweckt nicht die Erhaltung der Nation und sie ist auch kein Instrument irgendeiner Deutschlandpolitik. Es ist die gemeinschaftliche religiöse Vergangenheit und Gegenwart in einer Kirche Jesu Christi, auf die diese Bindung sich gründet und von der sie lebt. Glaubensinhalte, geprägt von der Reformation und dem Wirken von Generationen evangelischer Theologen, und in Ost und West übereinstimmende Texte in Bibel, Bekenntnissen und Liedtexten sind es, in denen sich die Christen aus den beiden Staaten bei den unzähligen Begegnungen auf Gemeinde- wie auf Kirchenleitungsebene gemeinsam wiederfinden.

In das Bemühen der Politiker um die Verbesserung der Beziehungen beider deutscher Staaten ist in den letzten zehn Jahren auch das Streben

nach Sicherung des Friedens als Antriebskraft eingeflossen. Daneben aber ist unverändert das Interesse der Menschen an verstärkter Gemeinschaft und an der Milderung der Folgen der Teilung der hauptsächlichliche Maßstab dieser Politik. Sie hat die Existenz zweier deutscher Staaten in verschiedenen Bündnissystemen zur tatsächlichen Grundlage, auf der sie sich eingerichtet und großartige Vorteile für die Menschen bewirkt hat. Weitere werden angestrebt und sind auch vorstellbar, ohne daß damit Grenzen und Machtverhältnisse umgestürzt werden.

Mit dieser Einsicht hat man sich auch in der Bundesrepublik Deutschland längst abgefunden. Gewiß flackert gelegentlich die Diskussion um eine staatliche Wiedervereinigung noch auf. Aber auch diejenigen, die an diesem Ziel festhalten wollen, geben durch die unbestimmte und häufig verschwommene Formulierung ihrer Vorstellungen zu erkennen, daß sie nicht von einer Erreichbarkeit in absehbarer Zeit ausgehen. Nicht der Nationalstaat herkömmlicher Prägung sei als Träger solcher Einheit gemeint, sondern ein Zusammenfinden innerhalb einer europäischen Friedensordnung, die Ost- und Westeuropa gleichermaßen umfassen und somit alle europäischen Staaten zu Partnern und Paten eines neuen deutschen Gemeinwesens machen solle.

Ob das eine Vision oder eine Illusion oder eine unrealistische Spekulation ist, kann auf sich beruhen. Denn diese in eine ungewisse Zukunft gerichtete Perspektive gibt in keinem Fall anderen Völkern Anlaß zu der Besorgnis, die Deutschen könnten durch ihr Treiben miteinander in Europa Unruhe stiften, für sich Sonderwege aufbrechen und die gegenwärtige Machtverteilung ins Wanken bringen. Gewiß sind die Deutschen in beiden Staaten in ihrer besonderen Lage an der Sicherung und immer weiteren Stärkung des Friedens brennend interessiert. Ihre Bündnispartner, die nicht einer geteilten Nation beiderseits der Grenze zwischen den Machtblöcken angehören, mögen die Risiken verschärfter Konfrontation gelegentlich geringer einschätzen. Dann zu bremsen, auf Mäßigung und Entspannung hinzuwirken, ist die Friedensaufgabe der Deutschen. Sie nehmen sie in ihren jeweiligen Bündnissen als deren Mitglieder wahr, nicht aber durch die Flucht aus den Bündnissen oder indem sie sich beiseitestehlen.

Mißtrauen und Argwohn gegenüber dem deutsch-deutschen Treiben sind deshalb unangebracht. Die politische Stabilität in Europa wird

durch gute und immer bessere Beziehungen zwischen den Deutschen in beiden Staaten nicht gefährdet, sie wird vielmehr zusätzlich gestärkt.

Wilhelm Bruns

Der Beitrag der beiden deutschen Staaten zur Sicherheits- und Entspannungspolitik

Problemstellung

Die Analyse der Beiträge beider deutscher Staaten zur Sicherheits- und Entspannungspolitik hat es mit drei Fragen zu tun:

- Was haben Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik bisher sicherheits- und entspannungspolitisch getan?

Diese Frage zielt auf eine *Bestandsaufnahme*.

- Mit der Bestandsaufnahme ist die Frage nach den *Bezugsgrundlagen* und Anknüpfungspunkten für das sicherheits- und entspannungspolitische Engagement beider deutscher Staaten verbunden. Woran läßt sich anknüpfen?
- Was können die beiden deutschen Staaten entspannungs- und sicherheitspolitisch tun? Diese perspektivische Frage zielt auf Möglichkeiten bzw. Handlungsfelder ab und versucht, Antworten auf entspannungs- und sicherheitspolitische *Fragen* zu geben.

Es geht um die Erläuterung einer sicherheitspolitischen Komponente deutsch-deutscher Beziehungen, um deutsch-deutsche Möglichkeiten, Handlungsfelder und Themen, die sich aus der Bedeutung beider deutscher Staaten in ihren Paktsystemen sowie aus ihrer exponierten geographischen Situation objektiv ergeben.

Bestandsaufnahme

Ihren rechtlich verbindlichen und politisch wegweisenden *grundsätzlichen* Beitrag zur europäischen Entspannung und europäischen Sicherheit im engeren Sinne haben die beiden deutschen Staaten durch den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag geleistet, der nach heftigen parlamentarischen Auseinandersetzungen und gegen den erklärten Wider-

stand der Mehrheit der CDU/CSU und nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1973 in Kraft trat.

Nun kommt es darauf an, nach diesem grundsätzlichen Beitrag und zahlreichen konkreten humanitären Verbesserungen in den deutsch-deutschen Beziehungen *operative* Beiträge beider deutscher Staaten zur Sicherheits- und Abrüstungspolitik zu leisten, also der „klassischen“ Deutschlandpolitik (Reiseerleichterungen, Berlin-Verkehr, humanitäre Maßnahmen) eine sicherheitspolitische Komponente hinzuzufügen.¹

Dies aus einer Reihe von Gründen: Einmal scheint die Deutschlandpolitik in einer Phase zu sein, wo es so nicht weitergeht. Einige Kommentatoren bei uns sprechen vom „Wartestand“. Es wird zwar auf vielen Ebenen miteinander gesprochen, doch tut man sich seit Jahren schwer, trotz der zahlreichen Gespräche auch zu Ergebnissen zu kommen (etwa im Bereich der Kulturverhandlungen,² des Umweltschutzes, beim Rechtshilfeabkommen oder beim Abkommen über Wissenschaft und Technik – alles Bereiche, wo man seit Jahren verhandelt, ohne vorzeigbare Ergebnisse). Hinzu kommt, daß trotz gewisser Reiseverbesserungen die Gespräche über nennenswerte Reiseerleichterungen nicht weitergeführt haben. Bonner Wünsche nach Städtepartnerschaften und anderem stießen in Ost-Berlin auf Skepsis beziehungsweise Ablehnung (wenngleich sich hier etwas zu bewegen scheint. So ist jedenfalls die Bereitschaft der DDR zu deuten, eine Partnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt/Oder und Saarlouis zu schließen). Es ist einiges erreicht worden, doch sind wir vom Erreichbaren ein Stück entfernt. Hier könnte die Hinzufügung einer sicherheitspolitischen Komponente belebend im Sinne der Förderung laufender Verhandlungen wirken. Weitere gewichtige Gründe für die Einbeziehung der Sicherheitspolitik als deutsch-deutsches Thema ergeben sich aus der Stellung der beiden deutschen Staaten im Bündnis wie aus ihrer spezifischen sicherheitspolitischen Betroffenheit.

Dem grundsätzlichen Beitrag beider deutscher Staaten (durch Grundlagenvertrag und Folgevereinbarungen) sind operative sicherheitspolitische Beiträge bislang nicht gefolgt. Bislang gab es lediglich unregelmäßig stattfindende „Konsultationen“ zwischen dem Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung und dem Leiter der Grundsatzabteilung im DDR-Außenministerium, wobei beide Seiten noch einmal ihre Positionen zu den verschiedenen Problemen darlegten ohne erkennba-

ren Willen, dabei jene Themen herauszufinden, die sich für ein deutsch-deutsches Vorgehen eignen. Mit einer Ausnahme: Es gab 1981/82 eine interessante Entwicklung, die zu einer gemeinsamen beziehungsweise abgestimmten deutsch-deutschen Initiative führen sollte.

Im September 1981 hatte Außenminister Genscher am Rande der jährlich stattfindenden Generalversammlung der UNO in New York seinem DDR-Kollegen Fischer unter anderem den Gedanken vorgetragen, daß die beiden deutschen Staaten im Abrüstungsbereich Möglichkeiten einer besseren Abstimmung und Zusammenarbeit erörtern sollten. Der DDR-Außenminister zeigte Interesse. Genscher hat Fischer in einem Brief an dieses New Yorker Gespräch erinnert. Dieser Brief wurde vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, am 11. Dezember 1981 dem DDR-Außenminister übergeben (beim deutsch-deutschen Gipfeltreffen in der Schorfheide). Die Antwort Fischers wurde am 12. Januar 1982 vom hiesigen Ständigen Vertreter der DDR, Ewald Moldt, überbracht.

Im wesentlichen ging es bei dem Genscher-Vorschlag um Konkretionen des deutsch-deutschen Dialogs über Vertrauensbildung und darum, daß die Bundesrepublik und die DDR als Hauptbetroffene an der Nahtstelle zwischen Ost und West gemeinsam jene Prinzipien formulieren sollten, an denen sich Rüstungskontrolle und Abrüstung orientieren müssen.

Für die Bundesrepublik hatte Genscher vier Grundsätze geltend gemacht und diese für unverzichtbar erklärt:

1. Die Maßnahmen müßten transparent sein, beispielsweise durch Offenlegung der Militärhaushalte.
2. Rüstungskontrolle und Abrüstung bedürfen der Kontrolle, sie müssen für beide überprüfbar sein.
3. Das Prinzip der Ausgewogenheit und des Gleichgewichts müßte gewahrt sein.
4. Vertrauensbildende Maßnahmen müßten zum Abbau des beiderseitigen Mißtrauens beitragen und zu mehr Berechenbarkeit führen.

Das Problem: Genschers Hauptgedanke zielte auf Transparenz, auf Kontrolle, auf Offenlegung des Verhaltens der anderen Seite. Ohne daß man den Inhalt des Antwortschreibens des DDR-Außenministers kennen muß, ergibt sich aus dem bisherigen DDR-Verhalten an den Verhandlungstischen und insbesondere aus ihrem Schrifttum, daß eine ge-

meinsame deutsch-deutsche Initiative auf einer Grundlage, wie sie von Genscher vorgeschlagen wurde, nicht zustande kommen konnte. So kam es dann auch.

Der DDR-Außenminister hat dem bundesdeutschen Außenminister freundlich geantwortet, aber ist auf den Vorschlag Genschers nicht eingegangen. Wenn auch aus dieser Initiative zunächst kein deutsch-deutsches Vorgehen geworden ist, so bleibt der Bereich der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) ein wichtiger Bereich. Aus zwei Gründen: Einmal weil beide deutsche Staaten in Stockholm gleichberechtigt am Verhandlungstisch sitzen und dort eine anerkannt konstruktive Rolle spielen; und zum zweiten: Die Position der DDR gegenüber den VSBM hat sich – wie die der Sowjetunion – gewandelt. Heute (Januar 1986) hält man die konkreten vom Westen vorgeschlagenen Maßnahmen (wie Jahreskalender für militärische Aktivitäten, Manöverankündigung und -beobachtung u. ä.) durchaus für verhandlungsfähig. Dies verbessert insofern die Voraussetzungen für ein deutsch-deutsches Vorgehen.

Wenn oben gesagt wurde, daß der Genscher-Fischer-Briefwechsel zum ersten Mal das Ziel verfolgt, gemeinsam einen Abrüstungsvorschlag zu präsentieren, so muß hinzugefügt werden, daß Versuche der DDR, die Abrüstungsfrage zu einem Problem deutsch-deutscher Beziehungen zu machen, weit in die 50er Jahre zurückreichen. Nur soviel: Zunächst einmal versuchte die DDR, mit Abrüstungsvorschlägen sich selbst aufzuwerten. Die Idee war, daß beide deutsche Staaten über Abrüstung auf gleichberechtigter Basis sprechen, was bedeutete, daß die Bundesrepublik die DDR zunächst einmal anerkennen mußte. Dies widersprach der damaligen deutschlandpolitischen Doktrin.³

Nachdem die DDR international anerkannt worden war und es auch den Grundlagenvertrag gab, hat die DDR diese Vorschläge zunächst einmal nicht wiederholt.

In den späten 70er Jahren versuchte die DDR dann, die Friedenssicherung und die Abrüstung zu Schwerpunkten, wie Honecker in einem Interview mit der Saarbrücker Zeitung vom 6. Juli 1978 sagte, „zu einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten zu machen“. Honecker damals: „Ich könnte mir denken, daß beide deutsche Staaten für solche konstruktiven Vorschläge zur Abrüstung eintreten, wie sie Leonid Breschnew unterbreitet hat“. Es ging der DDR da-

mals also nicht um Abrüstung, sondern um Vorschläge zur Abrüstung, wie sie der sowjetische Parteichef unterbreitet hat. Auf einer solchen Grundlage wollte die Bundesrepublik nicht verhandeln. Dann verband die DDR die deutsch-deutschen Beziehungen mit dem NATO-Doppelbeschluß, und hier mit drohendem Unterton: Wenn die Bundesrepublik den NATO-Doppelbeschluß mitunterzeichnet, könne dies nur Folgen für die deutsch-deutschen Beziehungen haben.⁴ Auch nach dem NATO-Doppelbeschluß hatte die DDR den Versuch gemacht, hier zu einer konditionalen Verknüpfung eines bestimmten Verhaltens der Bundesrepublik mit Fortschritten in den deutsch-deutschen Beziehungen zu kommen.

Anknüpfungspunkte und normative Bezugsgrundlagen

Für parallele beziehungsweise gemeinsame deutsch-deutsche Initiativen im Bereich der Sicherheits- und Abrüstungspolitik fehlt es nicht an normativen Anknüpfungspunkten, wobei hier als normative Anknüpfungspunkte jene Dokumente zählen, die die beiden deutschen Staaten politisch beziehungsweise rechtlich verbindlich unterschrieben haben. Um hier die wichtigsten zu nennen:

- Da ist zunächst einmal der Grundlagenvertrag mit seinem Artikel 5. Hier haben sich die beiden deutschen Staaten grundsätzlich verpflichtet, Bemühungen um eine Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa zu „unterstützen“. Es wird zwar nicht exakt gesagt, welche Handlungspflichten sich im einzelnen aus dieser Unterstützungsabsicht ergeben, jedoch ist dies ein normativer Anknüpfungspunkt für abgestimmte deutsch-deutsche Initiativen.
- In einer mündlichen Vereinbarung über politische Konsultationen bei Unterzeichnung des Grundlagenvertrages haben die beiden deutschen Regierungen vereinbart, „sich im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind, zu konsultieren“ (Konsultationsvereinbarung).
- Die beiden deutschen Staaten haben die Schlußakte der KSZE von

Helsinki 1975 nicht nur unterschrieben, sondern auch für ihre Politik verbindlich erklärt. Dazu gehört, daß sie Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken, anerkennen.

- Bundesrepublik wie DDR haben an der ersten Sondergeneralversammlung der UNO zur Abrüstung teilgenommen und ihr Schlußdokument unterschrieben. In dieser von beiden deutschen Staaten mitgetragenen Schlußdeklaration heißt es unter anderem: „Dauerhafter Weltfriede und stabile internationale Sicherheit können nicht mit Hilfe des Waffenpotentials von Militärbündnissen gewährleistet werden und lassen sich nicht durch ein unsicheres Abschreckungsgleichgewicht oder durch Theorien der strategischen Überlegenheit aufrechterhalten. Echter und dauerhafter Friede ist nur möglich durch die erfolgreiche Verwirklichung des in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Sicherheitssystems und eine rasche und spürbare Verminderung der Waffen und Streitkräfte, durch internationale Übereinkünfte und gegenseitiges Vorbild, wobei am Ende die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle stehen soll“ (1978).
- Beide deutsche Staaten haben das Mandat für die Stockholmer Konferenz für sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (die KVAE) unterschrieben, und damit haben sie sich verpflichtet, das Ziel der Konferenz zu unterstützen, „etappenweise neue, wirksame und konkrete Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sind, Fortschritte bei der Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und bei der Verwirklichung der Abrüstung zu erzielen, um der Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck zu verleihen“ (1983).
- In ihrem gemeinsamen Kommuniqué haben der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, nach ihrem Treffen am Werbellinsee im Dezember 1981 die Bedeutung hervorgehoben, „die wirksamen vereinbarten Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung beizumessen ist“, und zeigten sich entschlossen, „ihre Bemühungen um

konkrete positive Ergebnisse in den Gremien, in denen diese Probleme behandelt werden, fortzusetzen und zu verstärken“.

Schaut man sich diese von beiden deutschen Staaten unterzeichneten Dokumente an, so ist es einigermaßen erstaunlich, daß Bundesrepublik wie DDR sich im zwölften Jahr nach Inkrafttreten des Grundlagenvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten noch nicht entschlossen haben, diese gemeinsamen Bezugsgrundlagen zu abgestimmten deutsch-deutschen Initiativen für Abrüstung und Entspannung zu machen. Zu diesen normativen Anknüpfungspunkten gehört das mehrfach erklärte Interesse, das die beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer exponierten geographischen Lage an Abrüstung haben. Hinzu kommt die zunehmende Bedeutung der beiden deutschen Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen. Dies führt nicht nur dazu, daß beide betroffen sind von Rüstungsprozessen und ihren potentiellen Wirkungen, sondern auch dazu, daß beide als Beteiligte an Rüstungsbegrenzungskonferenzen eine wichtige Funktion ausüben können.

In Anlehnung an Egon Bahr sehe ich zusammenfassend drei Kriterien für eine deutsch-deutsche Befassung mit sicherheitspolitischen Themen: Es müssen gemeinsame deutsche Interessen und die europäische Verantwortung beider deutscher Staaten so verbunden werden, *ohne* daß dadurch die Loyalität in ihren Bündnissen in Zweifel zu ziehen ist.⁵

Die sicherheitspolitische Komponente deutsch-deutscher Beziehungen

Bislang hat sich die Bonner Deutschlandpolitik auf jene Fragen konzentriert, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben, und hat vorwiegend Probleme der Familienzusammenführung, Verbesserung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs, Einbeziehung West-Berlins und ähnliches auf dem Verhandlungswege mit der DDR zu lösen versucht. Mit partiell guten Erfolgen!

Eine Politik mit dem Versuch, die Folgen der Teilung Deutschlands für die Menschen erträglicher zu machen („klassische“ Deutschlandpolitik), ist auch weiterhin notwendig. Inwieweit sie möglich ist und hierbei auch Erfolge vorzuweisen hat, hängt von zahlreichen Faktoren ab,

auf die die Bundesrepublik nur bedingt Einfluß hat. Es ist offensichtlich, daß es in den deutsch-deutschen Beziehungen seit einiger Zeit einen Stillstand gibt. Dabei ist es schwierig zu sagen, ab wann genau dieser Stillstand, andere sprechen vom Wartestand, datiert. Es gibt keine Zäsur, ja es ist nicht einmal ein Ereignis zu erkennen (weder der Regierungswechsel in Bonn (1982) noch die Raketenstationierung (1983) nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen), auf das der Stillstand zurückzuführen wäre. Aber es gibt Vermutungen und Hypothesen: Eine Vermutung ist, daß die UdSSR ihren Einfluß auf die DDR-Führung geltend gemacht hat, damit diese ihre Kooperationspolitik („Politik des Dialogs der Vernünftigen“) nicht fortsetzt, weil sie fürchtet, daß dadurch ihre USA-Politik, die mehr unter die Überschrift „Konfrontation“ zu bringen ist (jedenfalls in der ersten Amtszeit von Reagan), konterkariert wird. Als Fallbeispiel wird hier angeführt, daß die UdSSR Erich Honecker daran gehindert habe, die Bundesrepublik im Spätsommer 1984 zu besuchen.

Eine solche Einflußnahme ist schwer überprüfbar. Dies ist darauf zurückzuführen, daß wir über den Entscheidungs- und Willensbildungsprozeß im Verhältnis KPdSU und SED so gut wie nichts wissen, dieses Nichtwissen jedoch häufig kompensieren durch „plausible“ Erklärungen, wobei die Plausibilität nicht selten ein direktes Ergebnis unseres Vorverständnisses (weniger ambitiös ausgedrückt unserer Vorurteile) ist. Es ist für viele DDR-Forscher ausgemacht, daß der Handlungsspielraum der DDR-Führung gering ist. Andere gehen soweit, zu behaupten, daß die SED-Führung lediglich geschäftsführend für die KPdSU-Führung tätig wird.

Dies wird seit Jahren so behauptet, ohne daß dies durch nachvollziehbare Forschungsergebnisse gestützt würde. Dabei wird häufig so getan, als stünden die Fenster des ZK der SED auch nachts offen, damit auch jeder Ruf aus Moskau vernehmbar sei. Eine so simple Vorstellung vom Verhältnis der DDR zur UdSSR scheint mir nicht gerechtfertigt. Sie würde auch die Entwicklung in den 80er Jahren ignorieren, wo es der DDR gelang, als Mitglied des Warschauer Pakts und „unwiderruflich“ mit der Sowjetunion verbunden, ihre Beziehungen zu ausgewählten Weststaaten zu normalisieren, und trotz der allgemein schlechten Ost-West-Beziehungen sich um kooperative deutsch-deutsche Beziehungen

zu bemühen (im Sinne einer Politik der Schadensbegrenzung nach der Raketenstationierung).

Es ist unverkennbar, daß sich die DDR sowohl bei der KVAE in Stockholm wie auch in der Genfer Abrüstungskonferenz in letzter Zeit um konstruktive eigene Beiträge beziehungsweise Akzente bemüht. Dies alles ist nicht spektakulär. Vielen DDR-Forschern bei uns, die in ihrer Forschung allein auf das „Neue Deutschland“ fixiert sind, entgeht so etwas.

Kommen wir zurück auf die bei uns vorherrschende These, daß die UdSSR den deutsch-deutschen Handlungsspielraum der DDR-Führung einschränkt, weil es hier um spezifische Beziehungen geht und sie selbst so wenig davon hat. Wenn diese These, die von bundesdeutschen DDR-Forschern, Journalisten wie Angehörigen der Bonner Administration verbreitet wird, richtig ist, so wird damit zugegeben, daß ein Teil der Verantwortung für den abgesagten Honecker-Besuch von 1984 bei der CDU/CSU in Bonn liegt. Warum? Wenn es so ist, daß Erich Honecker seinen Besuch und seine „Deutschlandpolitik“ gegenüber einigen Staaten des Warschauer Pakts (insbesondere gegenüber der UdSSR sowie gegenüber der CSSR) rechtfertigen mußte und das Kriterium, das diesen Besuch gerechtfertigt hätte, darin liegt, inwieweit Erich Honecker etwas „mitbringt“, das nicht im spezifisch deutsch-deutschen Verhältnis liegt, sondern auch für die Sowjetunion und andere Warschauer Pakt-Staaten interessant ist, so haben die Bonner Verantwortlichen sich *entgegen* ihrer plausiblen Annahme verhalten. Sie hätten etwas Substantielles bieten müssen.

Zusammenfassend sollte festgehalten werden: Die deutsch-deutschen Beziehungen müssen um die sicherheitspolitische Komponente ergänzt werden, weil diese aus der gewachsenen Bedeutung beider deutscher Staaten objektiv erwächst, deren Sicherheit durch ihre exponierte Lage besonders berührt ist. Hinzu kommt, daß die DDR ihre Deutschlandpolitik gegenüber der UdSSR dann besser rechtfertigen kann. Weiter ergibt sich aus der gleichberechtigten internationalen Mitarbeit beider ein Handlungsfeld, das Chancen für abgestimmte Initiativen eröffnet. Die klassische Deutschlandpolitik – so wird erwartet – wird durch diese neue Komponente, für die es normative Anknüpfungspunkte gibt (s. o.), neu belebt.

Die DDR hat schon vor einigen Jahren darauf hingewiesen, daß sich

die deutsch-deutschen Beziehungen nicht in der Frage nach der Verbesserung des Reiseverkehrs erschöpfen dürften. Sie hat dies in jüngster Zeit bekräftigt.⁶

Eine sicherheitspolitische Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen zu fordern, verlangt Antworten auf zwei Fragen: Welche sicherheitspolitischen Themen eignen sich besonders für eine deutsch-deutsche Befassung? Was heißt „Verknüpfung“ von europäischer Sicherheitspolitik und genuiner Deutschlandpolitik bzw. wie könnte eine Verbindung zwischen beiden Handlungsbereichen aussehen?

Bevor wir uns einzelnen Themen beispielhaft zuwenden, die Gegenstand von deutsch-deutschen Gesprächen und Verhandlungen sein können, sollten zunächst ein paar Bemerkungen zu den *Prämissen* deutsch-deutscher Sicherheitspolitik gemacht werden, damit nicht ein sicherheitspolitischer Voluntarismus Platz greift beziehungsweise Mißverständnisse aufkommen. Was im einzelnen Gegenstand deutsch-deutscher Bemühungen im sicherheitspolitischen Bereich sein kann, sollte nicht a priori festgestellt werden, sondern sollte sich aus den deutsch-deutschen Konsultationen ergeben. Es versteht sich von selbst, daß beide deutsche Staaten als Partner ihrer jeweiligen Bündnisse miteinander sprechen, wobei für den Erfolg solcher Gespräche das direkte Betroffensein wie die direkte Beteiligung wichtig sind. Beides muß zusammenkommen, das heißt die beiden deutschen Staaten müssen vital betroffen sein. Sie müssen aber auch an Verhandlungen gleichberechtigt beteiligt sein.

Weiter gilt, daß Bündnisentscheidungen nicht bilateral „ausgeholt“ werden dürfen. Als Beispiel mag hier der Hinweis auf Versuche der SED gelten, den NATO-Doppelbeschluß in der Zeit von 1980 bis 1983 deutsch-deutsch zu „kippen“. Bündnisübergreifende Initiativen sind dagegen möglich in den Fällen, wo es keine Bündnisentscheidung gibt.

Sicherheitspolitische Themen und Handlungsfelder

Welche Themen eignen sich für gemeinsame beziehungsweise parallele deutsch-deutsche Initiativen? Um hier einige Beispiele (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) zu geben:

– Die beiden deutschen Staaten könnten bei der Stockholmer Konfe-

renz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) (wo es unter anderem um Manöverankündigung und -beobachtung, Jahreskalender der militärischen Aktivitäten geht), die in ihr entscheidendes Stadium tritt, dem geltenden Gewaltverzicht durch konkrete Maßnahmen instrumentell Ausdruck und Wirkung verleihen. Betroffen sind beide, beteiligt sind auch beide. Die beiden deutschen Staaten stimmen in einer Reihe von Punkten überein:

- Die KVAE ist ein wichtiges Ost-West-Forum.
- Die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) sind kein Selbstzweck. Sie ersetzen die Verhandlungen über Abrüstung nicht, sie sollen jedoch die Voraussetzungen für diese Verhandlungen verbessern.
- Die vertrauensbildenden Maßnahmen des Helsinki-Typs (Ankündigung von Manövern und Einladung von Manöverbeobachtern) sollen verbindlich gemacht und weiter ausgebaut werden.
- Die politisch-deklarativen und militärtechnischen Vorschläge von NATO und Warschauer Pakt sollen in einen „organischen“ Zusammenhang gebracht werden.

Die beiden Delegationschefs, Dr. Citron vom Bonner AA und Dr. Bühring vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, haben einen sehr guten Arbeitskontakt in Stockholm. Dies ist sicher eine wichtige Voraussetzung für geeignete deutsch-deutsche Initiativen. Die deutsch-deutschen Möglichkeiten für gemeinsame oder parallele Initiativen in Stockholm hängen aber entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, zu einer Versachlichung der Debatte in den Arbeitsgruppen zu kommen, und davon, daß beide der Auffassung in der Praxis Gewicht einräumen, wonach keine Richtung vertrauensbildender Maßnahmen geringgeschätzt oder ausgespart werden sollte.

In dem Maße, wie beide in den Vorschlägen des jeweils anderen Verhandlungschancen sehen, steigen die Möglichkeiten für deutsch-deutsche Aktivitäten, insbesondere beim zu konkretisierenden Gewaltverzicht. Wenn es jetzt darum geht, den sowjetischen Gewaltverzichts-vorschlag mit den operativen Vorschlägen der NATO „organisch“ zu verbinden, sollten die beiden deutschen Delegationen einen Vorschlag ausarbeiten, den sie als Bündnismitglieder präsentieren.⁷

– Zum Stichwort vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen:

Vertrauen entsteht durch Abbau von überholten und unsinnigen Bedrohungs- und Feindbildern auf beiden Seiten. Warum ergreifen beide deutsche Staaten hier nicht geeignete Schritte, auch bei den *nichtmilitärischen* vertrauensbildenden Maßnahmen (Schulbücher, gegenseitige Darstellungen in Wissenschaft und Publizistik)?⁸

- Die Sicherheitsdebatte wird durch Bedrohungsbilder bestritten, bei denen der Eindruck besteht, daß sie einer methodisch-reflektierten Analyse nicht standhalten. Dazu liegt genügend Material vor. Ein Vorschlag, der sich aus einem ganztägigen Hearing in der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab,⁹ sollte auch von den beiden deutschen Staaten aufgegriffen werden: Ost und West müßten sich zusammensetzen, nicht nur um festzustellen, daß es eine gemeinsame Bedrohung „Krieg“ gibt, sondern sich auch gegenseitig klarzumachen, vor welchen militärischen Optionen sich die Gegenseite fürchtet, um diese Optionen durch entsprechende Vereinbarungen schrittweise abzubauen. Warum sollten die beiden deutschen Staaten hier nicht eine solche Anregung in ihre jeweiligen Bündnisse tragen? Um dies hier beispielhaft zu spezifizieren: Verzicht auf Elemente, die von der anderen Seite jeweils als am bedrohlichsten gewertet werden, das heißt beispielsweise Verzicht der NATO auf nuklearen Ersteinsatz bei Abbau der Panzerüberlegenheit des Warschauer Pakts.
- Abzug von C-Waffen aus einem Gebiet, das mindestens die beiden deutschen Staaten einschließt. Dazu bedürfte es jetzt der baldigen Aufnahme von *Verhandlungen* zwischen beiden deutschen Regierungen. Denn der Entwurf von SPD und SED ist das Ergebnis von Gesprächen zwischen beiden *Parteien*. Es kommt jetzt darauf an, daß die *Regierungen* über den Abzug von Chemiewaffen Verhandlungen führen. Die Bundesregierung hat das Verhandlungsangebot der DDR-Regierung zwar nicht abgelehnt, aber doch auf den weltweiten Ansatz verwiesen und damit einem regionalen Ansatz eine Absage erteilt. Nun hat der Staatsratsvorsitzende in einem weiteren Brief den Bundeskanzler aufgefordert, seine Position zu überdenken, denn zwischen regionalem Ansatz und dem von der Bundesregierung favorisierten weltweiten Ansatz muß kein Widerspruch bestehen. Die DDR hält diese Frage für so wichtig, daß sie

das „Gebot des nationalen Interesses der DDR und der BRD“ ins Spiel bringt.¹⁰ Hier sollten keine Chancen – ob bilateral, trilateral oder multilateral – voreilig vertan werden.

- Reduzierung der Militärhaushalte und das Weiterleiten eines Teils der freiwerdenden Mittel an die Entwicklungsländer. Dieses Vorhaben ist Gegenstand der Vereinten Nationen. Die beiden deutschen Staaten haben prinzipiell ihr Interesse an diesem Vorhaben signalisiert: Sie sind beide betroffen und könnten auch gleichberechtigt beteiligt sein. Die DDR hält sich aber zurück.
- Ein weiteres Beispiel positiven Handelns der beiden deutschen Staaten läge in der Verhinderung einer weiteren Militarisierung der Dritten Welt. Von beiden wird wortstark diese Militarisierung in den Entwicklungsländern beklagt und wechselseitig kritisiert, daß die Entwicklungsländer mit Waffen aus kapitalistischen beziehungsweise kommunistischen Staaten beliefert werden. Die beiden deutschen Staaten sind zwar nicht Hauptgeber, könnten jedoch aus ihrer Mittelfeldposition der Geberländer Gespräche aufnehmen mit dem Ziel, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.
- Ein weiteres Handlungsfeld sind die Wiener Truppenreduzierungs-gespräche (MBFR). Die beiden deutschen Staaten sind von Anfang an dabei. Sie sind von den Entscheidungen direkt betroffen. Beide Armeen, sowohl die Bundeswehr wie die Nationale Volksarmee, haben auf Grund der demographischen Entwicklung in den späten 80er Jahren Rekrutierungsprobleme. Sie wären also an einer baldigen Vereinbarung über reduzierte Obergrenzen ihrer Armeen interessiert.

Und schließlich:

- Beide müssen ihre Bündnisvormächte darin ermuntern, die von ihnen geführten bilateralen Abrüstungsverhandlungen in Genf, die am 12. März 1985 begannen, auf der Grundlage des sowjetisch-amerikanischen Mandats vom 8. Januar 1985 zügig und erfolgsorientiert voranzubringen. Dabei gilt das Hauptinteresse beider deutscher Staaten den nuklearen Mittelstreckenwaffen (SS 20, Pershing II, Cruise Missiles) sowie den nuklearen Kurzstreckenwaffen in Mitteleuropa. Dies sind lediglich Beispiele für das sicherheitspolitische Engagement beider deutscher Staaten. Es kommt darauf an, daß die Verantwort-

lichen beider Seiten im ständigen Gespräch die geeigneten Themen identifizieren, um dann zu sehen, was die beiden deutschen Staaten tun können. *Daß* sie sicherheitspolitisch etwas tun müssen, ergibt sich aus ihrer geographischen Lage, der Bedeutung beider deutscher Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen und gebietet auch die sicherheitspolitische Lage in Europa.

Verknüpfungsvorschlag

Wie könnte eine Verknüpfung genuiner Deutschlandpolitik und europäischer Sicherheitspolitik aussehen?

Wenn es richtig ist, daß es aus objektiven Gründen (s. o.) geboten erscheint, sicherheitspolitische Probleme zu deutsch-deutschen Themen zu machen und darüber hinaus die DDR-Führung aus bündnispolitischen wie friedenspolitischen Gründen sicherheitspolitische Probleme in Gespräche beziehungsweise Verhandlungen mit der bundesdeutschen Seite einbeziehen möchte, so muß ein Verfahren entwickelt werden, das Deutschlandpolitik im „klassischen“ Sinne mit der europäischen Sicherheitspolitik verbindet, und zwar so, daß beide ihre Eigenständigkeit beziehungsweise Bedeutung nicht verlieren. Dies sollte nicht etwa so geschehen, daß das eine vom anderen abhängig gemacht wird im Sinne eines Linkages. Dies könnte vielmehr so geschehen, daß beide Problembereiche nebeneinander, aber *gleichrangig* und *gleichzeitig* behandelt werden.

Inwieweit eine integrale Verschränkung deutschlandpolitischen Lösungsbedarfs mit sicherheitspolitischen Erfordernissen möglich ist, aus der dann Deutschlandpolitik Sicherheitspolitik wird, muß sorgfältig geprüft werden. Voraussetzung für eine solche Prüfung ist jedoch die Bereitschaft dazu. Wenn ich es recht sehe, gibt es diese in vorsichtiger Form in Bonn wie in Ost-Berlin. Diese noch nicht manifeste Bereitschaft sollte positiv aufgegriffen werden.

Hier läge auch ein weites Feld deutsch-deutscher Friedensforschung!

Einwände der Bundesregierung

Wer die Erklärungen und Stellungnahmen der CDU/CSU wie die der Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers Helmut Kohl, auf-

merksam liest, wird feststellen, daß jeder Hinweis darauf, daß die Sicherheitspolitik *auch* zu den deutsch-deutschen Gesprächs- und Verhandlungsthemen gehört, fehlt.

Der zuständige Bundesminister im Kanzleramt, Wolfgang Schäuble, hat in einem grundsätzlichen Referat am 15. Juni 1985 in Tutzing¹¹ typisch defensiv argumentiert, als es um den Zusammenhang von Sicherheitspolitik und Deutschlandpolitik ging. Einerseits räumt er Verständnis „für die Sorgen der DDR-Führung gegenüber ihrer Überlastung mit militärischen Blockpflichten“ ein, um dann übergangslos festzustellen: „Aber Deutschlandpolitik wäre verloren, wenn sie sich darauf einließ, westliche Kernpositionen in der Sicherheit gegen kurzlebige humanitäre Konzessionen einzutauschen, über deren Dauer und Substanz die DDR letztlich allein entscheidet“. In diesem Zitat sind eine Reihe von Mißverständnissen, die aber nur entstehen, wenn man doch nicht genügend „Verständnis für die Sorgen der DDR-Führung“ aufbringt. Es geht nicht darum, außerhalb der Bündnisse Bündnisentscheidungen deutsch-deutsch „auszuhebeln“. Natürlich geht es auch nicht darum, „westliche Kernpositionen“ (?) gegen „kurzlebige humanitäre Konzessionen einzutauschen“. Es geht vielmehr darum, daß die Bundesregierung aus ihren sicherheitspolitischen Interessen heraus mit der DDR-Führung Gespräche über geeignete sicherheitspolitische Themen führt, die deutsch-deutschen Bemühungen zugänglich sind. Diesen Versuch hat die Bundesregierung bislang nicht gemacht!

Was sind die Haupteinwände der Bundesregierung bzw. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion?

Die bisherigen *Einwände* der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegenüber der Hinzufügung einer sicherheitspolitischen Komponente können nicht überzeugen. Um die wichtigsten bekannt gewordenen Einwände kurz aufzugreifen:

1. So lautet einer der Einwände: Die DDR habe keinen sicherheitspolitischen Handlungsspielraum. Dies ist im Grunde genommen eine reine Spekulation, solange die Bundesregierung den Handlungsspielraum der DDR nicht auslotet. Die Empfehlung von SPD und SED, zu einer chemiewaffenfreien Zone in Europa zu kommen, hätte der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, den sicherheitspolitischen Handlungsspielraum der DDR zu testen. Diese Gelegenheit ist zu nächst einmal vertan worden.

2. Ein weiterer häufig zu hörender Einwand: Die DDR vertrete ausschließlich sowjetische Interessen, deshalb habe es keinen Sinn, mit der DDR über Sicherheitspolitik zu sprechen. Dem ist entgegenzuhalten, daß auch dies, beim gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse, eine Spekulation der Bundesregierung ist, die genährt wird von einigen DDR-Forschern bei uns. Auch hier wäre die Aufgabe der Bundesregierung, die Interessenlage der DDR auf dem Verhandlungswege auszuloten.
3. Ein weiterer Einwand richtet sich gegen eine Verknüpfung im Sinne eines Junktims von klassischer Deutschlandpolitik und sicherheitspolitischen Fragen. Dies ist jedoch ein Mißverständnis. Bislang sparten die deutsch-deutschen Beziehungen das Thema der Sicherheitspolitik aus, sieht man einmal ab von den wenigen und offenbar sehr unergiebigem Begegnungen zwischen dem Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung und dem Leiter der Grundsatzabteilung im DDR-Außenministerium. Zugespißt formuliert: Sicherheitspolitik in den deutsch-deutschen Beziehungen wie die klassischen deutschlandpolitischen Themen haben ihren spezifischen Wert. Wer sie im Sinne eines Junktims zusammenbringt, in der zugespißten Formel, daß vom sicherheitspolitischen Wohlverhalten der Bundesregierung deutschlandpolitische Zugeständnisse abhängig gemacht werden, vertritt einen Ansatz, der hier nicht unterstützt wird.

Um es noch einmal klar zu sagen: Deutsch-deutsche Sicherheitspolitik soll nicht an die Stelle der „klassischen“ Deutschlandpolitik treten, sondern diese ergänzen.

Die Bundesregierung verhält sich in der Diskussion über die sicherheitspolitische Komponente in der Deutschlandpolitik nicht nur sehr defensiv, sondern auch inkonsequent. So hat kürzlich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, in einem Vortrag¹² zu Recht darauf hingewiesen, daß Bundesrepublik und DDR jeweils „wichtige Mitglieder“ ihrer Bündnisse seien. Dies sowohl „politisch, wirtschaftlich und auch militärisch“. Er hat hinzugefügt: „Das Verhalten dieser beiden Staaten spielt deshalb ebenso eine wichtige Rolle im Ost-West-Verhältnis wie die Qualität ihrer gegenseitigen Beziehungen. Innerdeutsche Beziehungen und Ost-West-Beziehungen stehen in einem Wechselverhältnis zueinander“. Von dieser wichtigen Feststellung bis zu der Überlegung, was die

beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer wichtigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Stellung in ihren jeweiligen Bündnissen für die Erhaltung des Friedens und die Gestaltung der Sicherheitsbeziehungen leisten können, führt nur ein kurzer Weg. Doch diesen Schritt von der richtigen Analyse zu den angemessenen Konsequenzen zu gehen – diesen Schritt scheut die Bundesregierung. Auch im Lichte der oben genannten normativen Grundlagen und Anknüpfungspunkte, auf die sich beide deutsche Staaten prinzipiell verständigt haben, wirken die Einwände nicht überzeugend. Jedenfalls rechtfertigen sie nicht die defensiv-ängstliche Haltung der Bundesregierung in deutsch-deutschen Sicherheits- und Abrüstungsfragen.

Perspektiven

Wir brauchen zur Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen eine feste *Grundlage* und eine realistische *Perspektive*.¹³

Eine feste Grundlage haben wir: den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag mit seinen Anhängen und jenen Folgeverträgen, die in den 70er und 80er Jahren in einzelnen Gebieten der Zusammenarbeit einen guten Rahmen gegeben und zu fühlbaren Fortschritten für die Menschen geführt haben.

Gibt es auch eine realistische Perspektive? Vereinbartes Ziel deutsch-deutscher Beziehungen ist das normale gutnachbarliche Verhältnis, das wir anstreben zwischen zwei Staaten, die unterschiedliche Gesellschaftsordnungen repräsentieren und zwei gegensätzlichen Militärkoalitionen angehören. Zur Entwicklung der Perspektive gibt es gemeinsame Probleme, die sich aus der Teilung und der direkten Nachbarschaft ergeben. Daraus ergeben sich Themen der Zusammenarbeit. Regelungsnotwendiges muß in Vertragfähiges umgewandelt werden.

In den vor uns liegenden Jahren wird es dabei auf zweierlei ankommen: Erstens kommt es darauf an, inwieweit es uns gemeinsam gelingt, die Felder der Zusammenarbeit zu erweitern, und zweitens wird es wichtig sein, diese Zusammenarbeit zu institutionalisieren.

Was ist erweiterungsbedürftig, was ist erweiterungsfähig? Bei dieser Frage wird man insbesondere an die Sicherheitspolitik denken, die zwar im Artikel 5 des Grundlagenvertrages vorgesehen ist, aber bislang ein

stiefmütterliches Dasein fristet. Zur Entwicklung einer fruchtbaren Zusammenarbeit, auch in diesem Bereich, gehören geeignete Themen wie die Beachtung einiger Prämissen. Dazu ist einiges ausgeführt worden.

Denkbar wäre hier die Einrichtung einer gemeinsamen deutsch-deutschen *Sicherheitspolitischen Kommission*, deren Aufgabe darin besteht, sich kontinuierlich zu informieren, Initiativen abzusprechen und sich auf Botschafterebene gegenseitig zu konsultieren. Dabei sind gemeinsame Initiativen durchaus perspektivisch möglich.

Eine paritätisch zusammengesetzte Sicherheitspolitische Kommission zwischen beiden deutschen Staaten würde erheblich über das hinausgehen, was bislang praktiziert wird: ein Treffen zwischen den Abrüstungsbeauftragten beider Regierungen in unregelmäßigen Abständen (etwa alle zwei Jahre) und das mehr zufällige Treffen von Delegationen auf internationalen Konferenzen und ähnliches.

Ich schließe mit den Worten Willy Brandts anlässlich seines Besuches in der DDR im September 1985: „Die deutsche Chance hängt für eine nicht überschaubare Zeit davon ab, was die beiden Staaten für die Sicherheit in Europa zu leisten vermögen“.¹⁴ Darauf kommt es an!

Anmerkungen

- 1 Zum Ansatz und zu den bisherigen Ergebnissen deutsch-deutscher Vertragspolitik siehe Wilhelm Bruns, *Deutsch-deutsche Beziehungen*, Opladen 1984 (vierte erw. Auflage).
- 2 Nach langwierigen Verhandlungen wurde Ende 1985 der Text eines deutsch-deutschen Kulturabkommens fertiggestellt. Obgleich er noch nicht rechtskräftig ist, erschien er am 14. Dezember 1985 zunächst in der WELT und dann in der FAZ. Soweit zu erkennen ist, geht das Abkommen von einem weiten Kulturbegriff aus. D. h. es wird sich nicht nur auf die „klassischen“ Gebiete der Kulturpflege und Kulturarbeit (Literatur, Musik, Filmwesen und bildende und darstellende Kunst) beziehen, sondern auch das Archivwesen, die Erweiterung des gegenseitigen Bezugs von Büchern und Zeitschriften, von Fernseh- und Rundfunkproduktionen u. ä. einbeziehen. Das Kulturabkommen wird eine Berlin-Klausel (die sog. Frank-Falin-Klausel) enthalten. Beobachter sehen den eigentlichen Test im Veranstaltungskalender wie in der tatsächlichen Ausweitung kultureller deutsch-deutscher Beziehungen.

- 3 Vgl. Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hrsg.), *Dokumente zur Abrüstung 1917–1976*, bearb. und eingel. von Peter Klein, Berlin 1978.
- 4 Siehe Wilhelm Bruns, *NATO-Doppelbeschluss und deutsch-deutsche Beziehungen* (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung), Oktober 1981.
- 5 Vgl. Egon Bahr, *Was wird aus den Deutschen?*, Hamburg 1982, S. 233.
- 6 So Erich Honecker: „Auch im Verhältnis der DDR zur BRD bleibt die Friedenssicherung die alles überragende Frage“, in: *Außenpolitische Korrespondenz (DDR)*, Nr. 43/1985, S. 347.
- 7 Vgl. Wilhelm Bruns, *Die Position der DDR auf der Stockholmer KVAE*, in: *Deutschland-Archiv*, 18. Jg. (1985), H. 2, S. 169–177.
- 8 Vgl. Wilhelm Bruns, *Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Ihre Entwicklung von 1954–1984*, in: *Die Friedenswarte*, Bd. 65, Berlin 1985, S. 43–70.
- 9 Die Ergebnisse dieses Hearings liegen in Buchform vor: Wilhelm Bruns/Horst Ehmke/Christian Krause, *Bedrohungsanalysen*, Bonn 1985.
- 10 Manfred Uschner, *Bonner Regierung auf dem Prüfstand*, in: *Horizont*, 18. Jg. (1985), Nr. 10, S. 2.
- 11 Abgedruckt in: *Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, Nr. 70/1985, S. 589–596, hier insbes. S. 595.
- 12 Abgedruckt in: *Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, Nr. 122/1985, S. 1063–1065, hier insbes. S. 1063.
- 13 Vgl. Wilhelm Bruns, *Die deutsch-deutschen Beziehungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre*, in: *Beilage aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51–52/85 (Bundeszentrale für politische Bildung).
- 14 „Zentrale Aufgabe: Wahnsinn des Überrüstens stoppen“, in: *Neues Deutschland* v. 20. 9. 1985, S. 2.

Eberhard Schulz

Verständigung mit Polen: Eine noch unbewältigte Aufgabe der deutschen Politik*

Polen und Deutsche haben sich immer miteinander schwer getan. Viele Jahrhunderte lang haben Deutsche und Polen in enger Symbiose gelebt. Beide haben davon Nutzen gehabt, auch wenn die Nachbarschaft keineswegs immer glücklich gewesen ist. Ein Deutscher, Johann Gottfried Herder, hat seine Zeitgenossen auf den eigenständigen Charakter des polnischen Volkes aufmerksam gemacht. Im 19. Jahrhundert hat sich im deutschen Bürgertum eine romantische Polen-Begeisterung entwickelt, doch hat sich diese nie zu einem politischen Willen verdichtet. Bis heute fällt es Deutschen und Polen schwer, einander zu verstehen und die Eigenarten des anderen zu ertragen. Vor allem aber hat es zwischen Deutschen und Polen in der Geschichte Konflikte von großer Schärfe gegeben. Dies gilt für die beiden Epochen, in denen Deutsche sich von einer großen Idee mitreißen, dann aber im Übereifer weit über die ethisch vertretbaren Grenzen hinaustragen ließen.

Im Mittelalter war es die Idee von der Bekehrung der Ungläubigen und der Bestrafung der Ketzer. Damals waren Deutsche die Träger des Heiligen Römischen Reiches, an dessen Spitze für den Staat der Kaiser und für die Christenheit der Papst standen. Der Deutsche Orden wurde im 13. Jahrhundert von polnischen Fürsten zur Bekämpfung der heidnischen Preußen ins Land gerufen. Seine Ritter waren vornehmlich, aber nicht ausschließlich deutscher Abstammung. Damals gab es noch keine nationale Politik im heutigen Sinne; wohl aber verfolgte der Orden in zunehmendem Maße eine eigene Machtpolitik. Mehr und mehr geriet er

* Der Beitrag entstand im Zusammenhang eines von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung geförderten Forschungsprojekts und wurde im Europa-Archiv Folge 4/1986 vorabgedruckt.

dabei in Konflikt mit den Polen, die er des Abfalls vom Christentum und der Zusammenarbeit mit den heidnischen Feinden beschuldigte und mit einer Härte bekämpfte, wie sie zu damaliger Zeit nur gegenüber Heiden und Ketzern üblich war.

Noch ein zweites Mal wurden die Deutschen von einer große Idee mitgerissen, von der Idee der Nation, die die Französische Revolution hervorgebracht hatte. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ war die Losung, mit der der Dritte Stand und die Bauern von der Herrschaft des Adels und des Klerus befreit wurden, so daß eine einheitliche Nation entstand. In der Form des Nationalstaats setzte sich die neue Idee in Europa, ja später in der ganzen Welt durch. Doch zerbrach dabei mehr als die Herrschaft von Adel und Klerus; mit der alten Hierarchie zerfiel die Einheit der mittelalterlichen Werte- und Rechtsordnung. Fortan verfolgte jeder einzelne der europäischen Staaten seine „nationale“ Politik. Alle tendierten – in unterschiedlichem Grade – dazu, das Wohl der eigenen „Nation“ zu verabsolutieren und dem der anderen Nationen einen Rang auf ihrer Werteskala zu verweigern. In dieser Verwirrung der Werte glaubten Hitler und seine Gefolgsleute, den anderen Nationen das Recht auf eigenständige Existenz entziehen zu können. Die ersten Opfer dieser Politik wurden Polen und Tschechen.

Die Bedeutung, die diese beiden Ereignisse für das deutsch-polnische Verhältnis gehabt haben, läßt sich gar nicht überschätzen. Wenige Nationen haben ein so lebendiges Geschichtsbewußtsein entwickelt wie die polnische. Die polnische Geschichtsschreibung des späten 19. und des 20. Jahrhunderts aber hat den Gegensatz zwischen dem Deutschen Orden und Polen im Mittelalter als eine nationale Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Polen im Stil der Neuzeit mißverstanden. So hat sich in das polnische Geschichtsbild bis heute der Eindruck eingepreßt, die Deutschen (und die Russen) hätten von jeher das Ziel verfolgt, mit ihrer Übermacht die polnische Nation zu vernichten. Die große patriotische Literatur in der Epoche der polnischen Teilungen hat dieses Bild von einem ständigen Kampf um die nationale Existenz mit kräftigen Farben ausgemalt. Das Ergebnis wird heute ständig als die „racja stanu“, die polnische Staatsräson, beschworen.

Mag daran vieles grob vereinfacht oder überzeichnet sein – eines läßt sich nicht leugnen: Polen war das einzige europäische Volk, das in zwei so gänzlich verschiedenen historischen Epochen einer totalen Kriegsfüh-

rung ausgesetzt war, und die Gegner waren in beiden Fällen Deutsche. Dies erklärt, warum die Traumata im polnischen Bewußtsein gegenüber den Deutschen viel tiefer reichen als die spät erfundene „Erbfeindschaft“ mit den Deutschen bei den Franzosen. Wer als Deutscher daran gehen will, die Beziehungen mit Polen zu „normalisieren“ oder gar die beiden Völker miteinander auszusöhnen, muß zunächst einmal verstehen, warum die Kluft zwischen ihnen so tief ist. Sie ist eben weit mehr als der ideologisch-machtpolitische Graben, der Ost- und Westeuropa seit 1945 voneinander trennt und mit dem manche glauben, den deutsch-polnischen Gegensatz bequem und einleuchtend erklären zu können.

Beginnen muß die Aussöhnung mit dem gegenseitigen Verstehen. Gelingen freilich kann sie nur, wenn sie von entschlossenem politischem Gestaltungswillen unterstützt wird. Allzu lange haben Kleinmütige oder gar Gegner der Aussöhnung – die es auf beiden Seiten gibt – Gelegenheit gefunden, immer neue Vorwände zu künstlichen Hindernissen für eine Verständigung hochzustilisieren. Dabei ist in der öffentlichen Diskussion häufig nicht klar genug erkannt worden, daß sich die existentiellen Probleme Europas seit der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts verschoben haben. Scheinbare Belastungen sind unnötig weitergeschleppt worden und haben den Blick auf die Gemeinsamkeiten verstellt, die inzwischen herangewachsen sind. Hier gibt es noch manches zu entrümpeln. Dann würden neue Ansatzpunkte für eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen sichtbar werden.

Gegensätze und Gemeinsamkeiten

Abgesehen von den psychischen Traumata, die natürlich nicht nur auf polnischer, sondern auch auf deutscher Seite weiter schmerzen, spielen in den deutsch-polnischen Beziehungen drei Gegensätze eine wesentliche Rolle: der machtpolitische, der ideologische und der nationale Gegensatz.

Diese Gegensätze sind eine Realität; wer sie leugnet oder mit schönen Worten zu verharmlosen sucht, stiftet eher Schaden als Nutzen. Eine vernünftige Politik kann sich nicht auf die Illusion stützen, alle Menschen strebten nach Frieden und Glück, und folglich seien ihre Interessen identisch. Eine ganz andere Frage ist, ob die tatsächlichen Gegen-

sätze richtig definiert werden und welche Konsequenzen aus ihnen zu ziehen sind. Denn nicht alle Gegensätze müssen ausgefochten werden – mit manchen kann man leben, wenn man sie nicht mit Emotionen befrachtet oder überbewertet. Die konkrete Frage lautet hier: Ist es gegen Ende des 20. Jahrhunderts noch zu rechtfertigen, daß die drei genannten Gegensätze das deutsch-polnische Verhältnis maßgebend bestimmen?

Der Gegensatz der Blöcke

Der machtpolitische Gegensatz besteht darin, daß Polen und die Bundesrepublik Deutschland zwei einander entgegengesetzten Bündnisssystemen angehören. Die beiden Blöcke stehen einander frontal und scheinbar unversöhnlich gegenüber. Eine Neutralität zwischen den Blöcken gibt es nicht – weder für die Deutschen noch für die Polen. Wer nach Auswegen Ausschau hält, gerät auf beiden Seiten leicht ins politische Abseits.

Paradoxerweise hat es aber gerade zwischen diesen beiden Blöcken seit 1945 keinen Krieg gegeben. In fast allen anderen Erdteilen sind militärische Auseinandersetzungen an der Tagesordnung – zwischen der NATO und der Organisation des Warschauer Paktes ist der Friede nie gebrochen worden. Der Grund dafür ist einfach: Zwischen diesen beiden Mächtegruppen hat sich seit 1945 allmählich das nukleare Zeitalter herausgebildet, das durch drei Elemente gekennzeichnet wird: durch die unerbörte Vernichtungskraft der nuklearen und anderer moderner Waffen, durch die praktisch unbegrenzte Reichweite ihrer Trägersysteme und durch die Präzision, mit der die Sprengköpfe in ihre Ziele befördert werden können. Das hohe Tempo und die vielfältigen Richtungen der technologischen Entwicklung haben bisher dafür gesorgt, daß keine der beiden Seiten eine gesicherte Erstschlagskapazität erreicht hat, und die Wahrscheinlichkeit, daß sich dies in absehbarer Zeit ändern könnte, ist gering. Beide Seiten müssen damit rechnen, daß im Fall eines unmittelbaren militärischen Konflikts zwischen den beiden Supermächten der erste Schlag des Gegners dem eigenen Hauptquartier gilt. Damit befinden sich die beiden Staatslenker, der Präsident der Vereinigten Staaten und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, ganz persönlich in der Situation der beiden Skorpione in einer Flasche: Keiner von ihnen kann

den anderen angreifen, ohne eine sofortige tödliche Gegenaktion zu riskieren. Ohne ihre ausdrückliche Zustimmung aber könnten Kampfhandlungen zwischen den beiden Blöcken nicht eröffnet werden. Es ist merkwürdig, wie wenig in der Friedensdiskussion berücksichtigt wird, daß ein Entschluß zum Kriege dem persönlichen Überlebensinteresse der beiden entscheidenden Politiker direkt zuwiderliefe.

Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens im nuklearen Zeitalter ist allerdings Stabilität, und zu ihr gehört auch die Unverrückbarkeit der territorialen und der politischen Grenzen. Eine Verschiebung von Grenzen ist ebenso undenkbar wie die Neutralisierung von Teilen Zentraleuropas oder gar der Seitenwechsel eines Allianzmitglieds. Schließlich macht die besondere Qualität der nuklearen Waffen eine militärisch gestützte Erpressung zwischen ihren Besitzern unglaublich; auch insofern hat das Stabilitätsgebot Vorrang vor allen anderen politischen Zielen.

Manchem mögen so lapidare Feststellungen verdächtig vereinfachend klingen. Führen nicht die Militärexperten in West und Ost seit Jahrzehnten höchst komplizierte Diskussionen über Sicherheitspolitik und Strategie, und erweist es sich dabei nicht immer mehr als fast aussichtslos, selbst so elementare Begriffe wie „Gleichgewicht“ oder „gleiche Sicherheit“ übereinstimmend zu definieren? Diese Debatte kann hier nicht aufgenommen werden; sie folgt ihren eigenen Gesetzen. Eines ist jedenfalls klar: Die verantwortlichen Politiker beider Supermächte haben in den vielfältigen weltpolitischen Auseinandersetzungen der letzten 25 Jahre stets darauf geachtet, den Rubicon zum unmittelbaren militärischen Konflikt miteinander nicht zu überschreiten.

Hält man sich diesen Sachverhalt vor Augen, so erweisen sich viele der ständig beschworenen Gefahren als gegenstandslos. Wenn der Krieg zwischen den Nuklearmächten in Europa als Mittel zur Erreichung politischer Ziele ausscheidet, gibt es keinen Grund mehr, einen „westdeutschen Revanchismus“ zu fürchten. Die Bundesrepublik hat nicht nur freiwillig auf das Mittel der Gewalt zur Verschiebung der heutigen Grenzen verzichtet; sie könnte dieses Mittel im nuklearen Zeitalter ohnehin nicht mehr einsetzen. Objektiv ist die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bestehende Gemeinsamkeit des existentiellen Interesses an der Kriegsverhütung größer als alles Trennende.

Der ideologische Gegensatz

Der ideologische Gegensatz zwischen Ost und West scheint nicht weniger unversöhnlich als der machtpolitische. Beide Seiten erheben für ihre ideologische Grundeinstellung einen Ausschließlichkeitsanspruch, vor allem die östliche Seite mit ihrem in sich geschlossenen ideologischen System des Marxismus-Leninismus. Allerdings mehren sich die Anzeichen dafür, daß kaum noch jemand an seine Verheißungen glaubt. Immer wieder in der Geschichte, vor allem seit Rousseau, tauchte der Gedanke auf, man könne den Menschen verändern. In der Tradition der europäischen Arbeiterbewegung spielte die Hoffnung eine große Rolle, es lasse sich ein neuer Mensch heranbilden, wenn man nur die Entfremdung beseitige und eine entsprechende Erziehung einleite. Beides ist gescheitert, und die sozialistischen Staaten sind gerade dabei, die Erfahrung zu machen, daß auch die von ihnen angestrebte Wirtschafts- und Gesellschaftsreform scheitern wird, wenn man sie auf eine Veränderung des Menschen gründen will.

Dennoch bleibt der Marxismus-Leninismus ein wichtiger politischer Faktor. Doch werden die herrschenden kommunistischen Oligarchien ihre Macht wohl nur behaupten können, wenn sie die Interpretation der Ideologie zumindest partiell ändern. Jedenfalls werden sie ihren Totalitätsanspruch auf die Dauer nicht aufrechterhalten können. Das hat sich in Polen mehr als in anderen sozialistischen Ländern herausgestellt. Damit treten gemeinsame kulturelle Traditionen von Deutschen und Polen wieder mehr ins Blickfeld.

Freilich ist der Marxismus-Leninismus in Polen nach wie vor offiziell verbindlich. Insbesondere hält Polen – ebenso wie die DDR oder Ungarn – am Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ fest. Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für das Verhältnis zur Bundesrepublik. Das Aufbegehren der jungen Generation in der „Solidarność“ gegen die Allmacht einer menschenverachtenden Bürokratie hat in der Bundesrepublik eine Welle von Sympathie ausgelöst. Die polnische Führung wird sich von der Öffentlichkeit des Westens daran messen lassen müssen, inwieweit sie den Verpflichtungen gerecht wird, zu denen sie (oder ihre Vorgängerin) sich in der Schlußakte von Helsinki bekannt hat. Ohne die freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung wird sie – das weiß sie – politische Stabilität im Lande nicht wiederherstellen können. Ein hohes Maß

innenpolitischer Toleranz liegt daher in ihrem eigenen Interesse. Daran darf und soll die Bundesregierung gelegentlich erinnern.

Andererseits muß die polnische Führung mit Augenmaß vorgehen und die feine Grenze zwischen den „nationalen Besonderheiten“, die die Ideologie zuläßt, und der für sie tödlichen „Abweichung“ vom verbindlichen Dogma einhalten. Ebenso wenig wie von der DDR oder von Ungarn kann die Bundesrepublik von Polen erwarten, daß es seinen Staatsbürgern jenes Maß von Freiheit einräumt, das den Deutschen in der Bundesrepublik durch das Grundgesetz garantiert wird. Hier setzen die Struktur des Systems und die Ideologie gewiß Grenzen, aber sie lassen auch einen beträchtlichen Spielraum für konstruktive Politik.

Der nationale Gegensatz

Schließlich gibt es den nationalen Gegensatz zwischen Deutschen und Polen. Er hat das Verhältnis zwischen den beiden Völkern im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt. Hitlers Vernichtungspolitik hat ihn unendlich vertieft, und die darauf reagierende polnische Politik, die eine ethnische Einheit dadurch erreichen wollte, daß sie die Deutschen aus Polen entfernte oder repolonisierte, hat den Gegensatz noch verschärft. Der Ost-West-Konflikt, der in der europäischen Politik seit dem Ende der vierziger Jahre dominiert, hat den nationalen Gegensatz nur überlagert, ihn nicht ersetzt.

Worin äußert sich der nationale Gegensatz? Auf deutscher Seite wird die nationale Selbständigkeit Polens nicht mehr in Zweifel gezogen. Hinsichtlich der westlichen und nördlichen Territorien des polnischen Staates gibt es noch einen deutschen Rechtsvorbehalt, der sich jedoch nur auf die „endgültige Friedensregelung“, wie es im Potsdamer Abkommen heißt, bezieht und aus übergeordneten politischen Gründen, wie oben gezeigt, praktische Bedeutung nicht mehr erlangen kann. Umstritten sind ferner teilweise die Staatsbürgerschaft, die Volkszugehörigkeit und die Lebensverhältnisse der auf dem Gebiet des heutigen polnischen Staates verbliebenen Deutschen.

Was das Staatsbürgerrecht angeht, hat keine Bundesregierung die Absicht, polnische Bürger gegen deren Willen als Deutsche in Anspruch zu nehmen. Eine differenziertere Prüfung dieses Problems, das auch

psychologische Fakten auf der polnischen Seite miteinbezieht, ist überfällig. Eine abschließende rechtliche Regelung dieser Frage dürfte derzeit nicht möglich, später aber nicht übermäßig schwierig sein. Mehr als vierzig Jahre nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ vermindert sich die Zahl der von dem Dissens direkt betroffenen Personen ohnehin rasch.

Anders steht es um die „unbestreitbare deutsche Volkszugehörigkeit“, von der in der „Information“ der Regierung Polens im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag von 1970 die Rede ist. Jahrhundertlanges Zusammenleben mit teils freiwilliger, teils erzwungener Assimilierung in beiden Richtungen läßt eine unanfechtbare Beweisführung für eine rein deutsche Abstammung nur in relativ wenigen Fällen zu. Heutigem demokratischem Verständnis entspräche eher die Akzeptierung der individuellen Willensbekundung. Diese aber kann sich mit den Zeitläuften verändern und verschiedenen Motiven entspringen, die zu erforschen schwerlich Aufgabe staatlicher Verwaltung sein kann. In dieser Frage sind (wie in der Vergangenheit) nur pragmatische Regelungen möglich, die weitgehend vom guten Willen und damit vom Stand der offiziellen Beziehungen abhängig sind.

Wahrscheinlich bietet hier das Prinzip der Familienzusammenführung (obwohl es mit der Volkszugehörigkeit nur bedingt zu tun hat) die beste Richtschnur. Doch gibt es auch Menschen in Polen, die sich als Deutsche fühlen, ihre Heimat aber nicht verlassen wollen. Kann man ihnen den Anspruch auf ein eigenständiges Kulturleben mit Pflege ihrer Sprache und Tradition, ein Bildungswesen und Gottesdienste in ihrer Sprache verweigern? Sind aber die Voraussetzungen dafür noch gegeben oder unter zumutbaren Bedingungen wiederherstellbar? Fragen dieser Art lassen sich nur mit viel Menschlichkeit, Feingefühl, Geduld und Vertrauen beantworten. Daran hat es in der öffentlichen Auseinandersetzung oft gefehlt.

Die Polen haben seit 1945 die Erfahrung machen müssen, daß nationale Einheit weniger ein ethnisches als ein politisches Problem ist. Die radikale Reduzierung der nationalen Minderheiten durch die Ermordung fast aller polnischen Juden während des Zweiten Weltkriegs, Flucht und Vertreibung der Deutschen sowie Umsiedlung von Ukrainern und Weißrussen hat die nationale Einheit der Polen nicht herbeigeführt. Wenn die polnische Nation seit 1945 immer wieder von Uneinig-

keit heimgesucht wurde, so lag der Grund in der Mißachtung des Volkswillens durch die Regierenden. Dies ist die eigentliche Schwachstelle der polnischen Nation, die sich seit 1980 nicht mehr verheimlichen läßt. Aus dem Gefühl der inneren Schwäche wächst in manchen Kreisen der polnischen Führung die Angst vor einem deutschen Revisionismus.

Aus diesem Grund tendieren viele Polen zu einer blinden Statusquo-Politik – einer Politik, die die Existenz eines solchen Politik-Problems einfach leugnet. Die Verfechter einer solchen Politik machen sich in der Regel nicht klar, daß sie damit denselben Fehler begehen wie Poincaré nach dem Ersten Weltkrieg: die Deutschen zu diskriminieren.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Dynamik der Anläufe zu einer Verständigung mit Polen zweimal, 1972 und 1976, in innenpolitischen und juristischen Grabenkriegen steckengeblieben. Meinungsumfragen zeigen, daß selbst drei Viertel der Bundesbürger ostdeutscher Herkunft und ihrer Nachkommen die Oder-Neiße-Grenze nicht mehr in Frage stellen wollen. Die polnische Regierung läßt die Familienzusammenführung in der Bundesrepublik weiterlaufen, wenn auch bei weitem nicht in dem Tempo, das die Betroffenen wünschen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, daß die Bundesregierung dem erklärten Wunsch der Ausreisewilligen auch künftig ihre Unterstützung leiht, doch hängt der Erfolg auch davon ab, mit wieviel Augenmaß sie vorgeht.

So wichtig diese Fragen für die betroffenen Menschen sind – für das Gelingen einer Verständigung mit dem polnischen Volk bleibt entscheidend, ob die Deutschen die Polen davon überzeugen können, daß sie nicht nur heute, sondern auch in Zukunft bereit sind, die Integrität des polnischen Staates zu respektieren. Was ist daran so schwierig? Die große Mehrheit der Deutschen hat nicht die Absicht, die früheren deutschen Ostgebiete zurückzugewinnen, sie mit Deutschen zu besiedeln, die jetzigen polnischen Bewohner zu vertreiben, das Land mit ihnen zu teilen oder sie gar zu germanisieren. Selbst wenn eine solche Absicht bestünde, ließe sie sich wegen des Widerstands der europäischen Nachbarn, aber auch gegen den Willen der Supermächte nicht realisieren. Polens territoriale Integrität steht nicht mehr zur Disposition.

So richtig es ist zu sagen, daß die deutsche Frage nur in einem europäischen Zusammenhang gelöst werden kann, so notwendig ist es, jeden Verdacht auszuschließen, das könne noch einmal etwas mit dem Verlauf der polnischen Westgrenze zu tun haben. Nachdem Europa in das nukle-

are Zeitalter eingetreten ist, darf volle nationale Souveränität auf diesem Erdteil nicht mehr praktiziert werden. Nationale Interessen sind in Europa inzwischen mit dem Überlebensinteresse aller Europäer untrennbar verbunden. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn die beiden Bündnissysteme einmal nicht mehr existieren werden. Alle Bundesregierungen haben aus diesem Sachverhalt die richtige Konsequenz gezogen, daß die deutsche Frage nur im Einvernehmen mit den Nachbarn gelöst werden kann.

Darüber hinaus haben die radikalen technischen und wirtschaftlichen Veränderungen dieses Jahrhunderts dazu geführt, daß die Einzelstaaten sowohl militärisch als auch wirtschaftlich zu schwach geworden sind, sich allein gegen andere zu behaupten; sie müssen sich zu größeren Einheiten zusammenfinden. Damit hat auch die ethische Überhöhung des Nationalstaates den Rest ihrer Berechtigung verloren. Das gemeinsame Überleben der europäischen Nationen erfordert gegenseitiges Verständnis, Verständigung und Zusammenarbeit.

Konsequenzen für eine sinnvolle Polen-Politik

Wenn sich eines Tages endlich die Erkenntnis durchsetzt, daß die Gemeinsamkeiten im deutsch-polnischen Verhältnis die Gegensätze überwiegen, ist die Zeit für einen dritten Anlauf zur Verständigung gekommen. Dazu bedarf es zunächst der Erkundung der Möglichkeiten und dann der Entscheidung für die wesentlichen Ziele.

Notwendigkeit der Entspannungspolitik

Die wichtigste Aufgabe für beide Nationen ist derzeit, daran mitzuwirken, daß der Ausbruch eines unbeabsichtigten militärischen Konfliktes verhindert wird. Dazu bedarf es auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen einer Politik, die auf Entspannung, auf die Herstellung von Vertrauen und Zusammenarbeit gerichtet ist. An diesem Ziel würde sich selbst nach einer Auflösung der Blöcke nichts ändern, da in Europa unvermeidlich moderne Waffensy-

steme vorhanden blieben, die das Überleben der europäischen Nationen gefährden könnten.

Noch immer aber wird die Entspannung durch das Vorherrschen des nationalstaatlichen Denkens behindert, das namentlich in Polen noch in voller Blüte steht. Dieses Denken läßt sich mit der Tatsache nicht vereinbaren, daß die Alternative im Konfliktfall nicht mehr das Überleben der Polen oder der Deutschen, sondern das gemeinsame Überleben oder der gemeinsame Untergang beider wäre. Erst wenn sich diese Erkenntnis allmählich durchsetzt, wird es möglich werden, das Tempo der Rüstung zu bremsen und die Truppenstärken zu vermindern, die insbesondere auf dem konventionellen Sektor für beide Seiten nicht nur gefährlich, sondern auch kostspielig sind.

Freiheit des einzelnen und Menschenrechte

Eine zweite wichtige Aufgabe in der deutschen Polen-Politik, wie überhaupt in den Ost-West-Beziehungen in Europa, ist das Eintreten für die Freiheit des einzelnen und die Menschenrechte. Dies wird praktisch weltweit als eine der wichtigsten politischen Aufgaben unserer Zeit anerkannt. Alle europäischen Regierungen (mit Ausnahme Albanien) haben gemeinsam Verpflichtungen in dieser Richtung übernommen. Unter allen sozialistischen Staaten läßt der polnische Staat seinen Bürgern den relativ größten Freiheitsraum. Selbst unter dem Kriegsrecht, als die Willkür der „Sicherheitsorgane“ am größten war, war Polen von rechtsstaatlichen Verhältnissen weniger weit entfernt als manche seiner Verbündeten. Die Aufhebung des Kriegsrechts hat Polen aus dem Hegemonialbereich der Sowjetunion nicht herausgelöst. Der Freiheitsraum der Bürger ist jedoch vergrößert worden.

Weitere Fortschritte auf diesem Gebiet stoßen allerdings auf große Hindernisse. Da ist zunächst die Ungewißheit über die sowjetische Toleranzgrenze gegenüber den Besonderheiten des polnischen Herrschaftssystems. Diese Grenze ist gewiß nicht mehr so eng, wie sie in der Vergangenheit einmal gewesen ist, aber ihr Verlauf ist im konkreten Fall schwer einzuschätzen. Es wäre leichtfertig, das Tempo der Veränderungen, die in der Sowjetunion selbst eingesetzt haben, zu überschätzen und Polens Möglichkeiten zu überfordern.

Ein zweites Hindernis besteht darin, daß die polnische Führung um die innere Stabilität des Landes fürchten mußte, wenn sie einer nationalen Minderheit größere Rechte einräumte, als sie der polnischen Majorität glaubt zubilligen zu können. Dies gilt nicht nur für das Recht auf freie Ausreise, sondern auch etwa für die Koalitionsfreiheit. Weder wird die polnische Führung von sich aus bereit sein, ihr System der politischen Ordnung westlicher Demokratien in dieser Richtung anzupassen, noch könnte sie sich dies mit Rücksicht auf ihre Nachbarn leisten. Dieses Hindernis erhöht sich noch, wenn die deutsche Seite das Problem der Freiheit und der Menschenrechte vornehmlich unter nationalen Gesichtspunkten betrachtet. Nach den Erfahrungen, die Polen mit den Auflagen für Minderheitenschutz nach dem Ersten Weltkrieg gemacht hat, wird man auf diesem Gebiet nur eine geringe Risikobereitschaft erwarten dürfen. Wenn hier ein Fortschritt erzielt werden kann, dann am ehesten über den Helsinki-Prozeß.

Das geringste Hindernis stellen wahrscheinlich wirtschaftliche Probleme dar, bei deren Überwindung die Bundesrepublik schon in der Vergangenheit Bereitschaft zur Hilfe bewiesen hat.

Verständnis für die deutsche Frage

Eine dritte wichtige Aufgabe deutscher Polen-Politik ist bisher kaum beachtet worden: Es besteht ein Interesse daran, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf ein Niveau zu heben, bei dem jede der beiden Seiten Verständnis für die nationalen Interessen der anderen aufbringt. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr Verständnis für den polnischen Anspruch auf eine staatliche Existenz in gesicherten Grenzen wiederholt hervorgehoben. Dieses wird sich jedoch nur dann als dauerhaft erweisen, wenn umgekehrt auch auf polnischer Seite für die deutsche nationale Problematik Verständnis entwickelt wird. Dafür muß die Bundesrepublik werben.

Verständnis bedeutet, wie Alois Mertes wiederholt hervorgehoben hat, nicht notwendigerweise Einverständnis mit den konkreten politischen Vorstellungen der anderen Seite. Die Bundesrepublik kann von Polen nicht erwarten, daß es seine Bündnispflichten gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, einschließlich der

DDR, verletzt. Sie muß aber versuchen, die polnische Führung und die polnische Öffentlichkeit für eine ruhige Diskussion der Problematik zu gewinnen. Das Ziel – mag es auch noch so weit entfernt sein – muß darin bestehen, bei den Polen ebenso wie bei den anderen Nachbarn Deutschlands die Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog über die nationale Problematik der Deutschen zu wecken. Freilich erfordert das auf deutscher Seite die Bereitschaft, deutlicher als bisher zu sagen, wie man sich eine Regelung der deutschen Frage im europäischen Zusammenhang und im Einvernehmen mit den Nachbarn vorstellen könnte.

Dagegen wird häufig eingewandt, eine Lösung der deutschen Frage sei derzeit nicht in Sicht, und niemand könne voraussagen, wie die Umstände aussähen, wenn es – vielleicht erst im nächsten Jahrhundert – soweit sei. Daran ist richtig, daß ein Spielen mit Szenarien aus der heutigen Perspektive wenig Gewinn verspricht. Indessen gibt es Fakten, die sich auch in Zukunft kaum verändern und in jedem Fall eine Rolle spielen werden:

1. Es ist richtig, daß man vor dem Beginn von Verhandlungen seine Trümpfe nicht aus der Hand geben soll. Die Zustimmung der Deutschen zur endgültigen Bestätigung der heutigen polnischen Westgrenze wird jedoch zu Unrecht zu diesen Trümpfen gerechnet; in dieser Frage sind sich alle Mächte einig.
2. Der Versuch, die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze hinauszuschieben, trägt, in welchem Ausmaß auch immer, zur Zementierung der Teilung Deutschlands bei; solange die Deutschen nicht bereit sind, ihre staatliche Hoheit auf das Gebiet der heute bestehenden beiden deutschen Staaten zu beschränken, wird keine Macht, die darauf Einfluß hat, der Überwindung oder Öffnung der innerdeutschen Grenze in einer Friedensregelung zustimmen.
3. Zweideutigkeiten in der Behandlung der Grenzfrage täuschen diejenigen früheren Bewohner der deutschen Ostgebiete und ihre Nachkommen, die die Versprechen der Politiker, für ihr Recht an der verlorenen Heimat einzutreten, ernst nehmen; sie beeinträchtigen die Glaubwürdigkeit der dafür maßgebenden politischen Kräfte und der Demokratie.
4. Die Annahme, die „Rechtslage“ könne als wirksamer Faktor bei der Revision der deutschen Ostgrenze eingesetzt werden, geht in die Irre. Die Rechtslage ist weniger eindeutig, als in der öffentlichen Diskus-

sion in der Bundesrepublik manchmal angenommen wird. Vor allem aber haben Rechte im Völkerrecht eher konservierende als verändernde Funktionen. Wer zielgerichtetes politisches Handeln unter Berufung auf die Rechtslage zu verschieben sucht, setzt sich leicht dem Verdacht aus, die Verantwortung für die Geschicke der Nation auf eine spätere Generation abwälzen zu wollen.

5. Der Schrecken eines angeblichen deutschen Revisionismus, den die Sowjetunion und die polnische Führung immer wieder eingesetzt haben, um die polnische Bevölkerung an sich zu binden, hat bei der Masse der Polen seine Glaubwürdigkeit längst verloren. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Polen zur Politik der Bundesrepublik Vertrauen gefaßt hätten; die Grenzfrage steht einer nachhaltigen Vertrauensbildung vielmehr nach wie vor im Wege. Sie bietet Extremisten und Ewiggestrigen in Polen (die der gegenwärtigen polnischen Regierung nicht unbedingt nahestehen müssen) willkommene Gelegenheit, der Verständigung mit den Deutschen entgegenzuwirken.

Eine Veränderung der offiziellen Rechtsstandpunkte, vor allem eine endgültige Bestätigung der polnischen Westgrenze in einem förmlichen Sinne, ist in der Bundesrepublik aus innenpolitischen Gründen, die mit Polen nichts zu tun haben, in absehbarer Zeit nicht zu erwarten – wie aus anderen Gründen auch die polnische Führung zu einer fundamentalen Änderung ihrer Politik gegenüber der Bundesrepublik derzeit nicht in der Lage ist. Beides mag man bedauern. Wichtiger aber ist etwas anderes: Es gilt endlich zu erkennen, daß im heutigen nuklear gerüsteten Europa Konflikte aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, wie der Streit um Grenzen, nicht mehr zeitgemäß sind. Wenn das gemeinsame Überleben der Staaten in West- und Osteuropa statt „Kampf ums Dasein“ Zusammenarbeit erfordert, kann sich die Politik auf die Interessen der Menschen, der Deutschen und der Polen, konzentrieren. Darauf gilt es die Initiative zu richten.

Ryszard Wojna

Die Polenpolitik der SPD

Ich möchte weder den Beitrag noch die Verdienste anderer politischer Kräfte in der Bundesrepublik, die ihren Anteil an der Begründung der Wege zwischen Bonn und Warschau, zwischen Deutschen und Polen haben, schmälern, will mich aber hier auf die historische Rolle konzentrieren, die die deutsche Sozialdemokratie im Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen übernommen hat.

Entgegen den Unterstellungen mancher politischer Gegner der SPD, die sorgfältig das Schema von den „vaterlandslosen Gesellen“ pflegen, fiel den Sozialdemokraten die Aufnahme des Dialogs mit der VR Polen nicht leicht. Die von den Siegermächten in Potsdam für die im Namen Deutschlands und mit deutschen Händen begangenen Verbrechen des Nationalsozialismus ausgestellte Rechnung wurde in verschiedenen Kreisen der damaligen SPD unterschiedlich aufgenommen. Für Kurt Schumacher, der 1946 die Führung der Partei übernahm, war der Potsdamer Beschluß, der die deutsch-polnische Grenze entlang der Oder und der Lausitzer Neiße festlegte, keine gerechte Entscheidung. Seine diesbezüglichen emotional geladenen Auftritte haben im polnischen Volk heftige Reaktionen hervorgerufen. Heute, aus der Perspektive von vierzig Jahren, kann man sagen, daß es eben Kurt Schumacher war (und nicht die damaligen Führer der CDU), der sich im historischen Bewußtsein der Polen als führender Gegner einer Regelung der Beziehungen zu Polen auf der Grundlage der Anerkennung territorialer Folgen des verlorenen Krieges eingepreßt hat.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre, bereits nach dem Tode Schumachers, begann in der Führung der SPD ein Prozeß der Neubewertung der Einstellung zu Polen. Einen Einfluß darauf hatten zweifelsohne die Ereignisse in Polen: die Rückkehr Gomulkas an die Macht im Jahre 1956 sowie die Implikationen des Rapacki-Plans, des Projekts der Schaffung einer atomfreien Zone im Zentrum Europas. Ein Ausdruck der Evolu-

tion dieser Wandlung war die Reise Carlo Schmid's nach Warschau und seine Gespräche mit polnischen Politikern. Aber die Ablehnung des Rapacki-Plans durch die Regierung von Bundeskanzler Adenauer und durch die amerikanische Administration hat die weiteren Kontakte der SPD mit Polen nicht gerade gefördert.

Meine erste persönliche Begegnung mit der SPD fällt in das Jahr 1964. Ich nahm damals als Journalist am SPD-Parteitag in Karlsruhe teil. An der Wand hinter dem Präsidium wurden die Konturen der Grenzen Deutschlands aus dem Jahre 1937 ausgebreitet; darin waren die Worte „Erbe und Auftrag“ eingetragen. Diese Losung sollte der SPD bei der beginnenden Wahlkampagne zum Bundestag helfen, hat es aber nicht getan. In dieser Hinsicht war und ist die christliche Demokratie nicht zu überbieten.

Damals war wohl der tiefste Punkt in den Nachkriegsbeziehungen zwischen Warschau und der SPD erreicht. Kurz darauf begann das grundlegende Umdenken. Die der Sozialdemokratie eigenen Ideale der humanistischen Zusammenarbeit der Völker traten in den Vordergrund. Ein wichtiger Impuls dafür war die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Einstellung zu den östlichen Nachbarn, die im Jahre 1965 veröffentlicht wurde. Sie leitete einen Prozeß tiefgreifender Überlegungen in der bundesrepublikanischen Bevölkerung ein, Überlegungen, in denen moralische Werte vor die politischen rückten. Die von den Protestanten ausgestreute Saat sollte den Sozialdemokraten bei den Wahlen 1969 Früchte bringen.

Jedoch bereits ein paar Jahre früher begannen sich individuelle Kontakte einzelner SPD-Politiker mit dem polnischen Volk und polnischen Politikern zu mehren. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurde Warschau von Politikern wie Helmut Schmidt, Hans Jürgen Wischnewski, Erhard Eppler sowie Eugen Selbmann und Bruno Friedrich besucht. (Ich erwähne hier nur diejenigen, denen ich damals unmittelbar begegnet bin, und bitte andere, die ich nicht nenne, obwohl auch sie ihren guten Willen zum Ausdruck brachten, um Vergebung.)

Im Jahre 1966 hat die polnische Öffentlichkeit mit Aufmerksamkeit die Rede Helmut Schmid's auf dem Parteitag in Dortmund und im Jahre 1968 die des Außenministers der großen Koalition, Willy Brandt, auf dem Parteitag in Nürnberg aufgenommen. In diesen beiden Beiträgen wurde die Möglichkeit zum Ausdruck gebracht, das Bonn und War-

schau trennende Problem der Grenze an der Oder und Neiße in Anlehnung an das Prinzip des Verzichts auf Gewaltanwendung zu lösen.

Für Polen war dies nicht ausreichend. Nichtsdestoweniger begannen die Umriss des keimenden Dialogs sichtbar zu werden. Im Frühling 1969 ergriff der polnische Staatschef Gomulka die Initiative zu Gesprächen zwischen den Regierungen Polens und der Bundesrepublik mit dem Ziel, einen ähnlichen Vertrag auszuarbeiten und zu schließen, wie ihn Polen 1950 mit der DDR in Görlitz unterzeichnet hatte.

Die SPD hat sich, ähnlich wie die FDP, für die Annahme dieses Vorschlags ausgesprochen und daraus einen der Hauptpunkte ihres Wahlprogramms gemacht. Im Oktober 1969 haben die Wähler sich für die SPD-FDP-Koalition entschieden, und Ende November konnte der neue Bundeskanzler Willy Brandt in einem mir für „Życie Warszawy“ gewährten Interview formell die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen mit Polen bestätigen.

Ich möchte mich nicht mit dem Verlauf der Verhandlungen und der Beschreibung der Unterzeichnung des Vertrags aufhalten. Diese Vorgänge sind hinreichend bekannt. Ich möchte mich darauf beschränken, daran zu erinnern, daß für die polnische Seite die wichtigste Tatsache in der rechtlichen Konstruktion des Vertrags der erste Artikel war und bleibt, der sich auf den Potsdamer Beschluß beruft und besagt, daß Oder und Lausitzer Neiße die Westgrenze Polens bilden. Alle anderen Vertragsartikel sind die Konsequenz dessen, was beide Seiten übereinstimmend im Artikel I ausgedrückt haben. Das bedeutet in der Praxis: wenn die Polen beständig meinen, die einzig mögliche und zulässige Basis der Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland sei für sie der Vertrag vom 7. 12. 1970, dann eben angesichts dessen, was in Artikel I ausgesagt ist.

Die Haltung und die Glaubwürdigkeit der SPD als Partner im Dialog mit Polen hat sich im Laufe der schwierigen Bemühungen um die Ratifizierung des Vertrags bewährt, die im Mai 1972 erfolgte. Die sozial-liberale Regierung hat damals alles aufs Spiel gesetzt, bis hin zur Möglichkeit eines Verlustes der Regierungsmacht. Und sie siegte! Dies bestätigten bald danach die für die SPD triumphalen Ergebnisse zu den Bundestagswahlen. Wenn man auf diese Periode der BRD-Geschichte zurückblickt, kann man vom polnischen Standpunkt aus nur bedauern, daß der Ratifizierung eine gemeinsame EntschlieÙung aller politischen Kräfte

im Bundestag voranging, die bis heute einen Bezugspunkt für diejenigen in der Bundesrepublik abgibt, die an der Relativierung der Bedeutung des Vertrags wirken und den Vertrag sogar insofern aushöhlen wollen, als sie ihn um das Wichtigste berauben wollen – um die endgültige Anerkennung der Grenze.

In den nächsten zehn Jahren sind die Bonner Regierungen unter Willy Brandt und dann Helmut Schmidt eine Vielzahl politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Polen eingegangen. Angesichts des guten Willens auf beiden Seiten wurde der Rahmen für einen breiten Austausch zwischen den beiden Völkern auf allen möglichen Ebenen geschaffen, darunter auch im Personenverkehr. Die Idee der Städtepartnerschaften begann sich zu konkretisieren. Ihr Pionier war Hans Koschnick, der die Partnerschaft Bremen – Gdańsk zustande brachte. Gegen Ende der 70er Jahre machte die Entwicklung der Zusammenarbeit solche Fortschritte, daß in den Reden der polnischen Staatsmänner neben dem Wort „Normalisierung“ immer öfter der Begriff „Verständigung“ aufzutauchen begann. Die Antriebskraft dieser konstruktiven Wandlungen in den Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten war in der Bundesrepublik zweifellos die von den Liberalen unterstützte Sozialdemokratie.

An dieser Stelle muß ich betonen, daß die polnische Seite den Wunsch nach Zusammenarbeit mit allen im Bundestag vertretenen politischen Kräften, die die Beziehungen zu Polen in Anlehnung an unseren gemeinsamen Vertrag entwickeln wollen, unterstrich und weiter unterstreicht. Weder Polen noch die SPD sind an einer Monopolisierung der Kontakte zwischen den beiden Staaten interessiert. Der Prozeß der Überwindung des tragischen Erbes der Geschichte zwischen unseren Völkern hat historische Dimensionen und man sollte an ihn nicht vom Standpunkt kleinkariertes, innenpolitischer Auseinandersetzung herangehen, wie es manchmal der Fall ist.

Anfang der achtziger Jahre vollzogen sich tiefgreifende Veränderungen in der politischen Landschaft Polens und der BRD. Polen geriet in eine Periode äußerst schwieriger und gefährlicher politischer Erschütterungen sowie in eine tiefe wirtschaftliche Krise; auf der Bonner Szene hingegen vollzog sich die Ablösung der regierenden Koalition. Erneut kam die CDU im Bündnis mit der FDP an die Macht. Helmut Kohl wurde Bundeskanzler.

Die Einführung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 auf Beschluß des Staatsrates hat in der BRD wie auch in den meisten NATO- und EG-Staaten Reaktionen ausgelöst, die für die polnischen Behörden äußerst negativ waren. Sie kamen darin zum Ausdruck, daß Polen eine politische Quarantäne und wirtschaftliche Restriktionen aufgezwungen wurden. Dies mußte zu einem Stau, wenn nicht gar zu einem völligen Stillstand des Normalisierungsprozesses zwischen den beiden Staaten, der sich in den 70er Jahren so rege entwickelt hatte, führen.

Der erste hervorragende westliche Politiker, der es im Frühling 1982 wagte, die westlichen Gebote der Isolation zu durchbrechen, nach Polen zu reisen und Premierminister Wojciech Jaruzelski einen Besuch abzustatten, war der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herbert Wehner. Der Dialog mit der SPD kam erneut in Gang. Eine große Rolle spielte hierbei der „Polenkreis“, der etwa zehn SPD-Abgeordnete des Bundestags vereint. Sein erster Vorsitzender war der unvergessene, unlängst gestorbene Walter Polkehn, gegenwärtig ist es Rudi Schmitt. Jahr für Jahr unternimmt eine Gruppe von Abgeordneten aus diesem Kreis, mit ihren Familien, im Sommer eine touristische Reise nach Polen und trifft sich bei dieser Gelegenheit mit polnischen Politikern verschiedener Orientierungen.

Eine wichtige Kontaktebene der deutschen Sozialdemokraten mit Polen und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ist die Arbeitsgruppe SPD-PVAP, die über Probleme des Ausbaus vertrauensbildender Maßnahmen berät und auf Seiten der SPD von Professor Horst Ehmke geleitet wird. Mitglieder dieser Gruppe sind außerdem Helmut Becker und Andreas von Bülow. Das von dieser Gruppe ausgearbeitete Dokument ist das erste dieser Art in den Beziehungen zwischen Parteien aus dem westlichen und dem sozialistischen Teil Europas.

Die Zusammenarbeit diverser polnischer Kreise mit der SPD währt also schon fast zwanzig Jahre. Sie trug in entscheidendem Maße zum Umdenken bei, das sich in dieser Zeit in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Völkern vollzogen hat. Auf diese Weise hat die SPD zur Festigung der europäischen Friedensordnung beigetragen und den Weg zur KSZE gebahnt. Und da die Rede von den Beziehungen zwischen Polen und Deutschen ist, wäre die Feststellung angebracht, daß wir im Laufe dieser zwanzig Jahre einander besser kennengelernt, viele Vorurteile beseitigt haben und von der Diskussion über die Belastungen

der Vergangenheit zur Formulierung gemeinsamer Zukunftsaufgaben überzugehen vermochten. Manche von uns verbinden heute kameradschaftliche Beziehungen und sogar Freundschaft. Bei diesem Wort denke ich auch an Eugen Selbmann, dem dieser Band gewidmet ist.

Mátyás Szűrös

Ungarn und die europäische Entspannung

Einer der am häufigsten benutzten Begriffe in der politischen Literatur der siebziger Jahre war mit Sicherheit der der Entspannung. Nur wenige politische Termini könnten erwähnt werden, mit denen in den vergangenen Jahrzehnten so viel Erwartungen, Hoffnungen, ja selbst auch Illusionen verbunden waren. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre erstarkten frostigere politische Strömungen, und im Prozeß des Anwachsens der Spannungen tauchte der Begriff der Entspannung immer seltener auf, und wenn doch, dann entweder zweifelnd, ob sie überhaupt noch existiert, oder aber als Aufgabe, die es von neuem zu verwirklichen gilt, als anzustrebender Zustand. Viele Publizisten und selbst Politiker begruben die Entspannung rundheraus, sie verkündeten das Ende der Entspannung und den Beginn einer neuen Periode des Kalten Krieges.

Der mit der Entspannung verknüpfte Themenkreis ist derart weitgefächert, daß ich allein aus Platzgründen keine umfassende Analyse anstreben konnte. Ich habe die Absicht, unter dem Blickpunkt eines auf eine stürmische Geschichte zurückblickenden mitteleuropäischen Volkes, der Ungarn, und gleichzeitig eines seinem Bündnissystem treu ergebenden sozialistischen Landes, das Europa gegenüber Verantwortung empfindet, einige Gedanken im Zusammenhang damit aufzuwerfen, wie wir die Sache der europäischen Sicherheit und der Zusammenarbeit sehen, wie die Ungarische Volksrepublik zum Entspannungsprozeß steht und schließlich darüber, was wir, insbesondere wir Europäer, im Interesse der Bewahrung und Weiterführung der Entspannung tun können.

*

Die wichtigste Realität unserer Epoche ist die Tatsache, daß auf der Erde zwei grundsätzlich verschiedene Gesellschaftssysteme existieren. Der Wettbewerb zwischen beiden ist eine Notwendigkeit. Im Hinblick auf

die Gegenwart und Zukunft der Menschheit ist es allerdings nicht gleichgültig, auf welche Weise dieser Wettbewerb ausgetragen wird. Auf der Seite der Gegner des Sozialismus ergab sich – und diese Erfahrung ist für das Verstehen der Gegenwart nicht unwesentlich – zweimal die Gelegenheit, diesen historischen Wettbewerb mittels Gewalt zu entscheiden. Als solche Versuche sind die Intervention gegen die Sowjetunion unmittelbar nach der Oktoberrevolution oder aber die Aggression Hitler-Deutschlands zu betrachten. Heute sind die Waffen im Wettstreit der beiden Gesellschaftssysteme im Prinzip durch das seit Ende der sechziger Jahre entstandene globale militärische Kräftegleichgewicht ausgeschlossen. Die Entwicklung des neuen Gesellschaftssystems vollzog sich über ein halbes Jahrhundert hindurch konfrontiert mit der drückenden militärischen Überlegenheit der kapitalistischen Welt, und es ist verständlich, daß die sozialistischen Länder dieses Gleichgewicht der Kräfte als eine historische Errungenschaft ansehen. Ein sehr wesentliches Moment ist andererseits die Tatsache, daß besagtes Gleichgewicht bei einer Vernichtungskraft der angehäuften Rüstungen zustandegekommen ist, die inzwischen die Existenz der ganzen Menschheit bedroht. Diese Gefahr ruft auf beiden Seiten das objektive Interesse hervor, den historischen Wettbewerb mit friedlichen Mitteln zu entscheiden.

Das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein basiert im übrigen nicht schlechthin auf der Tatsache der Präsenz der aufeinander gerichteten Waffen, die das „Gleichgewicht des Schreckens“ gewährleisten, sondern vielmehr auf den gemeinsamen Interessen, die mit der Vermeidung einer nuklearen Katastrophe in Zusammenhang stehen. Zwischen den Ländern beider Weltsysteme gibt es derart vielfältige, einander bedingende Beziehungen, deren Zerstörung keine der beiden Seiten unternehmen könnte, ohne dabei die eigenen Interessen zu schmälern oder gar in Gefahr zu bringen. Ein weiteres, beide Systeme verbindendes Glied sind die globalen Probleme der Entwicklung, deren Lösung der Zusammenarbeit der sich gegenüberstehenden Seiten bedarf, und die Tatsache, daß die Konsequenzen ihrer Ungelöstheit auch die sich den Beziehungen verschließende Seite belasten.

In Europa gestaltete sich eine spezifische Verflechtung des Aufeinanderangewiesenseins und der Widersprüche heraus. Der historisch miteinander verknüpfte, aus unterschiedlich entwickelten Regionen bestehende, mehr oder weniger eine einheitliche historische Tendenz aufwei-

sende Kontinent wurde mit der Entstehung unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen geteilt, was sich auf militärischem Gebiet am schärfsten zeigt. Auf unserem Erdteil grenzen beide Weltsysteme und beide militärpolitischen Bündnisse zu Lande unmittelbar aneinander. Teilweise daraus und teilweise aus der Entwicklung Europas ergibt sich die Folge, daß dieser Kontinent der am meisten aufgerüstete ist. Ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Militärbündnissen würde deshalb auf Grund der inneren Logik der Geschehnisse unvermeidlich in einen Zusammenstoß zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weltsystem ausarten und zur völligen Vernichtung unseres dichtbevölkerten Kontinents und zu einem nuklearen Weltbrand führen.

Gegen diese Gefahren wirken aber auch viele Prozesse im Interesse der Zusammenarbeit. Allem voran würde ich hervorheben, daß auf beiden Seiten in der politischen Führung wie in der öffentlichen Meinung in Ost und West gleichermaßen unser Aufeinanderangewiesensein und alle wichtigen Besonderheiten unseres Kontinents zum Bewußtsein gelangt sind. Noch wichtiger ist jedoch, daß diese Erkenntnis von positivem politischen Willen und der Bereitschaft zum Handeln begleitet ist. Die politischen Aktivitäten werden durch eine die Länder unseres Kontinents eng miteinander verbindende Geschichte, durch die gemeinsamen Wurzeln unserer Kulturen, durch die Leiden der Kriege vieler Jahrhunderte, insbesondere durch die gemeinsamen Erfahrungen der Verheerungen beider Weltkriege erleichtert.

Die oben genannten Tatsachen – die Existenz der beiden Bündnissysteme – führten, vor allem auf der Grundlage des militärischen Gleichgewichts der beiden Großmächte, stufenweise zur Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Realitäten. Weit darüber hinausgehend wurde für die Sicherung einer dauerhaften Stabilisierung in Europa die Entwicklung von bi- und multilateralen Beziehungen und der Beginn der Schaffung eines kollektiven Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa notwendig. Auf diese Weise entfaltete sich in Europa als dem am meisten gefährdeten Kontinent die Entspannung und das institutionalisierte System der durch internationale Normen geregelten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit: der Prozeß von Helsinki.

Für die Entfaltung der Entspannung und die Regelung der grundlegenden internationalen Probleme des Kontinents mußten als erstes im

Rahmen der bilateralen Beziehungen die nach dem Krieg offengebliebenen Fragen gelöst werden. Dafür waren der politische Realismus und erhöhte Aktivitäten der beiden mittleren Mächte – Frankreich und Bundesrepublik Deutschland – notwendig. Ohne die realpolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie in der BRD und die mit dem Namen der sozialliberalen Koalition verbundene Ostpolitik – die grundsätzliche Regelung der Grenzfragen und des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten sowie das Vier-Mächte-Abkommen über den Status von Westberlin – wäre ein Voranschreiten schwer vorstellbar gewesen. Eine diesen Prozeß vorantreibende Rolle spielte auch, daß Frankreich im Vergleich zum Verlauf der gesamteuropäischen Ereignisse bereits früher seine Politik der konstruktiven Zusammenarbeit formuliert und geltend gemacht hatte. Insgesamt kann gesagt werden, daß Frankreich den Prozeß der vielseitigen Zusammenarbeit vorweggenommen hatte und damit die Grundlagen für eine ausgeglichene Entwicklung der bilateralen wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten legte.

Eine der Hauptcharakteristiken des Helsinki-Prozesses ist die im Vergleich zu vorangegangenen Perioden verstärkte Demokratie in der europäischen Zusammenarbeit. Es handelt sich dabei im wesentlichen um das erste vielseitige System einer Zusammenarbeit, das auf Gleichheit und Gleichberechtigung der teilnehmenden Staaten aufbaut. Ganz offensichtlich kann das an sich aber noch nicht zur völligen und automatischen Gleichheit der beteiligten Staaten führen, es schafft jedoch Bedingungen, die ermöglichen, auch die Interessen der kleinen Staaten zum Ausdruck zu bringen, die in gewissem Sinne sogar eine Garantie dafür bieten, daß in diesen Prozeß keine Elemente gelangen, die mit den Interessen gleich welchen Teilnehmerlandes unvereinbar sind. Natürlich muß andererseits auch gesehen werden, daß das auch eine Kehrseite hat, nämlich daß sich Möglichkeiten zur Behinderung des Prozesses bieten.

In Kenntnis der Prozesse in Europa ist der Hinweis auf die einander ergänzenden Merkmale der Rolle der unterschiedlichen Länder und Ländergruppen notwendig. Über das annähernde Zusammenfallen der grundlegenden Interessen hinaus haben Rolle und Gewicht der beiden führenden Großmächte, der mittleren und sogenannten kleinen Länder in den internationalen Beziehungen unterschiedliche Reichweite. Die beiden führenden Großmächte tragen eindeutig eine besondere Verant-

wortung; ihre entscheidende Rolle bei der Gewährleistung des militärischen Gleichgewichts und ihre unmittelbaren Rüstungsbegrenzungsverhandlungen können durch nichts ersetzt werden. Aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und ihres globalen politischen Gewichts beeinflußt ihr Verhältnis auch den Spielraum ihrer Verbündeten.

Zu Beginn der 80er Jahre, als die Ost-West-Beziehungen angespannter wurden, war jenes Bestreben der kleinen und mittleren Länder, den Entspannungsprozeß aufrechtzuerhalten und möglichst weiterzuführen, die treibende Kraft der spürbar angewachsenen Aktivitäten dieser Länder. Neben der Wahrung und Pflege des politischen Partnerschaftsverhältnisses ließen sie sich in dieser Richtung auch von ihren recht erheblichen Wirtschaftsinteressen leiten. Diese Länder sind für sich allein nicht in der Lage, die grundlegenden Prozesse auf spürbare Weise zu beeinflussen, wobei jedoch die Einengung der Beziehungen und der Rüstungswettlauf ihnen unerträgliche Lasten aufbürden. Eine weitere Lehre besteht darin, daß die kleinen Länder jedoch in dieser Situation gerade als Teil ihres jeweiligen Bündnissystems auch unter dem Gesichtspunkt der Gesamtheit der Ost-West-Beziehungen eine wichtige internationale politische Tätigkeit entfalten können.

Die Gegenseitigkeit der an die Entspannung und an normale Beziehungen geknüpften Interessen beweist, daß die Erstarkung negativer Tendenzen trotz der Verschlechterung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses zu keinem unumkehrbaren Bruch in den Beziehungen der europäischen Länder geführt hat. Das bezeugen die nicht in Vergessenheit geratenen Prinzipien und Empfehlungen der Schlußakte von Helsinki und das Funktionieren ihres Institutionensystems. 1983 ging das Madrider Treffen mit der Annahme substantieller, der gesamteuropäischen Zusammenarbeit dienender Vereinbarungen zu Ende, obgleich die Belgrader Folgekonferenz 1977/78 unter ungünstigeren internationalen Bedingungen veranstaltet wurde. Auch diese Tatsache steht als Beispiel dafür, daß im Falle des Vorhandenseins eines entsprechenden politischen Willens sich selbst unter negativen Bedingungen Möglichkeiten eröffnen, eine Übereinkunft zu erzielen und voranzuschreiten. Im Sinne der Madrider Vereinbarung läuft gegenwärtig in Stockholm die Konferenz über vertrauensbildende und sicherheitsstärkende Maßnahmen in Europa. Trotz der bekannten Debatten und unterschiedlichen Ansichten wurde in Ottawa eine nützliche Expertenkonferenz zu Fragen

der Menschenrechte abgehalten. Laut offiziellen Einschätzungen der am Budapester Kulturforum beteiligten Länder war diese Beratung, obwohl kein Abschlußdokument verabschiedet werden konnte, nützlich, sie hat zur Pflege des gemeinsamen europäischen Kulturerbes und zur Ausarbeitung neuer Formen der kulturellen Zusammenarbeit in Europa beigetragen.

*

Die aktive Teilnahme der Ungarischen Volksrepublik an der Entfaltung des Prozesses der europäischen Zusammenarbeit ergibt sich organisch aus der geographischen Lage des Landes, aus seinen ökonomischen, außen- und innenpolitischen Gegebenheiten. Unser Land ist einer der ältesten Staaten Europas. Im Laufe unserer Geschichte war die Pflege weitreichender internationaler Beziehungen und das Bemühen um die Schaffung einer friedlichen äußeren Umgebung stets eine Existenzfrage.

Ungarn nahm von Beginn der Entspannungsperiode an aktiv am europäischen Dialog teil und war einer der Initiatoren der Helsinki-Konferenz: Am 17. März 1969 wurde im Gebäude des ungarischen Parlaments der Budapester Aufruf verabschiedet, der im Namen der Länder des Warschauer Vertrages auf die Einberufung einer europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit drängte. Wir sind davon ausgegangen, daß sich die universellen Interessen der Menschheit, die Stärkung des Friedens und der Sicherheit und der Anspruch auf eine Stabilisierung in Europa, die gemeinsamen sozialistischen außenpolitischen Bemühungen und Ziele sowie die nationalen Interessen Ungarns in einer historisch progressiven Richtung gut miteinander vereinbaren lassen. Das ist auch seither eine richtungsweisende Erfahrung unserer Außenpolitik.

Nach wie vor schätzen wir die KSZE-Schlußakte als ein Dokument ein, das alles das beinhaltet, was für unsere Beziehungen mit Staaten einer zu der unseren unterschiedlichen Gesellschaftsordnung richtungsweisend ist. Für uns bedeutet Helsinki das Streben nach Verständigung, die Möglichkeit, mehr politische Sicherheit zu erreichen und den Prozeß der Zusammenarbeit zu erweitern. Wir haben uns bei der konkreten Umsetzung der Empfehlungen der Schlußakte darum bemüht, unsere Beziehungen auszubauen; wir richteten an die Regierungen von sieb-

zehn europäischen Ländern, der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas Vorschläge, von denen eine Reihe – zwar je nach Land in unterschiedlichem Maße – verwirklicht und zum organischen Bestandteil unserer Zusammenarbeit wurde.

Wir sind der Auffassung, daß unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Wirklichkeit die entsprechenden Bedingungen für die Erfüllung der in Helsinki übernommenen Verpflichtungen gewährt, daß zur Realisierung der Grundprinzipien und Empfehlungen der Schlußakte substantielle Veränderungen weder in unserer Innen- noch in unserer Außenpolitik vorgenommen werden müssen. Die restlose Verwirklichung des Helsinki-Dokuments ist eine viele Jahre beanspruchende Aufgabe. Wir erachten es als wichtig, daß die Unterzeichnerstaaten die Schlußakte als einheitliches Ganzes betrachten und daß jeder darin enthaltene Bereich – politische, wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit – in den Beziehungen das gleiche Gewicht erhält. Im Prozeß der Verwirklichung des Dokuments muß die Aufhebung der vorhandenen Disproportionen, die Beseitigung der nachteiligen Diskriminierungen auf allen Gebieten und die Geltendmachung der Gegenseitigkeit angestrebt werden.

Die Hauptformen und der institutionelle Rahmen unserer Beziehungen zur Mehrheit der kapitalistischen Länder hatten sich schon vor der KSZE herauskristallisiert. Die praktische Geltendmachung des Geistes von Helsinki jedoch erfüllte diese Beziehungen mit neuen und reicheren Inhalten. Heutzutage ist beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland nicht nur der wichtigste kapitalistische Wirtschaftspartner Ungarns, vielmehr erstrecken sich unsere Beziehungen mittlerweile auch auf viele andere Lebensbereiche. Die Ungarn verbinden mit den Deutschen jahrhundertelange Beziehungen, reich an historischen Prüfungen. So konnten unsere als Teil der Nachkriegsrealitäten entstandenen Beziehungen zur BRD als einem Staat des deutschen Kulturkreises im Rahmen des Helsinki-Prozesses ein solches Niveau erreichen. Neben der BRD eröffneten sich insbesondere zu Österreich und Finnland, aber auch zu Italien und Frankreich, seit kurzem auch zu Großbritannien und zu einer Reihe von anderen Ländern – darunter auch zum Vatikan – breitere und sachlichere politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen der Zusammenarbeit. Wesentliche Veränderungen traten aber auch in unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein, die zu einer politischen Regelung unseres bilateralen Verhältnisses führen können.

Ohne Übertreibung kann festgestellt werden, daß bei unseren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesprächen mit den führenden Persönlichkeiten der Teilnehmerländer, bei offiziellen und privaten Unterredungen Helsinki zu einem gewissermaßen „obligatorischen Tagesordnungspunkt“ wurde, und daß die wichtigsten prinzipiellen Feststellungen der Schlußakte uns bei bilateralen Vereinbarungen als Bezugsebene dienen. Unsere Tätigkeit wurde reichhaltiger und umfassender, sie erstreckt sich praktisch auf die Beziehungen zu allen Teilnehmerländern. In unsere internationalen Beziehungen schalteten sich immer intensiver auch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisationen verschiedener ungarischer Facheinrichtungen, Organisationen und Persönlichkeiten des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens ein. Unser Land ist ganz besonders an der Stärkung einer europäischen Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und Technik sowie des Umweltschutzes interessiert, die von allen Benachteiligungen und Diskriminierungen frei ist. Auch künftig werden wir vorrangig bestrebt sein, die Erreichung dieses Ziels zu fördern.

Wir unterstützen den Ausbau des Tourismus und der menschlichen Kontakte sowie die Regelung humanitärer Fragen. Innerhalb weniger Jahre erreichte die Anzahl der Ungarn besuchenden Touristen die Einwohnerzahl des Landes, im vergangenen Jahr waren sogar mehr Besucher in Ungarn als es dort Einwohner gibt: über 15 Millionen Touristen. Unsere unmittelbaren Kontakte zu den Grenzgebieten mehrerer unserer Nachbarländer wurden erheblich ausgebaut, was für uns deshalb von so herausragender Bedeutung ist, weil die Stürme der Geschichte es mit sich brachten, daß die außerhalb unserer Landesgrenzen lebenden Ungarn die zahlenmäßig größte nationale Minderheit in Europa bilden. Wir sind der Überzeugung, daß der Geist von Helsinki – die Einhaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen regelnden Grundprinzipien – Möglichkeiten dafür eröffnet, daß eine doppelte Bindung der Nationalitäten erfolgreich zum besseren Verstehen zwischen den Völkern und zur Stärkung des Vertrauens beiträgt. Die Erfahrungen zeigen, daß die Beinträchtigung der kollektiven politischen und kulturellen Rechte der nationalen Minderheiten, daß jedwede Beschränkungen der direkten Kontakte zum Mutterland und die Zurückdrängung der Begegnungen

Mißtrauen in die zwischenstaatlichen Beziehungen tragen und deshalb der normalen Gestaltung des internationalen Lebens entgegenwirken.

Von ebenso großer Bedeutung ist es für uns, daß im Verfolg des Helsinki-Prozesses das über unser Land existierende Bild in der Welt – vor allem in Europa – eine Wandlung erfahren hat, daß es vollkommener und der Wirklichkeit näher geworden ist. Insgesamt verbesserte sich unser Ansehen im Ausland, und das vereinfachte Bild, das früher über Ungarn und allgemein über die sozialistischen Länder existierte, ist im Verschwinden begriffen.

In den vergangenen Jahren konnten wir unsere Zusammenarbeit mit der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmerländer des Helsinki-Prozesses im Zeichen des gegenseitigen Verständnisses, des Einanderkennenlernens und des Vertrauens ausbauen. Das Wesen unserer auf festen Prinzipien beruhenden, flexiblen und nach realistischen Anschauungen strebenden Politik, formulierte János Kádár auf dem XIII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) im Jahre 1985 folgendermaßen: „Wir streben danach, daß wir unseren Verbündeten treue Verbündete, unseren Freunden wirkliche Freunde, und unseren Partnern korrekte Partner sind. Das war bisher so, und das wird auch in Zukunft so sein.“

*

Es ist zweifellos eine Tatsache, daß auch heute jene Faktoren noch nicht aufgehört haben zu wirken, die am Zurückbleiben des Entspannungsprozesses einen Anteil hatten. An erster Stelle muß hier die Fortsetzung des Wettrüstens und die Gefahr erwähnt werden, daß dieser Rüstungswettlauf auch auf den Weltraum ausgedehnt wird und damit in eine qualitativ neue Phase eintritt. Das Wichtigste sind gemeinsame Anstrengungen zur Verhinderung dieser Entwicklung, da nur so erreicht werden kann, daß das Kräftegleichgewicht auf einem immer niedrigeren Niveau der Rüstungen verwirklicht werden kann. Das ist allerdings eine außerordentlich schwierige und komplizierte Aufgabe.

Nach so vielen Jahren begegnet man heutzutage andererseits erstmals Anzeichen, die darauf hindeuten, daß konkrete Chancen für Fortschritte im Bereich der Rüstungsreduzierung bestehen. Das beim Genfer Gipfeltreffen im November vergangenen Jahres von den führenden Po-

litikern der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten verabschiedete gemeinsame Kommuniqué beinhaltet grundlegende, die internationalen Beziehungen langfristig in positiver Richtung beeinflussende Prinzipien, indem beispielsweise festgestellt wird, daß es in einem Nuklearkrieg keinen Sieger geben kann, daß ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Ländern nicht zugelassen werden darf, und daß keine der beiden Großmächte nach Erlangung der militärischen Überlegenheit strebt. Neben dieser prinzipiellen Deklaration gewährt das sich bis zum Jahr 2000 erstreckende umfassende Abrüstungsprogramm der Sowjetunion Möglichkeiten für konkrete Fortschritte. Das wichtigste Element der Vorschläge liegt darin, daß sie keinen Ausbau irgendeines besonderen Verteidigungssystems oder eine weitere Steigerung der Rüstung, sondern die Beseitigung sämtlicher Nuklearwaffen vorsehen. Die Standpunkte gehen in dieser Hinsicht heute noch sehr weit auseinander. Der Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion ist aber dennoch ein bedeutender Schritt in Richtung eines gegenseitig annehmbaren, die legitimen Sicherheitsinteressen des jeweils anderen berücksichtigenden Kompromisses, und wir sind der Auffassung, daß nunmehr die Reihe an den Vereinigten Staaten ist, ihre Verständigungsabsichten durch Taten zu untermauern.

Im Bewußtsein der Interessen ermöglichte der politische Wille, selbst in der angespanntesten Periode, die wichtigsten Errungenschaften der Entspannung in Europa zu bewahren. Jetzt, da bestimmte Anzeichen für Fortschritte im Bereich der Rüstungsbegrenzung, die sich als das wichtigste Gebiet erwiesen hat, gegeben sind, scheint es, daß die Chancen für eine organischere Verknüpfung der Elemente des Entspannungsprozesses, für eine wechselseitige Einflußnahme der Maßnahmen auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem, kulturellem, humanitärem und sonstigen Gebieten sowie für die restlose Verwirklichung der Schlußakte auf dem Wege von Kompromissen gegeben sind.

Die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, daß die Einberufung der KSZE, die Annahme der Helsinki-Schlußakte und die Verankerung der, die zwischenstaatlichen Beziehungen regelnden zehn Grundprinzipien historische Bedeutung haben. Die Schlußakte wird zu Recht als „Charta der friedlichen Koexistenz“ bezeichnet. Die Erfahrungen sprechen dafür, daß sich die ökonomische, die wissenschaftlich-technische, die kulturelle und die sonstige Zusammenarbeit für die unterschiedlichen Ge-

sellschaftssystemen angehörenden Länder, ganz gleich ob es sich um neutrale, blockfreie, sozialistische oder kapitalistische Länder handelt, gleichermaßen als nützlich erwiesen hat. Die Weiterentwicklung der Beziehungen und die Stärkung der Entspannungspolitik liegen im gemeinsamen Interesse aller betroffenen Länder, die eine gemeinsame Verantwortung dafür tragen.

Das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein ist durch das objektive Zusammenfallen der Interessen bedingt. In jedem Land ist dennoch der vorwärtsdrängende politische Wille, der sich auch bisher als unverzichtbar im Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erwiesen hat, weiter zu stärken. Möglichkeiten, vorhandene Hindernisse und notwendige Aufgaben der Zusammenarbeit müssen genauer beachtet werden. Als ebenso notwendig erweist sich ein gründlicheres Kennenlernen der subjektiven Faktoren des Verhaltens anderer Länder und eine größere Achtung der jeweils gegebenen Besonderheiten der verschiedenen Staaten. Das Schicksal der Entspannung hängt in hohem Maße auch davon ab, inwieweit wir unsere Kompromißbereitschaft „instandhalten“ können. Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Schicksal Europas organisch mit der Zukunft der ganzen Welt verknüpft ist und die neue Phase der Entfaltung der europäischen Entspannung auch von Prozessen auf anderen Kontinenten abhängig ist. Die spezifische Lage und die Interessen unseres Kontinents verlangen aber, daß wir in gemeinsamen Anstrengungen und den Möglichkeiten entsprechend alle negativen Einflüsse der in anderen Regionen ablaufenden Ereignisse, die sich nachteilig auf die europäische Zusammenarbeit auswirken, oder aber diese gefährden, so weit wie möglich zurückdrängen. Die Aufrechterhaltung des inneren Gleichgewichts und der Ruhe in Europa, wie auch die beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf unserem Kontinent können ein wichtiges Element der Stabilisierung der gesamten internationalen Lage sein. Auf diese Weise dienen die Stärkung der Bande unserer Zusammengehörigkeit, die erfolgreiche Nutzung der vorhandenen Formen der Zusammenarbeit, die Gestaltung neuer Formen der Beziehungen und inhaltsreicherer Foren nicht nur der europäischen Entspannung, sondern sie tragen auch in der internationalen Arena zum Abbau der Spannungen bei.

Zur Politik der friedlichen Koexistenz gibt es keine vernünftige Alternative, da Sozialismus und Kapitalismus mit Sicherheit über eine

lange historische Epoche nebeneinander existieren und miteinander im Wettstreit stehen werden. Deshalb ist die Garantie für Frieden und Sicherheit durch die vielfältige und kontinuierliche Entfaltung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern, die zu unterschiedlichen Gesellschaftssystemen gehören, und durch deren gemeinsames Handeln zu gewährleisten. Den entsprechenden Rahmen dafür bietet heute in Europa der Helsinki-Prozeß und dessen institutionelles System.

Die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts machten allen an der europäischen Zusammenarbeit beteiligten Ländern – unabhängig von ihrer Größe, Gesellschaftsordnung oder Bündniszugehörigkeit – deutlich, daß Bewahrung der Entspannung und Kontinuität des Dialogs sowie Ausbau der Zusammenarbeit für das gemeinsame europäische Schicksal entscheidend sind.